

# LE MONDE

## diplomatique



### Arroganz

der Ohnmacht. Stephan Lessenich über die ideologische Renaissance des globalen Westens

► S. 3

### Armut

und die eiserne Reisschüssel. Shi Ming über soziale Proteste in China und die Maßnahmen der KPCh

► S. 6/7

### Angst

der Minderheiten. Philippe Descamps und Ana Otašević über die Nöte von Serben im Kosovo

► S. 12/13

### Aufstand

in Frankreich. Benoît Bréville über Polizeigewalt und die Proteste gegen die Rentenreform von Präsident Macron

► S. 16/17

### Archipel

der Bomber. Laleh Khalili über die britischen Chagos-Inseln, wo die USA eine ihrer wichtigsten Militärbasen betreiben

► S. 18/19

### Tschabalala Self



Tschabalala Self, Morning, 2022, Stoff, Acryl, handbedruckte Leinwand, bemalte Leinwand und Faden auf Leinwand; 2 Teile je 213,5 x 183 x 5 cm (zur Künstlerin siehe Seite 2)

## Chinas großer Sprung ins KI-Zeitalter

von Gabrielle Chou

*Chinas Hightech-Sektor leidet unter der US-Embargopolitik. Und die chinesischen KI-Entwickler hinken ihren Konkurrenten aus dem Silicon Valley hinterher. Aber es scheint nur eine Frage der Zeit, bis die asiatische Supermacht in diesem Bereich die globale Führung übernimmt.*

schutz kommt diese Technologie zum Einsatz.

Mit 800 Millionen Smartphone-Nutzern bei 1,41 Milliarden Einwohnern hat China Zugriff auf einen riesigen Pool digitaler Informationen. Offiziell sind die Daten der Verbraucher zwar durch Vorschriften geschützt, aber diese werden oft gelockert, wenn „staatliche Erfordernisse“ dies gebieten (etwa im Gesundheitswesen). Bei der Regulierung des Sektors wird zudem darauf geachtet, dass Unternehmen, Forschung und örtliche Behörden an einem Strang ziehen.

Diese enge Verzahnung lockt Investoren an. Und das Ergebnis sind technologische Durchbrüche beispielsweise in der Anwendung von automatisierter Verarbeitung natürlicher Sprache (Natural Language Processing, NLP) und maschinellem Lernen beim Sammeln medizinischer Daten, wodurch etwa das Design klinischer Studien und die Anamnese optimiert werden können.

### Ernie-Bot versus ChatGPT

Der chinesische KI-Sektor kann aus einem großen Reservoir qualifizierter Arbeitskräfte schöpfen. Jedes Jahr werden rund 1,4 Millionen Ingenieur:innen ausgebildet – sechsmal so viele wie in den USA, allein ein Drittel von ihnen im Bereich der künstlichen Intelligenz.<sup>3</sup> Die japanische Wirtschaftszeitung *Nikkei Asia* verkündete gar, China sei „unangefochtener Spitzenreiter bei der Zahl der publizierten Forschungspapiere über künstliche Intelligenz und lässt die USA in diesem Punkt quantitativ und qualitativ weit hinter sich“.<sup>4</sup>

Ob China die USA in der KI-Forschung tatsächlich bereits überholt hat, darüber gehen die Meinungen auseinander. Unbestritten ist, dass Tencent, Alibaba und Huawei inzwischen zu den zehn weltweit führenden KI-Unternehmen gehören.

Manche Anwendungen, bei denen KI eine wichtige Rolle spielt, haben einen globalen Siegeszug hingelegt – wie zum Beispiel die Video-Sharing-App Tiktok (siehe Kastentext auf Seite 5) und die Cloud-Computing-Sparte des Online-Handelsriesen Alibaba, die mittlerweile mit 62 KI-gestützten Diensten aufwartet. Zum Vergleich: Der US-amerikanische Konkurrent Microsoft Cloud hat nur 47 zu bieten.

Durch den Einsatz von intelligenter Konversationssoftware (Chatbots) im Kundenservice oder Lösungen für personalisierte Lerntools im Bildungswesen beschleunigt und individualisiert Alibaba die Kommunikation mit Nutzer:innen und Nutzern. Mit seinem Programm „City Brain“ hat das Unternehmen den Straßenverkehr so optimiert, dass die Stadt Hangzhou (6,97 Millionen Einwohner) sich im weltweiten Ranking der am meisten verstopften Städte von Rang 5 auf Rang 57 verbessern konnte.<sup>5</sup>

Das System steuert die Ampelschaltung automatisch anhand der ermittelten Stauschwerpunkte, was besonders hilfreich für Krankentransporte während der Pandemie war, als sich manche Viertel im Lockdown befanden und in anderen das Leben normal weiterging.

Eine weitere KI-Anwendung im Verkehrsbereich ist das autonome Fahren.

► Fortsetzung Dossier China Seite 4

## Bankenbeben

Warum die Aufsichtsbehörden wieder versagten

von Renaud Lambert, Frédéric Lemaire und Dominique Plihon

Wenn ein Politiker ständig wiederholt, was sich im Grunde von selbst versteht, ist Misstrauen geboten. Am 13. März, drei Tage nach dem Zusammenbruch einer Bank in den USA, erklärte der französische Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire, bei den französischen Banken sei „alles in Ordnung“. Das dürfte bei den Akteuren auf den Finanzmärkten den Eindruck verfestigt haben, dass es Zeit sei, zu den Notausgängen zu drängen.

Der Zusammenbruch der Silicon Valley Bank (SVB), die sich auf die Finanzierung von Start-ups spezialisiert hatte, war die größte Bankenpleite seit 2008. Nachdem die einschlägigen politischen und geldpolitischen Gremien in Washington das ganze Wochenende beratschlagt hatten, startete die Welt gebannt auf die Finanzmärkte. Um die Angst vor einer Pleitewelle einzudämmen, war der französische Finanzminister sichtlich bemüht, Vertrauen und Gelassenheit auszustrahlen. Doch sein Lächeln war verkrampft, als er über die Medien an die Anleger appellierte: „Bewahren Sie die Ruhe und schauen Sie sich die Realität an. Die Realität ist, dass das französische Bankensystem nicht gefährdet ist.“

Während der deutsche Finanzminister Christian Lindner versprach: „Das deutsche Kreditwesen ist stabil“, betonte Le Maire, zwischen der Situation in Frankreich und in den USA bestehe kein Zusammenhang. Aber sein beschwörendes Fazit, es gebe „kein Risiko für die französischen Banken“, erinnerte an einen Feuerwehrmann, der einen Brand mit Kerosin bekämpfen will.

Während an den Börsen schon ein Hauch von Panik aufkam, wurden der

Öffentlichkeit noch die üblichen Erklärungen serviert. Vor allem war die SVB keine Bank wie jede andere: „Da herrschte nicht die typische Wall-Street-Atmosphäre mit rauem Ton und hochgerollten Hemdsärmeln. Bei der SVB war es, als würde man eher für ein Technologieunternehmen arbeiten als für eine Bank“, erzählte ein ehemaliger Mitarbeiter Mitte März der *Financial Times*.<sup>1</sup> Da also die SVB eine andere Kultur als traditionelle Banken pflegte, können ihre Probleme bei anderen Banken nicht auftreten. Doch etwa zur gleichen Zeit sah sich die Schweizer Zentralbank bereits zu einer Intervention gezwungen, um die Credit Suisse, eine absolut traditionelle Bank, vor der Implosion zu bewahren.

Eine weitere beliebte Methode, die Krise kleinzureden, ist der Verweis auf das Fehlverhalten einzelner Personen – die offenbar eine so tragende Rolle spielen, dass sie über Schultern wie Atlas verfügen müssen. Schon in der Finanzkrise von 2008 hatten die Medien die „Entgleisungen“ eines ansonsten makellosen Systems auf das persönliche Konto von Börsenmaklern wie Jérôme Kerviel und Finanzbetrüglern wie Bernard Madoff geschoben. Nun begann die US-Justiz wenige Tage nach dem SVB-Bankrott gegen die Manager des Unternehmens zu ermitteln, und die Zentralbank Federal Reserve (Fed) kündigte eine interne Untersuchung an, um herauszufinden, „wie die Bank unter Aufsicht der Fed zusammenbrechen konnte“.<sup>2</sup>

Wahrscheinlich werden die Ergebnisse dieser Untersuchungen weniger Aufsehen erregen als ihre Ankündigung. Die Experten werden darüber streiten,

► Fortsetzung auf Seite 10

ANZEIGE

# KRISEN OHNE ENDE. RETTET SICH, WER KANN?

GLOBALE SOLIDARITÄT IST FÜR UNS WEG UND ZIEL ZUGLEICH.  
VERBINDEN SIE SICH. [WWW.MEDICO.DE/VERBINDEN](http://WWW.MEDICO.DE/VERBINDEN)



## Gewalt in Nahost

Im Juni 2021 sagte Alain Gresh in seinem *LMd*-Text „Die vorhersehbare Katastrophe“ voraus, dass die schweren Kämpfe im Mai nicht die letzte Eskalation im Nahostkonflikt gewesen sein dürften. Er behielt recht. In den diesjährigen Ostertagen flogen aus dem Gazastreifen, Libanon und Syrien Raketen auf Israel, das seinerseits Hamas-Stellungen aus der Luft angriff. Militante Palästinenser verübten tödliche Anschläge im Westjordanland und in Tel Aviv. Und auf dem Tempelberg kam es wieder zu Zusammenstößen zwischen der israelischen Polizei und muslimischen Gläubigen. Wie rechte jüdische Aktivisten versuchen, eine

gestern in **LMd**  
heute in den **Nachrichten**

größere Kontrolle über die heilige Stätte beider Religionen zu erlangen, beleuchtete Jakob Farah unter dem Titel „Der Berg ruft“ in der Februar Ausgabe 2017 von *LMd*. Heute sitzen diese Rechten in der Regierung Netanjahu.

## China und Taiwan

Das militärische Imponiergehabe in der Straße von Taiwan geht in die nächste Runde, nachdem sich die taiwanische Präsidentin Tsai Ing auf ihrer USA-Reise mit dem Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy, getroffen hat. Chinas Marine und Luftwaffe hielten daraufhin ein dreitägiges Manöver bei Taiwan ab, die U.S. Navy entsandte prompt einen Zerstörer in von Peking beanspruchte Seegebiete im Südchinesischen Meer. Die letzte, durch den Taiwanbesuch von McCarthy's Vorgängerin Nancy Pelosi ausgelöste Aufregung liegt erst acht Monate zurück. Michael T. Klare vermutete in *LMd* vom September 2022 hinter den vermehrten Kontakten zwischen Washington und Taipeh einen „Kurswechsel in der Taiwanfrage“. Die meisten Militärexperten weisen darauf hin, dass China einen für diesen Fall angedrohten Krieg um Taiwan auf Jahre hinaus nicht riskieren kann. „Wie gefährdet ist Taiwan wirklich?“, fragte Tom Stevenson in *LMd* vom Februar 2023 und argumentierte, dass die chinesische Marine nicht in der Lage sei, Taiwan abzuriegeln.

## Umweltpreis

Der renommierte norwegische Holberg-Preis geht dieses Jahr an Joan Martinez Alier, Gründer des Instituts für Umwelt und Technologie an der Universität Autònoma de Barcelona und Vordenker einer ökologisch orientierten Wirtschaft. Gemeinsam mit Leah Temper rief er bereits vor fünfzehn Jahren unter dem Titel „Das Öl soll in der Erde bleiben“ in *LMd* (Mai 2008) dazu auf, Länder wie Ecuador für den Verzicht auf Ölförderung in gefährdeten Gebieten zu entschädigen.

Diese und alle anderen Beiträge seit 1995 im *LMd*-Archiv unter:

[monde-diplomatique.de](https://monde-diplomatique.de)



Sprewell, 2020, Stoff, bemalte Leinwand, Seide, Jeans, bemaltes Zeitungspapier, Stempel, Faden, Fototransfer auf Hahnemühle-Papier, Acryl auf Leinwand, 213,5 x 183 x 4 cm

## Tschabalala Self

Die Künstlerin Tschabalala Self, 1990 in Harlem, New York, geboren, hat am Bard College und an der Yale School of Art studiert. Ihr Werk umfasst neben Gemälden auch Zeichnungen, Skulpturen und Performances. Aber sie versteht sich vor allem als Malerin.

In ihrer Malerei bearbeitet sie die Bildfläche mit Farben, aber auch mit Stoffen und Fäden. Im Zentrum ihrer Arbeit steht der (weibliche) schwarze Körper. Ihre Figuren und deren Umgebungen sind imaginär, dürfen also nicht als Porträts verstanden werden. Aber sie stützen sich auf gelebte Erfahrungen und Erinnerungen. Es sind starke, selbstbewusste und keineswegs zerbrechliche Körper, Figuren mit einer selbstdefinierten Identität. Sie kontrollieren selbst, wie sie sich darstellen und wahrgenommen werden – haben Handlungsmacht. Self erklärt, die Figuren seien nicht zum Vergnügen oder zur Erbauung der Betrachter:innen gedacht, vielmehr würden sie ihr eigenes Leben führen – als Teil dieser Welt, aber auch von ihr abstrahiert.

Noch bis zum 18. Juni 2023 widmet das Kunstmuseum St. Gallen Self eine große Einzelausstellung. Für das Bildmaterial danken wir der Künstlerin sowie den Galerien Eva Presenhuber und Pilar Corrias. [www.tschabalalaseff.com](http://www.tschabalalaseff.com), [www.presenhuber.com](http://www.presenhuber.com), [www.pilarcorrias.com](http://www.pilarcorrias.com).

Wilhelm Werthern

## edito

# Das helvetische Monster

Dann ging plötzlich alles schnell: Nachdem die *Financial Times* die Welt übers Wochenende mit Berichten über ständig neue Winkelzüge zur Rettung der Credit Suisse (CS) in Atem gehalten hatte, kündigte die Schweizer Regierung am Sonntag nachmittag, 19. März, für den Abend eine „wichtige Medienkonferenz“ an. Es war bereits Nacht vor dem Schweizer Bundeshaus in Bern, als die Finanzministerin Karin Keller-Sutter mit ihren Beamt:innen eintraf.

„This is not a bail-out“, verkündete sie. Was man präsentiere, um die Großbank – und damit das globale Finanzsystem – vor dem Kollaps zu retten, sei keine Staatsrettung. Ein grotesker Satz. Ja, es ist nicht der Staat, sondern die UBS, die die CS übernimmt. Doch während die UBS die CS für ein Schnäppchen von 3 Milliar-

den Franken erhält, stellt die Schweiz den Banken Hilfskredite in Höhe von 250 Milliarden Franken bereit, für die die Steuerzahler geradestehen. Und falls der UBS mit der Übernahme Verluste entstehen, werden diese ab einer Schwelle von 5 Milliarden vom Staat übernommen. Die Gewinne privat, die Risiken dem Staat.

Das CS-Debakel ist ein Alarmsignal für die gesamte Welt. Zwar ist die CS letztlich am Missmanagement ihrer Führung gescheitert. Offensichtlich wurde aber auch: Die nach der Finanzkrise 2008 global beschlossenen Bankenregeln genügen bei Weitem nicht. Die 5,4 Prozent Eigenkapital der CS waren viel zu wenig, um einen Vertrauensverlust abzuwenden. Am Ende kollabierte sie, weil die Kund:innen aus Angst vor einer Insolvenz ihr Geld abzogen.

Hintergrund des CS-Crachs ist aber auch eine aus den Fugen geratene globale Wirtschaft. Als das Finanzsystem 2008 unter enormen Schulden zusammenzubrechen drohte, senkten die Zentralbanken die Zinsen, damit sich Haushalte, Staaten und Firmen weiter verschulden konnten. Inzwischen ist der Schuldenberg von knapp 200 Prozent auf über 250 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung gewachsen. Und weil die Zentralbanken nun die Inflation mit radikalen Zinserhöhungen zu bekämpfen versuchen, droht das System erneut zu crashen.

Da neue Anleihen höhere Zinsen abwerfen, verlieren die alten an Wert, was bei Banken weltweit zu Billionen an Buchverlusten führt – an denen die Silicon Valley Bank kollabiert ist. Mit den hohen Zinsen und zunehmender Arbeitslosigkeit steigt zudem

täglich das Risiko, dass ein Großteil der Kreditschulden ausfällt. Das ist die Drohkulisse, vor der die CS-Kund:innen zum *bank run* ansetzten und die Investor:innen ihre Aktien verkauften. Gleiches könnte weltweit auch anderen Banken in den kommenden Monaten blühen.

Mit der UBS-Übernahme der CS hat die Schweizer Regierung geholfen, eine Monsterbank zu schaffen, deren Bilanz mehr als doppelt so groß ist wie die Wirtschaftsleistung des Landes. Darauf angesprochen, versuchte Zentralbankchef Thomas Jordan an jenem Sonntagabend zu beschwichtigen. Es komme weniger auf die Größe als auf die Risiken der Bank an. Angesichts der krisenhaften Weltwirtschaft sind diese jedoch womöglich noch größer als die neue Bank.

Yves Wegelin

## In dieser Ausgabe | 04/23

### Dossier China

#### 4 Chinas großer Sprung ins KI Zeitalter

Fortsetzung von Seite 1

#### 5 Die Uhr tickt für Tiktok

von Gabrielle Chou

#### 6 Heftige Stürme, furchtbare Wogen

Die KP-Führung bereitet sich auf soziale Umwälzungen vor von Shi Ming

#### 8 Unsichere Zuflucht

In Nepal müssen Exil-Tibeter den langen Arm Pekings fürchten von Victoria Jones

#### 9 Friedensstifter China?

Peking profiliert sich erstmals als internationaler Vermittler von A. Belkaid und M. Bulard

### 10 Bankenbeben

Fortsetzung von Seite 1 von R. Lambert, F. Lemaire, D. Plihon

### 11 Gibt es eine Zukunft für Kurdistan?

Interne Rivalitäten erschweren die Selbstbehauptung im Nordirak und in Syrien von Vicken Cheterian

### 12 Die Angst bleibt

Eine Reise durchs Kosovo fünfzehn Jahre nach der Unabhängigkeit

### 13 Erzwungene Normalisierung

von Philippe Descamps und Ana Otasevic

### 15 Befangene Verfassungsrichter

Im französischen Conseil constitutionnel sitzen vor allem ehemalige Politiker von Lauréline Fontaine

### 16 Politik der Verachtung

Die Rentenreform offenbart, wie sehr Präsident Macron über die Mehrheit hinweg regiert von Benoît Bréville

### 18 Erst Guano, dann Kopra, dann Kanonen

Vom geopolitischen Nutzen kleiner Inseln von Laleh Khalili

### 19 Massai in Tansania – Geschichte einer fortwährenden Vertreibung

von Cédric Gouverneur

## Die nächste Ausgabe erscheint am 11. Mai

### 23 Atlantropa

Der Traum von der Trockenlegung des Mittelmeers von Pierre Rimbart



Hörtext des Monats: [monde-diplomatique.de](https://monde-diplomatique.de)

### 24 Comic

von Ployjaploen Paopanlerd

**Berichtigung:** Im Artikel „Sonne auf Erden?“ vom März 2023 hieß es, beim „Fusionsprozess müssen keine Atome gespalten werden.“ Gemeint sind natürlich „Atomkerne“. Weiter hieß es, „In unserer Sonne verbindet sich Wasserstoff mit Helium.“ Richtig ist, dass in der Sonne Wasserstoffkerne zu Heliumkernen fusionieren.

Mit vielen tollen Extras, jetzt abonnieren: [monde-diplomatique.de/newsletter](https://monde-diplomatique.de/newsletter)





# Ein Totgeglaubter ist wieder da

Mit Putins Krieg erlebt der globale Westen eine letzte ideologische Renaissance

von Stephan Lessenich

Es war einmal: der „Westen“. Nach den militärischen Verheerungen des Zweiten Weltkriegs und den zivilisatorischen Verwüstungen des Nationalsozialismus bot diese geostrategische Chiffre der postfaschistischen Bundesrepublik eine äußerst willkommene politisch-moralische Zufluchtsstätte. Der Westen, das war fortan der Ort der Freiheit und der Hort der Demokratie, ein Spaltprodukt des in regionalen Stellvertreterkonflikten durchaus heiß geführten, in Europa aber gefühlt „Kalten Kriegs“. Die propagandistische Selbstdarstellung der liberalkapitalistischen Gesellschaften als „Erste Welt“ wurde durch die bipolare Nachkriegsordnung und den jahrzehntelang anhaltenden Systemwettbewerb in einer Weise ideologisch aufgeladen, die historisch ihresgleichen sucht.

Am vorläufigen Ende dieses Wettbewerbs, mit der scheinbar hausgemachten Implosion des Staatssozialismus, war die Selbstüberhöhung des euroatlantischen Staatenbündnisses als westliche Wertegemeinschaft endgültig perfekt: Der Osten war besiegt, die nicht nur ökonomisch stärkere, sondern auch politisch-kulturell fortgeschrittenere und moralisch integriere Seite hatte sich im Kampf der Systeme durchgesetzt.

Nachdem sich der triumphale Gestus der Kriegsgewinnler irgendwann zum Ende der 1990er Jahre hin verbraucht hatte, versank die pathetisch-beschwörende Rede vom „Westen“ für rund ein Vierteljahrhundert in der öffentlichen Versenkung politischer Sonntagsreden und staatsphilosophischer Besinnungsschriften. Bis zum 24. Februar 2022.

Seit dem Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine feiert das ideologische Konstrukt aus der Zeit des geopolitischen Schwarz-Weiß-Denkens eine kaum mehr für möglich gehaltene Renaissance. Seither steht die politisch-mediale Öffentlichkeit nahezu geschlossen hinter einer Tradition der „westlichen Moderne“, die als – wahlweise welthistorisch oder zivilisationsgeschichtlich – einmaliges, in jedem Fall aber einzigartiges und mit allen Mitteln zu verteidigendes Projekt gefeiert wird.

Die Selbstgewisheit der Vernunft gebiert Zombies. Der im Zeitalter von Globalisierung und Postkolonialität totgeglaubte oder totgehoffte „Westen“ ist also wieder da, scheinbar kraftvoller denn je. Und doch spricht einiges dafür, dass dies ein letztes Aufbäumen sein wird, der letzte Akt im Schauspiel der westlichen Selbstillusionierung.

Die deutsche Variante dieser Darbietung ist selbstredend speziell, zeugt sie doch noch heute von dem Drang, das eigene – je nach Zeitrechnung zwölf- bis tausendjährige – Ausscheren aus der „Kultur des Westens“ nachträglich ungeschehen machen oder wenigstens irrelevant erscheinen lassen zu wollen. Die Blüten, die die Debatte hierzulande treibt, dürften dennoch repräsentativ auch für die Überlegenheitsräume all jener Nationen stehen, die sich ebenso als Teil dieses großen, potenziell menscheitsbeglückenden Erbes verstehen.

Gemeinsamer Nenner des deutschen Diskurses zum „Wesen des Westens“<sup>1</sup> ist dessen atemberaubende Selbstbezüglichkeit. Der Westen, das sind wir. Und wir im Westen stehen für die realisierte Moderne, für die bestmögliche Verwirklichung der normativen Kreisquadratur von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Kein Stereotyp des westlichen Erregenschafts-

katalogs, von A wie Aufklärung bis Z wie gesellschaftlicher Zusammenhalt, wird ausgelassen, wenn hiesige Intellektuelle zur Würdigung unseres Gesellschaftssystems schreiten.

Die andere, dunkle Seite der westlichen Moderne, das über die Jahrhunderte vom Westen ausgegangene und immer noch ausgehende Alphabet von Ausbeutung bis ökologische Zerstörung, bleibt dabei entweder unbenannt. Oder aber es wird, in der avancierten Variante des aktuellen Okzidentalismus, in die eigene Fortschrittsgeschichte eingepreist, indem man es zum Gegenstand erfolgreicher Selbstreflexion erklärt. „Sklavenhandel und Sklaverei, Imperialismus und Kolonialismus, Rassismus und Chauvinismus“, das gesamte „Sündenregister des modernen Westens“,<sup>2</sup> mutieren zu Belegen systemischer Lernfähigkeit. Die – selbstredend kritikwürdigen – Entgleisungen seien der westlich-modernen Ordnung Anlass zu institutionellem Fortschritt und moralischem Wachstum geworden.

ins rechte, autoritär-antidemokratische Milieu. Seine Position steht dabei durchaus repräsentativ für eine seit geraumer Zeit sich abzeichnende allgemeine Diskursverschiebung.

Für die aktuelle Diskurskonstellation charakteristischer aber ist – zumindest einstweilen noch – eine liberaldemokratische Position, die auf geradezu unheimliche Weise eine geteilte Semantik pflegt. Wie durch eine unsichtbare Hand geleitet, scheint sich der sozialwissenschaftliche Mainstream auf eine gemeinsame Redeweise verständigt zu haben, wenn es darum geht, die Alleinstellungsmerkmale des westlichen Gesellschaftstyps zu identifizieren: Selbstkritik, die systematische Beförderung des Zweifels und die Institutionalisierung von Lernprozessen seien die zentralen Eigenschaften, die die westliche Moderne historisch singulär und allen anderen Gesellschaftsformen überlegen mache.

Wohl am deutlichsten wird diese wissenschaftlich vermittelte Selbstdeutung der westlichen Gesellschaft

haben sich stets an seiner politischen Praxis messen lassen müssen: Es seien selbstgesetzte Maßstäbe von Humanität, Gleichberechtigung und Inklusion gewesen, die in einem selbstorganisierten Prozess kritischer Selbstprüfung immer wieder neu in Anschlag gebracht worden seien, um die gesellschaftliche Realität einer freiwilligen

”

Die Selbstgewisheit der Vernunft gebiert Zombies

“

Selbstkontrolle zu unterziehen und an der Selbstverbesserung der sozialen Ordnung zu arbeiten.

In dieser eigenlogisch operierenden Binnenwelt wird das Außen der westlichen Moderne auf die Funktion des Impulsgebers für Fortschritte in der gesellschaftlichen Selbstorganisation re-

Anhebung der Lebensbedingungen der niederen Stände seit dem 19. Jahrhundert bis zu „Anstrengungen zur Verringerung der jährlichen Kohlendioxidemissionen“ in der Gegenwart.

Wie sein Historikerkollege sieht auch der Soziologe die maßgeblich von deutschen Landen ausgehenden Menschheitsverbrechen als ultimativen Antrieb für das westliche Selbstverbesserungswesen. Denn gerade aus den „welthistorischen Katastrophen“ des 20. Jahrhunderts habe das Ideen- und Institutionensystem des Westens zu lernen gewusst; aus Weltwirtschaftskrisen, zwei Weltkriegs und der Vernichtung der europäischen Juden sei „das Bewusstsein der Fehleranfälligkeit und Korrekturbedürftigkeit moderner Gesellschaften“ erwachsen.

Vereinte Nationen und Internationaler Strafgerichtshof, Weltbank und Internationaler Währungsfonds gelten Pollack als Ausweis der Lernfähigkeit der westlichen Zivilisation – die auf diese Weise, so muss man das Argument wohl verstehen, letztlich viel Gutes in die Welt da draußen getragen habe. Winkler sinniert, diese Revisionsbereitschaft sei ja vielleicht „sogar die größte Stärke des Westens und eine Erklärung der anhaltenden weltweiten Anziehungskraft des westlichen Ordnungsmodells“.

Vielleicht, möchte man entgegnen, aber auch nicht. Vielleicht zeugt diese Deutung eher von einem maßlos überhöhten Selbstbewusstsein westlicher Intellektueller, von einer fast schon tragischen Selbsttäuschung. Denn es ist genau dieser unbeirrte selbstgewisse Überlegenheitsgestus, der außerhalb des Westens schon lange nicht mehr gut ankam.

In einer unverkennbar nicht mehr bi-, sondern multipolaren Welt, in welcher der Westen, namentlich Europa, zunehmend provinzialisiert wird – politisch, ökonomisch, militärisch –, verspricht das penetrante Zur-Schau-Tragen seiner normativen, ideellen und institutionellen Hybris keinen Erfolg mehr. Denn die Arroganz, die sich hierin äußert und dem Westen zur zweiten Natur geworden ist, ist mittlerweile immer erkennbarer nicht mehr eine der Macht, sondern der Ohnmacht.

Die westlichen Demokratien hätten – so die eigenwillige westliche Lesart der jüngeren Weltgeschichte gemäß Winkler – lernen müssen, „dass sie ihre Vorstellungen von politischer Ordnung anderen Kulturen nicht aufzwingen können“. Ob es nun im Westen geglaubt wird oder nicht: Jenseits seiner Grenzen herrscht nicht der Eindruck, dass solch ein Lerneffekt tatsächlich eingetreten wäre. Seiner wirklichkeitswidrigen Selbstinszenierung als lernendes System aber begegnet man, wo nicht mit offener Verachtung, mit zunehmender Distanz.

„Once Upon a Time in the West“: Sergio Leones Filmklassiker war der lange Abgesang auf einen Mythos. In der deutschen Fassung hieß er „Spiel mir das Lied vom Tod“.



Berlin-Tempelhof: Ein Nazi-Adler wird zum Denkmal ANITA BUGGE/picture alliance/Geisler-Fotopress

Für die konservativ-autoritäre Position in der gegenwärtigen deutschen Diskurslandschaft, die keine andere Meinung zur westlichen Moderne gelten lässt, steht prominent der Mainzer Historiker Andreas Rödder, der die Rückkehr des Westens zu einer „Politik der Stärke“ fordert – und zwar „nach außen, aber auch nach innen“.<sup>3</sup> Er warnt vor einer Rückkehr zur Appeasement-Politik und sieht die Zeit gekommen, nicht nur dem russischen Aggressor mit aller militärischen Macht entgegenzutreten, sondern auch dem inneren Feind, den die bürgerliche Gesellschaft zersetzenden Kräften (von „linker Identitätspolitik“ bis zum „Klimaterrorismus“), offensiv die Grenzen aufzuzeigen.

Mit dieser Neuaufgabe der Vision einer „formierten Gesellschaft“, wie sie einst der westdeutsche Konservatismus der 1960er Jahre beschwor, ergänzt um einen nationalhistorisch unbeschwernten Militarismus, wirkt Rödder als intellektueller Brückenbauer weit hinein

in zwei Beiträgen, die fast zeitgleich in zwei prominenten Selbstverständigungsorganen der bürgerlichen Mitte erschienen sind. Die „Geschichte des modernen Westens“, so ließ Heinrich August Winkler, Doyen der westdeutschen Geschichtswissenschaft, zum Weihnachtsfest 2022 in der *Süddeutschen Zeitung* verlauten, sei „eine Geschichte von Lernprozessen, von Selbstkritik und Selbstkorrekturen“. Kurz zuvor hatte der nicht ganz so renommierte Münsteraner Soziologe Detlef Pollack, um Essenzialisierungen nicht verlegen, in der *FAZ* das „Potential zur Selbstkritik und Selbstkorrektur“ als „Wesen des Westens“ ausgemacht.<sup>4</sup>

Bemerkenswert an dieser gleichlautenden Charakterisierung ist, dass sie gesellschaftliche Veränderung – in der Tendenz gleichgesetzt mit Verbesserung – als Bewegung von innen deutet, angetrieben und umgesetzt durch gesellschaftsinterne Kräfte. Das normative Projekt des Westens, so Winkler,

duziert. „Die Geschichte des Westens war immer auch eine Geschichte von schweren Verstößen gegen die eigenen Werte“, schreibt Winkler.

Menschenrechtsverletzungen hin und Massenvernichtung her, als Geschädigte westlicher Herrschaftspraktiken erscheinen hier nicht etwa deren Opfer, sondern die Tätergesellschaften selbst, die dadurch in ihrer normativen Integrität in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der Schaden habe allerdings dank interner Kritik und institutioneller Reformen erfolgreich behoben werden können. „So wurde aus dem normativen Projekt allmählich ein normativer Prozess.“

Ganz ähnlich liest sich die Erzählung von den westlichen Selbstheilungskräften bei Pollack. Auch hier ist die Geschichte des Westens seit der Französischen Revolution vor allem eine der „auf Dauer gestellten Kritik“, die in den zur Selbstkritik fähigen Gesellschaften zu Fortschritten aller Art geführt habe, von der sozialpolitischen

<sup>1</sup> Detlef Pollack, „Das Wesen des Westens“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. Dezember 2022.

<sup>2</sup> Heinrich August Winkler, „Der lange Weg zu den Menschenrechten“, *Süddeutsche Zeitung*, 23. Dezember 2022.

<sup>3</sup> Andreas Rödder, „Die Selbstbehauptung der bürgerlichen Gesellschaft“, *Der Spiegel*, 18. November 2022.

<sup>4</sup> Vorweggenommen hatte den liberaldemokratischen Konsens, wonach der Westen sich durch seine Fähigkeit „zur Selbstkritik“ auszeichne, die Historikerin Hedwig Richter bereits in einem Tweet vom 25. Februar 2022.



## Chinas großer Sprung ins KI-Zeitalter

► Fortsetzung von Seite 1

Im Mai 2022 ging das chinesische Google-Pendant Baidu in Peking mit fahrerlosen Taxis an den Start. Zur gleichen Zeit hatte der Anbieter WeRide in der Stadt Guangzhou (14 Millionen Einwohner) mit seinen Robotertaxis schon mehr als 150 000 komplett unfallfreie Fahrten absolviert.

Erfolgsgeschichten wie diese gibt es viele, vor allem auch im Bereich KI-gestützter Sicherheit und Videoüberwachung. Big Player sind die chinesischen Unternehmen Bairong, TransInfoTech, Dahua Technology, Hikvision und SenseTime. Letzteres könnte mit seiner KI-Gesichtserkennungssoftware bald eine marktbeherrschende Stellung in China einnehmen. Schon jetzt spielt das Unternehmen eine dominierende Rolle im Sicherheitsbereich und perfektioniert sein Know-how durch die Erschließung neuer Anwendungsfelder. Die SenseTime-Software erkennt nicht nur Gesichter, sondern schätzt auch das Alter der erfassten Personen. Durch einen Abgleich mit kommerziellen Daten können Händler so die Kunden mit der höchsten Kaufwahrscheinlichkeit herausfiltern.

Vor allem dies hat Chinas Industrie der internationalen Konkurrenz voraus: Sie kann ihre digitale Stärke mit dem Einzelhandel kurzschließen, wobei die Daten aus dem Onlinehandel, dem stationärem Handel und der Logistik zusammenfließen. Mit Unterstützung von KI ist auf diese Weise ein extrem leistungsfähiges Liefersystem entstanden. Wer bei JD – einem weiteren E-Commerce-Giganten, der eines der modernsten Logistikzentren der Welt betreibt – online einen Lippenstift bestellt, kann diesen schon sechs Minuten später in Empfang nehmen.

Im Bereich der generativen KI (die aus vorhandenen Inhalten neue generiert) punktet zwar gerade das Tool ChatGPT des US-Unternehmens OpenAI, das sich mit seinen Nutzern intelligent unterhalten kann. Doch die chinesischen Branchenriesen sind nicht untätig und arbeiten an Konkurrenzprodukten. Ende 2022 veröffentlichte Tencent seinen Bildgenerator Different Dimension Me, der aus Porträtfotos Bilder im Mangastil erstellen kann. Am 16. März stellte der Suchmaschinenanbieter Baidu den ersten chinesischen Chatbot vor, der als direkte Antwort auf ChatGPT gedacht ist: den Ernie-Bot.

Ermies Leistungen konnten im Vergleich zu ChatGPT allerdings nicht überzeugen. Noch während der Präsentation der Software durch Baidu-Chef Robin Li sackte der Aktienkurs seines Unternehmens um 10 Prozent ab. Der für den 27. März geplante öffentliche Start von Ernie wurde verschoben, stattdessen fand eine geschlossene Präsentation für Unternehmenskunden statt. Bereits Anfang März hatte Wissenschafts- und Technologieminister Wang Zhigang eingeräumt: „China braucht Zeit“, bevor man mit „Resultat“ wie ChatGPT rechnen könne.<sup>6</sup>

Auch bei der Bewältigung der Coronapandemie erwies sich die chinesische KI-Branche größtenteils als nutzlos. Bestimmte Anwendungen leisteten zwar gute Dienste, wenn es darum ging, die Mobilität der Menschen einzuschränken und Infektions-Hotspots vorherzusagen. Aber bei der Entwicklung wirksamer und zuverlässiger Impfstoffe waren sie keine große Hilfe – anders als beim US-amerikanischen Start-up Moderna, das durch den Einsatz von KI in der Lage war, bereits im März 2020 mit klinischen Studien seines mRNA-Impfstoffs zu beginnen.

Für diese Enttäuschungen in der chinesischen KI-Branche, die immerhin von staatlichen Stellen massiv gefördert wird, gibt es mehrere Gründe. Erstens kommt zwar fast ein Drittel der weltbesten Forscherinnen und Forscher in diesem Bereich aus China, aber laut einer Studie des US-Thinktanks Macropolo ist nur ein Zehntel von ihnen auch wirklich dort beschäftigt. Die meisten chinesischen Fachkräfte arbeiten in den USA und bilden gewissermaßen die „Geheimwaffe der amerikanischen KI-Forschung“.<sup>7</sup>

Neben diesem Braindrain gibt es zweitens eine Diskrepanz zwischen

den angekündigten Investitionen und den Summen, die tatsächlich fließen. Die Akteure der chinesischen IT-Branche machen oft auf diesen Unterschied aufmerksam, um Druck auf die politischen Entscheider aufzubauen. Ein Beispiel sind die umgerechnet 16 Milliarden Euro, die die nordostchinesische Stadt Tianjin 2018 für die lokale KI-Industrie in Aussicht stellte. Bis heute weiß niemand, ob das Geld jemals geflossen ist, und wenn ja, ob es tatsächlich der KI-Forschung zugutegekommen ist.

Hinzu kommt: Peking hat die Branche so streng reguliert, dass manche Fortschritte am Ende bestraft werden. Als die Ant Group, die Finanztochter von Alibaba, sowohl in Hongkong als auch in Schanghai an die Börse wollte, machte die Regierung ihr im November 2020 einen Strich durch die Rechnung.<sup>8</sup>

Branchenakteure, die des Verstoßes gegen Wettbewerbsrichtlinien überführt werden, müssen mit hohen Bußgeldern rechnen. Im Juli 2022 verdonnerte die Internet-Aufsichtsbehörde das chinesische Uber-Pendant Didi nach langen Ermittlungen zu einer Strafzahlung von umgerechnet 1,2 Milliarden Euro.

Die Videospiegelgiganten Tencent und NetEase wurden 2021 wegen Kartellrechtsverstößen belangt und durften bis Ende 2022 keine neuen Spiele auf den Markt bringen. Ihre Aktienkurse gingen auf Talfahrt. Aus Angst vor einer Verhaftung warfen mehrere leitende Manager der Hightechbranche das Handtuch, darunter auch Zhang Yiming, der das Tiktok-Mutterhaus ByteDance gegründet hat und im November 2021 als CEO zurücktrat. Viele haben sich ins Ausland abgesetzt, nach Japan oder Singapur.

Ebenfalls im November 2021 trat zudem das vom Nationalen Volkskongress verabschiedete große Onlinedatenschutzgesetz in Kraft. Für Anbieter, die Kundendaten verarbeiten, bergen

die vagen Formulierungen des Gesetzes ein erhöhtes Risiko. Die Ausweitung der staatlichen Kontrolle, die viele Beobachter als Versuch der politischen Führung betrachten, die Macht der Digitalriesen zu beschneiden, wirkt sich negativ auf die Entwicklung der Branche aus.

Anfang des Jahres stoppte die Regierung kurzfristig ein 148 Milliarden US-Dollar schweres Förderprogramm, das die chinesische Halbleiterforschung und -produktion durch verschiedene Maßnahmen unterstützen soll – vor allem in Form von Subventionen und Steuervergünstigungen.

### Kein Land verbraucht so viele Halbleiter

Auslöser war ein Korruptionsskandal, der durch eine ganze Welle von Ermittlungen gegen verschiedene Personen aufgedeckt wurde – unter anderem gegen den ehemaligen Industrie- und IT-Minister Xiao Yaqing sowie Ding Wenwu, Generaldirektor des als „Big Fund“ bekannten Investitionsfonds für die chinesische Halbleiterindustrie.

Über diesen Fonds mit einem Volumen von 45 Milliarden US-Dollar steuert die Regierung seit 2014 offiziell ihre gigantischen Investitionen in die Halbleiterbranche. Der Big Fund ist ein komplexes Interessennetzwerk; zu seinen Kapitaleignern gehören das Finanzministerium, die China Development Bank, der mächtige Monopolist China Tobacco und der Telekommunikationsriese China Mobile.

Dieser Investitionsstopp kommt für Präsident Xi Jinping und sein ambitioniertes Ziel, China technologisch unabhängig zu machen, zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Halbleiter sind unverzichtbar für die derzeit laufenden Innovationen rund um 5G, Cloud Computing, das Internet der Dinge und viele andere Sektoren, die in einem grundlegenden Wandel begriffen

sind. Halbleiter sind aus Computern und ballistischen Raketen ebenso wenig wegzudenken wie aus der Autoindustrie – und kein Land verbraucht so viele Halbleiter und integrierte Schaltkreise wie China.

Bei der Halbleiterproduktion greifen verschiedene Technologien ineinander – und es gibt kritische Engstellen. Wer diese Bottlenecks kontrolliert, ist strategisch im Vorteil.<sup>9</sup> Fällt irgendein Glied der Herstellungskette aus, durch eine Panne, ein Embargo, einen Lieferengpass oder Defekt, hat das weitreichende Folgen. In manchen Teilbereichen gibt es nur eine Handvoll Unternehmen, die das nötige hochspezialisierte Know-how besitzen.

Die Produktion von Halbleitern lässt sich grob in drei Abschnitte einteilen: Entwicklung, Fertigung und Montage-, Prüf- und Verpackungsphase. Die meisten Engstellen gibt es bei der Entwicklungssoftware und bei den fotolithografischen Anlagen, die zu Produktion integrierter Schaltkreise benötigt werden. In beiden Spezialsegmenten liegt China trotz aller Bemühungen weit zurück. Führend sind hier Länder, die allesamt Verbündete der USA sind: Japan, Südkorea, Taiwan und einige europäische Staaten.

Darüber hinaus hat Washington ein Embargo gegen China verhängt, das immer weiter nachgeschärft wird: Seit Oktober 2022 dürfen US-Firmen keine Güter mehr nach China ausführen, die für die Herstellung von Halbleitern für Hochleistungsrechner<sup>10</sup> und Halbleitern mit Strukturgrößen von 14 Nanometern oder kleiner gebraucht werden. Gerade auf Letztere ist die Spitzenindustrie besonders dringend angewiesen. Auch viele nichtamerikanische Firmen halten sich an das Exportverbot, was Peking die Suche nach Ausweichlösungen erschwert.

US-Präsident Joe Biden ist es gelungen, die Niederlande und Japan mit ins Boot zu holen – zwei der wich-



Produktion in einem Halbleiterwerk in Binzhou, China, Januar 2022 CHU BAORUI/picture alliance/Costfoto

ANZEIGE

ARCH+ ist seit 50 Jahren die führende Zeitschrift für Architektur- und Stadtdiskurs



archplus.net | archplus | archplusnet



# Die Uhr tickt für Tiktok

tigsten Länder, wenn es um Anlagen für die Chipproduktion geht. In den Niederlanden stellt der Maschinenbauer ASML das Equipment für Chipfabriken der Spitzenklasse her. Und in Japan geht es um die Unternehmen Electron und Nikon, die ebenfalls die Chipindustrie mit Produktionsmaschinen beliefern. Schon im vergangenen Januar besiegelten die drei Länder die Exportbeschränkungen mit einem Kooperationsabkommen.

Das Ergebnis: Im letzten Quartal 2022 fiel der Export solcher Güter aus Japan nach China um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, Exporte aus den Niederlanden gingen um 44 Prozent zurück, und US-Firmen lieferten sogar 50 Prozent weniger.<sup>11</sup>

Der zunehmend kompromisslose Kurs der US-Regierung dürfte Chinas Begehrlichkeiten gegenüber Taiwan weiter befeuern, denn dort befindet sich der größte Chiphersteller der Welt: die Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC), die die Hälfte des Weltmarkts für Hochleistungschips kontrolliert.

Die verschärften Sanktionen treffen einen für China essenziellen Wachstumsmarkt: 2015 hatte das Land bei den Halbleitern einen Weltmarktanteil von 3,8 Prozent, 2020 waren es schon 9 Prozent mit einem Jahresumsatz von 39,8 Milliarden US-Dollar.<sup>12</sup> Dem steht allerdings ein gewaltiges Importvolumen von 378 Milliarden US-Dollar entgegen; das sind 18 Prozent aller chinesischen Einfuhren (Energieimporte eingerechnet).

Die chinesischen Halbleiterexporte stürzten im vergangenen Jahr regelrecht ab (72,8 Prozent Rückgang gegenüber 2021); viele Abnehmer im Ausland müssen notgedrungen ihre Beschaffungswege diversifizieren. Der US-Computerhersteller Dell will bis 2024 ohne Chips aus chinesischer Produktion auskommen und hat seine Zulieferer aufgefordert, auch die Verwendung von anderen dort hergestellten Komponenten zurückzuführen.<sup>13</sup> Dells Branchenrivale Hewlett Packard beratschlagt ebenfalls mit seinen Lieferanten, wie sich Fertigung und Montage aus China weg verlagern lassen.

Momentan verfügt Chinas Industrie noch über einen beträchtlichen Halbleitervorrat in privaten und staatlichen Laboren. Auf lange Sicht könnte die Knappheit jedoch die Entwicklung von Hochleistungsalgorithmen gefährden, die für eine wettbewerbsfähige chinesische KI unentbehrlich sind. Hauptleidtragende der US-Embargopolitik dürften vor allem die chinesischen Unternehmen in den Bereichen autonomes Fahren und Logistik sein, die Komponenten aus US-amerikanischer Produktion verwenden, ebenso die KI-gestützte Arzneimittelforschung.

Angesichts dieser Entwicklung legt Peking natürlich nicht die Hände in den Schoß. Die chinesischen Behörden verpflichten mittlerweile einheimische Bauteilhersteller dazu, inländische

Chipproduzenten zu verbilligten Preisen zu beliefern. Letztere sollen so international konkurrenzfähig bleiben. Außerdem sollen die Importe reduziert werden, die früher die billigere Alternative waren. Wie genau man auf das US-Embargo reagieren sollte, darüber gibt es in China jedoch sehr unterschiedliche Meinungen.

Manche wollen den Rückstand mit noch größeren Investitionen aufholen – die Rede ist von einem zusätzlichen Paket in Höhe von 145 Milliarden US-Dollar. Und das trotz der Korruptionsaffäre um den Big Fund, die immer noch nachhallt. Andere würden es lieber sehen, wenn bestimmte Großvorhaben, die riesige Mengen Halbleiter aus chinesischer Herstellung verschlingen – etwa der Ausbau des Mobilfunkstandards 5G –, indirekt unterstützt würden.

Sicher ist, dass Peking an seinem Kurs mit Fokus auf Spitzentechnologie und der Weiterentwicklung von KI festhalten wird: Xi Jinping gebrauchte das Wort „Technologie“ in seinem Bericht beim 20. KPCh-Parteitag im Oktober 2022 40-mal – 2017 tauchte es nur 17-mal auf.

Washingtons aggressives Auftreten wird die chinesischen Anstrengungen sicherlich bremsen, aber wohl nicht aus der Spur bringen. Das kann dazu führen, dass Peking sich von Teilen der Welt abkoppelt, andere technische Standards einführt und somit die weltweite Kooperation bei neuen Technologien erschwert. Bis alle Auswirkungen des globalen „Chipkriegs“ erkennbar werden, wird es eine Weile dauern, aber zumindest kurzfristig wird sich das chinesische Innovationstempo verlangsamen.

<sup>1</sup> „Payment Methods in China: How China became a mobile-first nation“, Daxue Consulting, 3. August 2022.

<sup>2</sup> Siehe „As China's population ages, medical robots and devices are booming“, The China Project, 2. November 2022.

<sup>3</sup> Siehe „US-China AI rivalry a tale of two talents“, Asia Times, 2. Juli 2022.

<sup>4</sup> „China trounces U.S. in AI research output and quality“, Nikkei Asia, 16. Januar 2023.

<sup>5</sup> „In China, surveillance crushes lives—and improves them“, The Economist, 22. September 2022.

<sup>6</sup> Xinmei Shen, „China's two sessions' 2023: ChatGPT-like artificial intelligence is 'difficult to achieve', China's tech minister says“, South China Morning Post, 5. März 2023.

<sup>7</sup> „A U.S. secret weapon in A.I.: Chinese talent“, The New York Times, 9. Juni 2020.

<sup>8</sup> Siehe Jordan Pouille, „Alibaba Supermacht“, LMD, März 2021.

<sup>9</sup> Siehe Evgeny Morozov, „Machtspiele mit Mikrochips?“, LMD, August 2021.

<sup>10</sup> „Commerce implements new export controls on advanced computing and semiconductor manufacturing items to the People's Republic of China (PRC)“, Bureau of industry and security, Washington, 7. Oktober 2022.

<sup>11</sup> „Chip equipment exports to China tumble as U.S. pushes decoupling“, Nikkei Asia, 29. März 2023.

<sup>12</sup> „China's Share of Global Chip Sales Now Surpasses Taiwan's, Closing in on Europe's and Japan's“, Semiconductor Industry Association (SIA), 10. Januar 2022.

<sup>13</sup> „Dell looks to phase out 'made in China' chips by 2024“, Financial Times, 11. Januar 2023.

Aus dem Französischen von Andreas Bredenfeld

Gabrielle Chou ist Associate Professor an der New York University Shanghai.

Anfang der 2000er Jahre war in der westlichen Welt die Empörung groß, als die Chinesen Google, Facebook und Twitter in ihrem Land verboten. Heute wollen die Amerikaner Tiktok verbieten. Die Kurzvideo-App gehört dem chinesischen Unternehmen Bytedance und wird in China unter dem Namen Douyin betrieben. Einen von drei Vorstandsposten bekleidet Wu Shugang. Er ist Mitglied der Kommunistischen Partei, was als Zeichen gewertet wird, dass die international erfolgreiche App politisch kontrolliert wird.

Mehr als 1 Milliarde Menschen weltweit nutzen Tiktok – die unter 25-Jährigen im Schnitt 90 Minuten täglich. Die App ist ein kommerzieller Erfolg: 2022 lag der Jahresumsatz über 10 Milliarden Euro, der Wert des Start-ups wird auf 61 Milliarden Euro geschätzt. In letzter Zeit wird das Unternehmen jedoch immer heftiger von US-Politiker:innen und Medien angegriffen.

„Tiktok stellt ein Problem dar“, erklärte am 4. März die Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre. Drei Tage später legten zwei Senatoren – ein Demokrat und ein Republikaner – einen Gesetzentwurf vor; der „Restrict Act“ soll ein komplettes Verbot der Plattform in den USA ermöglichen. Laut dem Nationalen Sicherheitsberater Jake Sullivan würde das die US-Regierung ermächtigen, „bestimmte ausländische Staaten daran zu hindern, technologische Dienste in einer Weise zu nutzen, die die vertraulichen Daten der Amerikaner und unsere nationale Sicherheit bedroht“.<sup>1</sup>

Weder China noch Tiktok werden namentlich genannt, aber es ist klar, dass die geplante Regelung in erster Linie auf die chinesische App abzielt. US-Staatsbedienstete dürfen Tiktok bereits jetzt nicht mehr auf ihren Diensttelefonen installieren.

Warum aber steht Tiktok so massiv in der Kritik – obwohl sich sein Geschäftsmodell nicht grundsätzlich von denen seiner US-Konkurrenten unterscheidet? Eine Plattform zum Teilen von kurzen Videoclips erscheint zunächst harmlos. Aber wie alle sozialen Netzwerke hat Tiktok das Potenzial zur Einflussnahme, das – so Washingtons Befürchtung – in die falschen Hände geraten und zur politischen Gefahr werden könnte.

Wie auf Facebook, Instagram oder Youtube verbreiten Influencer:innen ihre Meinungen und die Nutzer:innen geben durchs Scrollen, Klicken und Kaufen persönliche Daten preis. Obwohl diese Daten in der Theorie zwar vertraulich behandelt werden, bekommen wir täglich unaufgefordert Werbung oder andere Inhalte angezeigt. Diese basieren auf Algorithmen, die die Plattformen streng geheim halten.

Was zuallererst kommerziellen Interessen dient, könnte auch für politische Zwecke eingesetzt werden. Da Tiktok einem chinesischen Unternehmen gehört, fürchtet die US-Regierung, dass der chinesische Staat mithilfe der App versuchen könnte, Meinungen zu manipulieren oder sensible Daten zu sammeln. Zumal Peking dank eines 2017 erlassenen Gesetzes chinesische Unternehmen anweisen kann, persönliche Daten weiterzugeben, wenn diese für die nationale Sicherheit relevant sind.

Dieser Verdacht ist nicht ganz aus der Luft gegriffen. Im Dezember 2022 gab Bytedance zu, dass vier Mitarbeiter des Unternehmens sich unerlaubt Zugang zu den Tiktok-Nutzerdaten zweier US-Journalisten

und so vor ausländischem Zugriff geschützt werden.

Auch in Europa sollen mehrere neue Datenzentren entstehen, zwei in Irland und eins in Norwegen. Die Unterhaltskosten der Datenzentren beziffert Tiktok auf 1,2 Milliarden Euro jährlich.

Derzeit liegt der Texas-Plan auf Eis, weil die US-Behörden ihn nicht genehmigt haben. Am 23. März 2023 musste sich Tiktok-Chef Shou Zi Chew den Fragen des Handelsausschusses im US-Kongress stellen und verteidigte den Plan, in der Hoffnung, ein Verbot der Geschäftstätigkeit vermeiden zu können. Sollte es Tiktok in den USA tatsächlich so ergehen wie dem chinesischen Gerätehersteller Huawei, dem es im November 2022 verboten wurde, in



Tiktok-Chef Shou Zi Chew vor dem Handelsausschuss des US-Kongresses, 23. März 2023 ALEX BRANDON/picture alliance/AP

verschafft hatten, um ein internes Datenleck ausfindig zu machen. Die Mitarbeiter wurden entlassen, doch ein ungutes Gefühl blieb.

Washington weist außerdem darauf hin, dass die Algorithmen der chinesischen Tiktok-Version Douyin überwiegend Bildungsinhalte für chinesische Nutzer:innen unter 14 Jahren verbreitet. Das sei ein Hinweis darauf, dass die politische Führung in Peking ihre Hände im Spiel hat und ihren Einfluss auf den Westen ausdehnen könnte. Grundsätzlich ist es nicht ungewöhnlich, dass sich die Inhalte sozialer Netzwerke je nach geografischer Region unterscheiden. Aber bei der chinesischen App lässt Washington dieses Argument nicht gelten.

Um den Befürchtungen aus dem Westen zu begegnen, will Bytedance sein Chinageschäft von den Aktivitäten im Rest der Welt entkoppeln. Dazu hat das Unternehmen seinen Umstrukturierungsplan „Project Texas“ vorgelegt: Im Rahmen einer Partnerschaft mit dem US-Cloud-Anbieter Oracle sollen die Daten von US-Nutzer:innen in einem neuen Datenzentrum in Dallas gespeichert

den USA Smartphones zu verkaufen, würden die europäischen Regierungen vermutlich nachziehen. Die EU-Kommission hat ihre Beschäftigten bereits Ende Februar angewiesen, die chinesische App auf ihren Dienstgeräten zu deinstallieren.

Aber ist die US-Regierung tatsächlich bereit, Millionen Menschen unter 35 ihre Lieblingsapp wegzunehmen? Wie würde die Reaktion in den sozialen Medien ausfallen? Die günstigste Lösung für die US-Behörden wäre sicherlich ein Verkauf von Tiktok an nichtchinesische Investoren oder zumindest eine strikte Trennung zwischen Tiktok und Bytedance.<sup>2</sup>

Egal wie die Sache am Ende ausgeht – für das Chinageschäft von US-Konzernen wie Apple, Microsoft und Tesla könnte sie noch erhebliche Auswirkungen haben.

Gabrielle Chou

Aus dem Französischen von Andreas Bredenfeld

<sup>1</sup> „Statement from National Security Advisor Jake Sullivan on the Introduction of the Restrict Act“, www.whitehouse.gov, 7. März 2023.

<sup>2</sup> „TikTok Considers Splitting From ByteDance If Deal With US Fails“, Bloomberg, 14. März 2023.

ANZEIGE



**KULTUR  
SYMPOSIUM  
WEIMAR**

## EINE FRAGE DES VERTRAUENS

# A MATTER OF TRUST

## 10.-12. Mai 2023

Internationales Festival des Goethe-Instituts für neue Netzwerke und Ideen

Programm und Tickets unter [goethe.de/kultursymposium](https://goethe.de/kultursymposium)



BERTELSMANN
EVONIK
SIEMENS
VOLKSWAGEN
WURTH
3sat
brandeins
LE MONDE diplomatique



# Heftige Stürme, furchtbare Wogen

Die KP-Führung bereitet sich auf soziale Umwälzungen vor

von Shi Ming

Seit zwei Jahren mehren sich in China die Straßenproteste. Es geht dabei meist um verschiedene soziale Belange: Ein paar hundert Arbeitslose protestieren, weil ihnen die letzten Löhne nicht ausgezahlt wurden. Corona-Tagelöhner gehen auf die Straße, weil sie plötzlich ohne Beschäftigung dastehen. Erst wurden sie von der Regierung angeheuert, um Millionen und Abermillionen Chines:innen mit Gewalt aus ihren Wohnungen zu treiben und Zwangs-PCR-Tests zuzuführen. Dann kam die Kehrtwende in der Pandemiepolitik und sie wurden über Nacht entlassen.

Derartige sozial motivierte Proteste nahm die Regierung in Peking bis vor Kurzem scheinbar gelassen hin: Sie waren lokal begrenzt und wenig organisiert. Und sie schienen nichts mit grundsätzlicher Kritik zu tun zu haben. Fragen wie die, wer dieser Regierung eigentlich das Recht gibt, die Bevölkerung so zu knebeln.

Seit Ende 2022 hat sich das geändert. Es begann in politischen Zentren wie Peking und Schanghai, wo junge Menschen skandierten: „Xi Jinping, tritt zurück!“ oder „Kein PCR-Zwang, wir wollen Wahlzettel!“ Bald tauchten Leute auf, die weiße Papierbögen in den Händen hielten, und ihre Aktivitäten bekamen international einen Namen, der den Herrschenden in Peking Angst einjagen dürfte: „Weißpapier-Revolution“ – analog zur Orangenen Revolution in der Ukraine 2014 und der Regenschirm-Revolution in Hongkong vor fünf Jahren. Beide waren ganz und gar politischer Natur.

Wird sich dies nun in China wiederholen, jetzt, wo Xi Jinping alle Barrieren aus dem Weg geräumt hat, um allein das Sagen zu haben?

Die Tatsache, dass sich im Januar 2023 zehntausende älterer Menschen, allen Strafandrohungen der Regierung zum Trotz, in Ballungszentren wie Wuhan und Dalian zu Demonstrationen versammelten, wirkt wie eine faktische Bejahung dieser Frage. Die Protestierenden verzichteten auf jede Art von Guerillataktik: Kühn erschienen sie zu den verabredeten Terminen auf den angekündigten Plätzen. Was sie vorher online erklärt hatten, skandierten sie jetzt auf der Straße.

Niemand weiß, wie sie sich so gut organisiert hatten, wer sie angeführt hat. Bemerkenswert war, dass es ihnen nicht um eine simple Forderung ging wie die, dass der Staat Krankenhausbehandlungen bezahlen soll. Was sie wollten, war nichts weniger, als die beschlossene Gesundheitsreform zu kippen. Mit ihr bekommen die Einzelnen noch weniger von den ausgeplünderten Krankenkassen – für Alte und chronisch Kranke eine programmierte Katastrophe. Zum Beispiel wurde Metformin, ein Medikament der ers-

ten Wahl bei Diabetes Typ II, aus dem Leistungskatalog gestrichen. 100 Millionen Patienten sollen es nun selbst bezahlen, egal ob sie es sich überhaupt leisten können.

Schon lange wird im Internet breit diskutiert, was zunehmend auf der Straße hörbar wird. Zur Rentenreform, zur Wirtschaftspolitik, zu den leeren Krankenkassen, selbst zu den sakrosankten außenpolitischen Leitlinien wie dem Zusammenhalt von Xis China und Putins Russland äußerten sich die Netzbürger hochkontrovers.

Wenige Tage vor Xi Jinpings Besuch in Moskau vom 20. bis zum 22. März bemerkte jemand auf der Social-Media-Plattform *jinni toutiao* (Schlagzeilen von heute): „Ich weiß, dass Putins Krieg eine Aggression ist. Ich empfinde große Sympathie für die Ukraine. Nur: Wenn Russland kippt, sind wir Chinesen allein auf der Bühne. Und der Westen wird dann uns fertigmachen. Also müssen wir doch die Aggressoren unterstützen?“

Erstaunlicherweise blieb der ketzerische Post tagelang unzensuriert stehen. Niemand weiß, ob diese Zurückhaltung dadurch zu erklären ist, dass die Führung vor dem Hintergrund der überwältigenden Zahl der Krisen im Land einfach ganz andere Sorgen hat, als unliebsame Meinungen zu zensurieren – oder ob sie bewusst eine pluralistische Öffentlichkeit simulieren will, um sich den „Volkswillen“ als Hintertürchen für eine eventuelle Kurskorrektur offenzuhalten, für den Fall, dass ihre Außenpolitik ihr selbst gefährlich werden sollte.

Offensichtlich ist nur: Die politische Implikation der aktuellen Proteste hat längst auch Xi Jinping begriffen, der für die prekäre Situation nunmehr klare Worte findet. Am 7. Februar 2023, auf einem Seminar an der Zentralen Kaderschule, wiederholte der KPCh-Chef, was er bereits 2018 und 2021 angemahnt hat: „China und sein Volk sollen sich darauf vorbereiten, heftigen Stürmen und furchtbaren Wogen entgegenzusteuern.“ Der Unterschied zu 2018 oder 2021 ist allerdings, dass Xi sich nicht mehr auf Wogen vorbereiten muss: Sie sind schon da, politisch, massiv und unabhängig davon, worum es im Detail bei einzelnen Protesten geht und noch gehen wird.

Dies bestätigen nicht nur die politischen Slogans auf der Straße und der Umstand, dass immer mehr Chinesen die bisherige Vorsicht aufgeben, bei offenen Protesten trotzdem möglichst unpolitisch zu bleiben. Selbst die umfassende Online-Überwachung schreckt sie kaum noch ab. Es ist einfach so, dass die Gründe für politische Proteste so handfest geworden und nicht mehr so leicht zu beseitigen sind wie vor wenigen Jahren, als die chinesische Regierung noch im Geld schwamm. Denn inzwischen ist das

Geld nicht mehr so reichlich verfügbar.

Vor acht Jahren, im Februar 2014, warnte ein offizieller Bericht der Chinese Academy for Social Sciences (Cass) in Peking mit drastischen Worten im Hinblick auf das Gesundheitswesen: Bis spätestens 2017 werde es in den Krankenkassen für Städter und noch mehr für die Wanderarbeiter aus den ländlichen Regionen große Lücken geben. Bis 2024 werde sich das gesamte Defizit in der Gesundheitsversorgung auf 735 Milliarden Yuan (etwa 95 Milliarden Euro) belaufen. Eine baldige Pleite der staatlichen Kassen sei zu befürchten. Zum Vergleich: Für 2023 plant die Zentralregierung eine zusätzliche Schuldenaufnahme in Höhe von 510 Milliarden Yuan ein. Diese Summe reicht nicht einmal aus, um die Löcher in den Krankenkassen zu stopfen. Von den Rentenkassen ganz zu schweigen, deren Defizite noch sehr viel größer sind.

Am anderen Ende der chinesischen Alterspyramide verschärft sich eine weniger offensichtliche, aber für die Politik in Peking nicht weniger bedeutsame Krise: die der jüngeren Generation. Und zwar nicht allein, weil sie für immer mehr Mitglieder der Gesellschaft bluten muss, auch ihre Chancen im Berufsleben trüben sich ein, die Jugendarbeitslosigkeit steigt rapide.

2020, zu Beginn der Pandemie, betrug die Quote 14,5 Prozent. 2021 waren es 18,3 und 2022 über 20 Prozent.<sup>1</sup> Allen Rettungsversuchen der Zentralregierung zum Trotz lag diese Zahl Anfang 2023 immer noch bei 19,8 Prozent, Tendenz steigend. Auch gut Ausgebildete sind betroffen, die Arbeitslosenquote unter Hochschulabsolvent:innen steigt Jahr für Jahr.

Die Regierung plant, 2023 bei einer deutlich besseren Wirtschaftslage bis zu 12 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Jahr drängen aber

der „Weißpapier-Revolution“ vom Dezember 2022. Ein anderer war die erstickende Politik in der Coronapandemie.

Für die These einer bitter enttäuschten und sich deshalb wahrscheinlich erneut politisierenden urbanen Mittelschicht gibt es durchaus fachliche Bestätigung. Selbst amtliche Soziologen räumen mittlerweile ein, Angehörige der Mittelschicht, zu der nach staatlich geschönten Statistiken all jene gehören, die jährlich zwischen 40 000 Yuan (5400 Euro) und 420 000 Yuan (56 300 Euro) verdienen, könnten „in Armut zurückfallen“.

Laut Li Keqiang, dem gerade ausgedienten Ministerpräsidenten, verdienen 42,85 Prozent aller Chinesen, also rund 600 Millionen, monatlich weniger als 1000 Yuan, umgerechnet 140 Euro. Zieht man die Grenze der „relativen Armut“ in China bei 2000 Yuan (280 Euro) pro Kopf und Monat, sind laut einer Studie der Universität



Keine Medikamente mehr: Aushang an einem kommunalen Gesundheitszentrum in Peking, Dezember 2022 picture alliance/CFOTO

Chinas Regierung ist angesichts dieser und weiterer Missstände hilflos: Nicht nur das Haushaltsdefizit der Zentralregierung in Peking steigt seit 2016 von Jahr zu Jahr, auch alle 32 chinesischen Provinzregierungen sind Ende 2022 in die roten Zahlen geraten sind, einschließlich der reichsten Stadt, Schanghai. Sparen statt protzen ist nun das Gebot der Stunde. Sparen bei allen, von denen das Regime am wenigsten Widerstand erwartet, etwa bei den Alten – wie in Wuhan und Dalian. Also werden Kassenleistungen für Rentner radikal gekürzt. Überraschend war nur, dass sich massiver Protest regte.

Er regte sich auch deshalb, weil kurzfristig keine Verbesserung der Lage in Sicht ist. In der Provinz Zhejiang, im Osten des Landes, so zeigt die Untersuchung der Cass, ist die Krise strukturell und wird andauern: In einem der industriellen Bezirke dort beläuft sich der Anteil der Rentner:innen an den gesamten Versicherten auf 67 Prozent. Ein Arbeitender muss also für zwei Rentner:innen mitbezahlen. Diese Versicherungsstruktur lässt sich auf keinen Fall mehr aufrechterhalten.

Dabei ist Zhejiang eine der produktivsten und wohlhabendsten Provinzen in China. Noch schlimmer ist die Situation im armen Nordosten, der in den letzten zehn Jahren über 10 Millionen Einwohner:innen an die reicheren Provinzen verloren hat, Tendenz stark steigend.

auch 10 Millionen Uni-Absolventen auf den Arbeitsmarkt. Und Realität ist, dass die meisten dieser neuen Jobs, die entstehen sollen, sofern die Konjunktur wieder einigermaßen in Gang kommt, vor allem für un- und angelernte Arbeitskräfte gedacht sind, etwa in Zementfabriken oder im Kohlebergbau. Das heißt: Die Arbeitslosigkeit unter gut Ausgebildeten wird weiter zunehmen.

Die Konsequenzen sind politisch brisant. Das Problem betrifft ja nicht nur die arbeitslosen Jungakademiker selbst: Unzählige Familien in China haben viele Jahre gespart und in die Ausbildung ihrer Hoffnungsträger investiert. Sollte sich nun die Hoffnung so vieler Familien für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zerschlagen, geht davon eine über die soziale Dimension hinausreichende Signalwirkung aus. Denn es geht um nichts weniger als das politische Versprechen der Chinesischen KP nach dem Zusammenbruch des Weltkommunismus im August 1991: mit einer rasant wachsenden Wirtschaft eine dynamische, gebildete Mittelschicht zu schaffen.

Es war die gebildete Schicht, die 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking vergeblich politische Reformen gefordert hatte und die fast 35 Jahre lang ihre enttäuschten Träume durch Konsumrausch kompensiert. Jetzt ist es damit vorbei. Das war vermutlich ein wesentlicher Auslöser

Sun Yatzen in Guangzhou mehr als 940 Millionen Chinesen von Armut betroffen, über 67 Prozent der Gesamtbevölkerung.

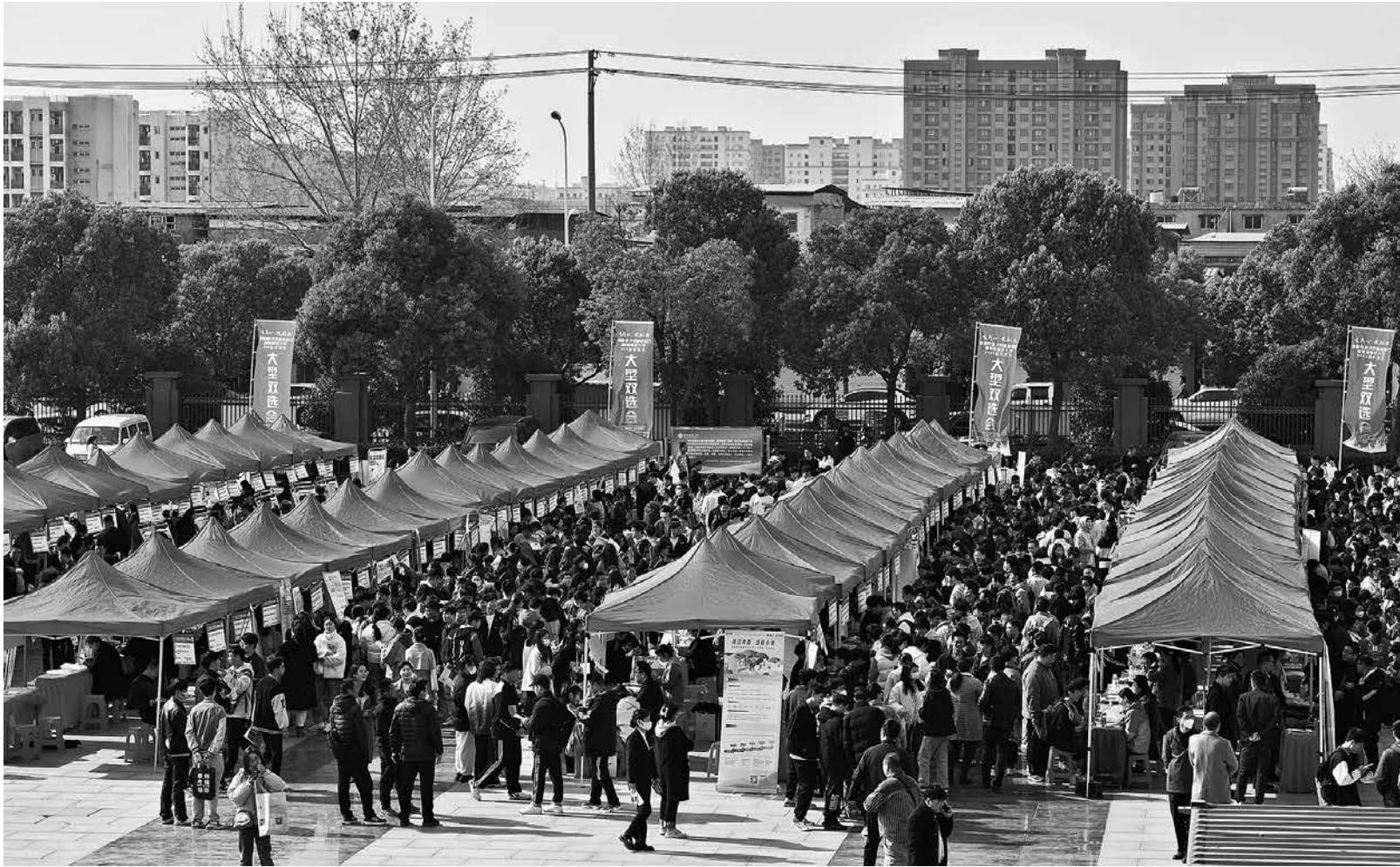
Wenn man die 90 Millionen Menschen, die laut offiziellen Statistiken unterhalb der absoluten Armutsgrenze leben, sowie die etwa 25 Millionen Chinesen, die sich zur Oberschicht zählen können, zusammenzählt, gehören zur Mittelschicht im besten Fall etwas mehr als 200 Millionen, konservativ gerechnet sind es weniger als 150 Millionen. Sollten Teile dieser Gruppe auch noch wegbrechen, lässt sich voraussehen, welche politischen Konsequenzen sich daraus für die regierende KPCh ergeben werden – ganz abgesehen von den ökonomischen Folgen, wenn die für die Erholung der Wirtschaft entscheidende Binnennachfrage schwindet, die vor allem von der Mittelschicht erwartet wird.

Zur Erinnerung: 1994, als die Reform- und Öffnungspolitik nach dem politischen Desaster von 1989 wieder in Schwung kam, verfasste eine Gruppe von Kindern hoher Parteikader, bekannt als „Prinzenpartei“, ein Programmpapier mit der Forderung, die KPCh von einer Revolutionspartei zur „Regierungspartei für tausend Jahre“ zu machen. Aus dem Scheitern der Sowjetunion zogen sie den Schluss, dass Michail Gorbatschow es versäumt habe, eine tragfähige, hoffnungsvolle Mittelschicht zu schaffen, die in der Hoff-

ANZEIGE







Jobbörse auf dem Uni-Campus in Fuyang, März 2023 picture alliance/CFOTO

nung auf einen beständigen sozialen Aufstieg aus ureigenstem Interesse die Regierenden unterstütze. Über zwei Jahrzehnte lang schien sich diese Annahme zu bestätigen. Kommt jetzt ein abruptes Ende, weil die neue, dynamische Elite in den Strudel der multiplen Krise gerät?

Vieles weist in diese Richtung. Die Elite wird selbst immer mehr in Mitleidenschaft gezogen. Wegen der Ebbe in den öffentlichen Kassen wurden vor zwei Jahren erstmals die Gehälter von kleineren Staatsbediensteten gekürzt, in ärmeren Provinzen bis zu 35 Prozent. Betroffen sind nicht nur vereinzelt Ministerialbeamte, sondern in der Breite auch Lehrer staatlicher Schulen. Und das ist erst der Anfang.

Auf dem letzten Volkskongress im März wurde beschlossen, das Heer der Beamten um 5 Prozent zu verkleinern. Laut unbestätigten Berichten soll den Bediensteten ihre staatlich garantierte Sozialversicherung, vor allem die Altersrente, teilweise oder ganz gestrichen werden. Für die Teile der urbanen Mittelschicht, deren dynamischer Aufstieg längst zur Vergangenheit gehört, sind solche Maßnahmen der Regierung ein Schlag ins Gesicht: Vor wenigen Jahren bewarben sich auf eine Beamtenstelle bis zu 10 000 Anwärter, um sich die „eiserne Reisschale“ zu sichern. Jetzt ist die erhoffte Sicherheit auch für die Staatsbediensteten dahin.

Und das gilt nicht nur für den gut gefüllten Geldbeutel. Während der ersten Amtszeit von Parteichef Xi Jinping (2012–2017) wurden laut parteiinternen Statistiken im Zuge der Antikorruptionskampagne 2 Millionen Kader abgesetzt. Böse Zungen behaupten seit Jahren, in China sei es nicht mehr allein das gemeine Volk, das sich kein abgesichertes Leben leisten kann (*minbu liaosheng*), jetzt treffe es die Staatsbediensteten ebenso (*guanbu liaosheng*).

Als prominente Beispiele für den Wahrheitsgehalt dieses neuen geflügelten Wortes mögen die vier stellvertretenden Minister für öffentliche Sicherheit während der beiden Amtszeiten von Xi Jinping dienen: Alle vier, darunter auch Meng Hongwei, der von Xi als Chef von Interpol (2016–2018) entsandt worden war, landeten im Gefängnis. Drei von ihnen bekamen lebenslange Haftstrafen wegen Korruption, der Vierte wurde „auf Bewährung“ zum Tode verurteilt. Eine Strafe, die normalerweise nach zwei Jahren guter Führung zu lebenslanger Haft umgewandelt wird.

Die politische Botschaft ist klar: In schwierigen Zeiten ist Loyalität nichts mehr wert, das gilt auch und am meis-

ten für die oberen Ränge der Macht. Ironischerweise beschwor Xi Jinping während seiner zweiten Amtszeit wie keiner vor ihm, dass für alle Parteimitglieder, -funktionäre und Staatsbediensteten Loyalität die wichtigste Eigenschaft sei. Sie alle werden immer wieder angehalten, ihr Gelöbnis zu wiederholen, das sie beim Eintritt in die Partei abgelegt haben. Darin enthalten ist der Satz: „Ich schwöre, zeitlebens der Partei loyal zu dienen.“

Aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums der KPCh am 1. Juli 2021 erschien auf der Website der gefürchteten „Kommission für Disziplinkontrolle“, die eine ähnliche Funktion erfüllt wie einst die Inquisition in Europa, eine Art Warnung, was mit Leuten geschieht, die diesen Schwur brechen. Es war die Geschichte von Gu Shunzhang, dem ersten „Verräter“, der Anfang der 1920er Jahre hingerichtet wurde – und nicht nur er: Seine gesamte Sippe und seine persönlichen Freunde mussten ebenfalls dran glauben.

### Jugendarbeitslosigkeit und Altersarmut

Es ist allerdings bemerkenswert, dass selbst derart furchterregende Drohungen von höchster Stelle der Partei nicht ausreichen, um Beschlüsse des Politbüros oder gar des Ständigen Ausschusses des Politbüros tatsächlich durchzusetzen. 2022 leistete die Stadtregierung von Shanghai monatelang erfolgreich Widerstand gegen den Befehl aus der Zentrale, die 25-Millionen-Metropole unbedingt, umgehend und vollständig in den Lockdown zu versetzen. Als der Lockdown am Ende doch durchgesetzt wurde, wurde niemand in der Stadtregierung, auch nicht der damalige Oberbürgermeister Li Qiang, wegen illoyalen Verhaltens zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Li Qiang ist mittlerweile der neue Ministerpräsident Chinas.

Ähnliches geschah Ende 2022: Im November hatte der Ständige Ausschuss des Politbüros noch geschworen, die Null-Covid-Politik niemals aufzugeben, denn dieser „chinesische Weg zur Pandemiebekämpfung“ habe sich „weltweit als der einzig richtige und effektivste bewährt“. Wenige Wochen später wurde der gegenteilige Beschluss gefasst und landesweit durchgesetzt, doch niemand trug die Verantwortung für die Fehler und deren horrenden Folgen. Niemand von der Zentralregierung wurde bestraft, auch niemand vom staatlichen Disease Control Center (CDC), das die fachlichen Experten sowohl für die Lockdownpo-

litik als auch später für die Kehrtwende geliefert hatte.

Binnen weniger Wochen steckten sich 80 Prozent der Bevölkerung mit diversen Omikron-Varianten an, ohne dass jemand dafür zur Rechenschaft gezogen wurde; Gleiches gilt für den weisen Beschluss der Kommandozentrale der KPCh, zur gesundheitspolitischen Kehrtwende keinerlei logistische Vorkehrungen zu treffen. Nicht einmal Ibuprofen war verfügbar, ein Medikament, von dem 60 Prozent des weltweiten Bedarfs in China produziert wird.

Nicht erst seit der spektakulären Kehrtwende in der Pandemiepolitik steht die Frage im Raum, ob alle Fehler, die seit Xi Jinpings Amtsantritt Ende 2012 passiert sind, tatsächlich der Illoyalität im Apparat geschuldet sind, der Xis weise Instruktionen einfach nicht eins zu eins umgesetzt hat. Oder ob sie darauf zurückzuführen sind, dass der Parteichef und seine Beraterteams keine Ahnung von einigermaßen funktionierender Realpolitik haben.

Keine der beiden Antworten ist schmeichelhaft für die Machthaber, am wenigsten für Xi Jinping. Allerdings wagt niemand, derartige Fragen offen auszusprechen. Fakt ist, dass derzeit alle, die auf keinen Fall etwas falsch machen beziehungsweise nicht für etwas Falsches zur Rechenschaft gezogen werden wollen, einfach gar nichts tun. Die Konsequenz dieser Zustände innerhalb des KPCh-Apparats ist ein grotesker und fataler Teufelskreis.

Mit der wirtschaftlichen und der demografischen Krise steckt die Politik in einem zweifachen Dilemma: Will man mit einer erhöhten Geldmenge die Konjunktur ankurbeln, wächst der Inflationsdruck; bekämpft man die Inflation, könnten die zaghaften Konjunkturimpulse schnell wieder erstickt werden; verlängert man die Lebensarbeitszeit der älteren Generation, um die Zeitbombe der leeren Rentenkassen und damit möglicher Massenunruhen nicht zu früh hochgehen zu lassen, drängt man zugleich noch mehr junge, darunter auch gut ausgebildete Menschen in strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit und schwächt zusätzlich die Kranken- und Rentenkassen.

Gerade diese und weitere Probleme erfordern rechtzeitige, ausgewogene und tragfähige politische Entscheidungen. Doch zu solchen zu gelangen, wird immer schwieriger – nicht zuletzt, weil mit der schwindenden Verantwortungsbereitschaft innerhalb des Apparats komplizierte Entscheidungen von unten nach oben weitergereicht werden. Bürokratische Grabenkämpfe und Verschleppungstaktik sorgen da-

für, dass am Ende einige wenige (oder gar ein Einzelner) die Weichen stellen müssen, ohne jedoch sicher sein zu können, dass ihre Entscheidungen auch umsetzbar sind. Und falls sie es sind, ist noch lange nicht klar, wie und über welchen Zeitraum.

Je langwieriger die politischen Aushandlungsprozesse in China werden, desto tiefer und unentwirrbarer werden die Sachzwänge und Dilemmata. Entsprechend notwendig wären ein klarer politischer Wille, Vertrauen in die politische Elite und tatsächliche Loyalität. Diese kann schon lange nicht mehr vorausgesetzt werden.

Es ist klar, weder Vertrauen noch Loyalität lassen sich durch Säuberungen und die Androhung drakonischer Strafen erzwingen. Beides bewirkt eher das Gegenteil, so dass das Krisenpotenzial, das Xi als „stürzende Wogen und furchtbare Stürme“ metaphorisiert hat, wächst und wächst. Freilich bleibt die KPCh-Führung nicht einfach tatenlos. In aller Stille und mit dubiosen Maßnahmen bereitet sie sich auf jene „stürzenden Wogen“ vor.

Kurz nach dem 20. Parteitag der KP Chinas im vergangenen Oktober wurde die Gesamtstaatliche Genossenschaft für Versorgung und Vertrieb wiederbelebt; eine Institution aus der Mao-Zeit, die bis zum Ende der Kulturrevolution 1976 existierte, um die strenge Rationierung alles im Alltag Nötigen zentralstaatlich zu organisieren: von Getreide wie Weizenmehl und Reis über Eier und Fleisch bis hin zu Hefe, zeitweilig auch Klopapier. Von einer solchen Verknappung in der materiellen Versorgung ist China gewiss noch weit entfernt. Dennoch ist der Plan so ernst gemeint, dass diese „Genossenschaft“ in den Rang eines Ministeriums erhoben wurde. Während Beamtengehälter gekürzt werden, schreibt die neue Institution nun Stellen aus.

Kein gutes Omen ist auch folgende Maßnahme: In Großstädten wie Wuhan, Qingdao und Guiyang begannen die Stadtverwaltungen, ebenfalls im Oktober 2022, „kollektive Speisungen“ zu organisieren. Es hieß, damit sollten Alte und Arme unterstützt werden. Es sieht so aus, als würden schon mal vorausseilend Almosen organisiert, sollte die soziale Absicherung zu früh und zu schnell zusammenbrechen.

Kritiker fragten, warum dieser staatliche Eingriff erfolgte, wenn sich doch vor allem die private Gastronomie nach der Pandemiestarre wieder erholen sollte. Mit solchen Armenküchen müssten einfache Garküchen schließen, und es würden noch mehr Almosenempfänger:innen produziert. In Wahrheit aber, und das wagt niemand in der Regierung offen einzugehen, kann von einer schnellen Erholung der kleinen Alltagsbetriebe keineswegs ausgegangen werden, weshalb man für den schlimmsten Fall vorsorgen muss.

Und was die „furchtbaren Stürme“ angeht: Die Furcht davor wird, wie schon immer, von der Spitze bis ganz nach unten weitergegeben. Anfang 2023 unterzeichnete Xi Jinping einen Befehl, wonach ab dem 1. März alle Chines:innen zwischen 18 und 60 Jahren, Männer wie Frauen, als Armeereservist:innen zu erfassen sind. Dabei ist weit und breit kein Kriegsszenario in Sicht, nicht einmal gegenüber Taiwan, jedenfalls offiziell.

Es sieht ganz danach aus, als wolle man Vorbereitungen für eine militärische Trainingspflicht treffen, sollte sich die soziale und politische Stabilität ernsthaft verschlechtern. Und dabei geht es dann nicht um den berühmten Stechschritt, sondern um Disziplinarmaßnahmen, um all jene in Schach zu halten, die noch Mut und Kraft finden, aufzubegehren. Das nächste Mal könnten sie, mit womöglich mehr als nur weißem Papier in der Hand, für die Verweigerung des Kriegsdienstes demonstrieren, sollte eine „Wiedervereinigung mit Taiwan“ durch Waffengewalt beschlossen werden.

Damit schon mal niemand auf dumme Gedanken kommt, erging Anfang März der Befehl, die Strafprozessordnung im Hinblick auf eine mögliche Militärverwaltung anzupassen, so dass im Notfall die Volksbefreiungsarmee und nicht das zivile Justizwesen die Befugnis zur Strafverfolgung bekommt, um die Widerspenstigen rasch zu zähmen. Sind dies schon erste Vorbereitungen auf ein kommendes Kriegsrecht?

<sup>1</sup> „1 in 5 of China's urban youth are unemployed“. CNN Business, 19. September 2022.

Shi Ming ist freier Journalist in Berlin.  
© LMD, Berlin

ANZEIGE

Nur mit dem Ende der sozialen Entfremdung kann die Befreiung der Lüste gelingen.



Diether Dehm

## PORNOGRAPHIE UND KLASSENKAMPF

Für eine materialistische Psychologie

ISBN 978-3-85371-512-3, br., 312 Seiten, 28,00 Euro  
E-Book: ISBN 978-3-85371-905-3, 23,99 Euro

PROMEDIA

www.mediashop.at



# Unsichere Zuflucht

In Nepal müssen Exil-Tibeter den langen Arm Pekings fürchten

von Victoria Jones

Nepal beherbergt, abgesehen von Indien, weltweit die meisten Flüchtlinge aus Tibet. Genaue Zahlen gibt es nicht, da viele Tibeter:innen keine Dokumente besitzen – doch laut einem UNHCR-Bericht von 2020 sind es vermutlich insgesamt 12.540. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Neuanrücklinge allerdings stark zurückgegangen, denn viele wollen sich nicht gern in einem Land niederlassen, wo sie systematisch diskriminiert werden.

Nepal und China haben eine 1200 Kilometer lange gemeinsame Grenze. Im Laufe der 1950er Jahre wurde Nepal nach der Besetzung Tibets durch die chinesische Armee zum Zufluchtsort für Geflüchtete aus Tibet. Heute gibt es dort mehrere Lager für Geflüchtete, doch die meisten leben in der Gegend der Hauptstadt Kathmandu und in der zweitgrößten Stadt Pokhara.

1955 nahmen China und Nepal erstmals diplomatische Beziehungen auf, 1956 unterzeichneten sie einen Vertrag, in dem Nepal Tibet als Teil Chinas anerkannte. Die Finanzierung der tibetischen Widerstandsbewegung durch den US-Geheimdienst CIA in den 1960er Jahren stellte eine Belastungsprobe der bilateralen Beziehungen dar, die 1960 zusätzlich mit einem Freundschaftsvertrag besiegelt worden waren. In den 1970er Jahren jedoch bot sich für die USA die Möglichkeit, Verhandlungen mit Mao aufzunehmen, um die UdSSR auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs zu isolieren, weshalb Präsident Nixon (1969–1974) die Unterstützung für die Tibeter einstellte.

In den letzten Jahren verstärkte Nepal nach und nach den Druck auf die tibetische Community. Bis 2001, als König Birendra – vermutlich von seinem Sohn – ermordet wurde, war es den Tibeter:innen erlaubt, ihre Anliegen öffentlich zu benennen. Doch 2002 untersagte die Regierung erstmals die Feierlichkeiten zum Geburtstag des Dalai Lama, und 2005 ließ sie sein nepalesisches Büro auf Druck Pekings schließen.

Ein weiteres Schlüsselmoment war das Jahr 2008. Nepal hatte gerade nach mehreren Jahren Bürgerkrieg die Republik ausgerufen, und China wollte bei der neuen Regierung einen Fuß in der Tür behalten. Gleichzeitig fanden in Peking die Olympischen Sommerspiele statt. Während alle Welt das sportliche Großereignis verfolgte, war China, besorgt um sein internationales Ansehen, bemüht, jeden Ärger mit den Nachbarn zu vermeiden.

Doch zu Pekings Missfallen nutzte die tibetische Diaspora in Nepal und andernorts die Gelegenheit, und demonstrierte für ihre Rechte. In Nepal wurden Hunderte von ihnen verhaftet. Von da an begann die KPCh ihre Verbindungen zu Nepals Parteien massiv zu verstärken, um sicherzugehen, dass die tibetischen Flüchtlinge in Schach gehalten werden.

2009 versprach China dem Land nicht nur Kredite für den Ausbau der Infrastruktur und des Agrar-, Energie- und Tourismussektors, sondern auch landwirtschaftliche Ausbildungsprogramme und eine Senkung der Zölle. Im Gegenzug wiederholte Nepal seine Zusage, alle „antichinesischen“ auf seinem Territorium zu unterbinden. Nachdem es die Grenzkontrollen entlang der chinesischen Grenze verstärkt hatte, übergab es 33 aus Tibet eingereiste Menschen den chinesischen Behörden. Damit brach die nepalesische Regierung ihre informelle Garantie gegenüber der UNHCR, Tibeter:innen einen sicheren Transit nach Indien zu gewähren.



Verhaftung eines tibetischen Demonstranten, Kathmandu, Februar 2012

NARENDRA SHRESTHA/picture alliance/dpa

Ebenfalls 2009 bekräftigte Nepal sein Festhalten an der Ein-China-Politik. Der Dalai Lama, den Peking als Separatisten bezeichnet, war deshalb noch nie in Nepal, obwohl das Land als Geburtsort Buddhas gilt. Im Januar 2012 reiste der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao zum ersten Staatsbesuch seit mehr als zehn Jahren nach Kathmandu, um die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu intensivieren. Den nepalesischen Sicherheitskräften versprach er 10 Millionen Yuan (1,6 Millionen US-Dollar) Unterstützung.

Seit Xi Jinping im November 2012 Vorsitzender der KPCh wurde, baut China seinen Einfluss noch massiver aus. Peking ist nach Auskunft der nepalesischen Sicherheitsbehörden sogar stets früher über tibetische Aktivitäten informiert als sie selbst und erteilt ihnen konkrete Anweisungen zu Polizeieinsätzen. Friedliche Proteste werden sofort niedergeschlagen, und für Versammlungen an tibetischen Feiertagen gibt es strenge Auflagen, wenn sie nicht ganz verboten werden. Laut Human Rights Watch geschieht dies alles „unter dem Druck chinesischer Behörden“.<sup>1</sup>

## Druck auf buddhistische Klöster

Vor allem wenn hochrangige chinesische Regierungsbeamte nach Kathmandu kommen, wird es hart, erzählt Karma Gyaltsen, Vorsitzender des Tibetan Refugee Welfare Office: „Die Regierungsbehörden warnen uns mündlich, uns zurückzuhalten. Wenn wir den Anweisungen nicht folgen, werden wir verhaftet.“ Ein tibetischer Flüchtling, der anonym bleiben will, berichtet, dass die Polizei vor chinesischen Staatsbesuchen entweder anruft oder vorbeikommt und das Haus durchsucht. Stets werde dann gedroht, „einige von uns nach China abzuschicken. Sie sagen dann, wir hätten ja keine Papiere, das wäre ganz einfach.“

Die chinesische Botschaft in Kathmandu unterstützt die nepalesischen Behörden finanziell und durch Schulungen. Die Flüchtlingscamps werden von chinesischer Seite überwacht, zudem kursieren in der tibetischen Community Gerüchte über chinesische Infiltrationsversuche: Tibeter:innen werden mit Geld oder durch Erpressung mit der Sicherheit ihrer noch in Tibet

lebenden Familien als Agent:innen angeworben.

Laut nepalesischen Quellen fürchtet Peking vor allem die Unterwanderung durch von der „Dalai-Lama-Clique“ in Indien trainierte „Saboteure“. Es heißt, China wolle rund um die tibetische Hauptstadt Lhasa eine Reihe konzentrischer Sicherheitsgürtel schaffen, wobei der äußerste durch Nepal verlaufen soll.

Die Geschichte des engen kulturellen Austauschs, des Handels und der Freizügigkeit in der Grenzregion zwischen Nepal und Tibet endete 1959 nach dem tibetischen Aufstand gegen die chinesische Besatzung. Als die Volksrepublik China 1961 offiziell die Außengrenze festlegte, wurde die Bevölkerung gezwungen, sich für eine Nationalität zu entscheiden – ein Konzept, das ihr bis dahin fremd war.

In der Himalajaregion an der Grenze mangelt es an Infrastruktur, vor allem an Straßen. Schon deshalb fühlen sich noch heute viele – sowohl im übertragenen Sinne und als auch ganz konkret – wenig mit der nepalesischen Nation verbunden und mehr mit dem tibetischen Buddhismus. In der üppigen grünen Landschaft trifft man sowohl auf buddhistische als auch hinduistische Heiligtümer.

Nach dem verheerenden Erdbeben in Nepal 2015 wollte China die kulturelle Durchmischung unterbinden, forderte die nepalesische Regierung auf, Tibeter:innen aus der Grenzregion in andere Landesteile umzusiedeln und den regen Grenzverkehr einzuschränken. Übrig geblieben sind verlassene Märkte und Geschäfte.

Einzelne Klöster in Grenznähe werden von Peking finanziert, um sie auf Linie zu bringen und direkte Verbindungen zu den örtlichen Lama-Gelehrten aufzubauen. Dieses Vorgehen ist Teil einer konzertierten Aktion, mit der sichergestellt werden soll, dass die Klöster ihren Dalai-Lama-Kandidaten unterstützen – denn nach Ansicht der chinesischen Regierung liegt die Entscheidung über die Nachfolge bei ihr. Auch die chinesische Belt-and-Road-Initiative sieht den Bau von Klöstern vor, um einen parteikonformen tibetischen Buddhismus zu fördern.

Bis 2015 war der Araniko-Highway mit dem Grenzübergang Kodari die wichtigste Verkehrsverbindung zwischen Nepal und China, doch nun ist er

für den Personenverkehr geschlossen, weil China ihn als Drehkreuz für „protibetische und antichinesische“ Aktivitäten betrachtet. Als Ersatz dient der schwieriger zu passierende Übergang in Rasuwagadhi. Von nepalesischer Seite beobachtet man dort ein großes Aufgebot chinesischer Soldaten, angeblich ist die Volksbefreiungsarmee sogar in nepalesisches Territorium eingedrungen.

## Drei Viertel ohne Papiere

2014 verabschiedete Nepal ein Rechtshilfegesetz, das vorsieht, Tibeter:innen an der Einreise zu hindern und zurückzuschicken. Doch China ging die Regelung nicht weit genug. Bei seinem Besuch im Oktober 2019 bedrängte Xi die nepalesische Regierung, ein Auslieferungsabkommen für tibetische „Unruhestifter“ zu unterzeichnen. Indien, Großbritannien und die USA hingegen setzten Nepal unter Druck, das Abkommen nicht zu unterschreiben, weshalb Kathmandu zunächst zögerte.

Wenig später veröffentlichten Nepal und China eine gemeinsame Erklärung über eine zukünftige engere Zusammenarbeit. Vorgesehen waren eine Vereinbarung zum Grenzmanagement und ein Rechtshilfevertrag bei Strafverfolgung, der es China noch leichter macht, gegen die tibetische Community in Nepal vorzugehen. Laut der International Campaign for Tibet (ICT) erlaubt dieser zweite Vertrag den Unterzeichnern, im Nachbarland Menschen vorzuladen und Beweise zu sammeln.

Mit anderen Worten: Tibeter:innen, die sich in Nepal aufhalten, sind noch stärker der Verfolgung durch die chinesischen Behörden ausgesetzt. Des Weiteren hieß es in einem Bericht der ICT von 2020, dass die Vereinbarung zum Grenzmanagement beide Staaten dazu verpflichtet, „Personen, die beim ‚illegalen Grenzübertritt‘ gefasst werden, innerhalb von sieben Tagen zurückzuschicken“.<sup>2</sup>

Während Xis Besuch 2019 wurden in Kathmandu mindestens 25 Personen festgenommen, darunter sowohl tibetische Flüchtlinge als auch nepalesische Staatsbürger:innen. Die nepalesischen Behörden erklärten, dies sei Teil einer „Sicherheitsübung“ gewesen. Karma Gyaltsen sagt: „Die Menschen wurden verhaftet, nur weil sie Slogans riefen

und Plakate mit Bezug auf Tibet dabei hatten. Einige von ihnen haben einfach nur tibetische Taschen verkauft oder tibetische Kleidung getragen.“

Nepal unterdrückt mittlerweile fast jeden Ausdruck tibetischer Kultur, selbst wenn dieser weder offen politisch noch auf irgendeine Weise „antichinesisch“ ist. Die repressiven Maßnahmen treffen längst nicht mehr nur Tibeter:innen, sondern auch Nepales:innen.

Der Westen – insbesondere die USA – versuchen immer wieder auf Kathmandu einzuwirken. Ende Mai 2022 besuchte Uzra Zeya, eine US-Staatssekretärin für zivile Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte und Sonderkoordinatorin für tibetische Fragen, das Flüchtlingslager Jawalakhel in Lalitpur und Nepales:innen in Kathmandu. Zuvor hatte sie sich in Indien mit dem Dalai Lama getroffen. Das nepalesische Außenministerium behauptete, keine Kenntnis gehabt zu haben, dass Treffen mit tibetischen Flüchtlingen geplant seien. Andere Quellen bestätigen allerdings, dass es sehr wohl davon wusste. Dass die nepalesische Polizei Zeya eskortierte, spricht ebenfalls dafür. Prompt erinnerte Peking nachdrücklich daran, dass Nepal sich der „Ein-China-Politik“ verpflichtet hat.

Schon seit den 1990er Jahren gibt Nepal keine neuen Refugee Identity Cards (RC) mehr an Tibeter:innen aus, und viele vermuten dahinter Druck aus China. Deshalb haben heute geschätzte 4000 bis 9000 der Tibeter:innen in Nepal – also drei Viertel von ihnen – keinen Ausweis, diejenigen unter ihnen, die unter 43 Jahre alt sind, verfügen meist über keinerlei Identitätsnachweis.

Ein Rechtsanspruch ist allerdings auch mit einer RC nicht verbunden. Die nepalesischen Behörden entscheiden von Fall zu Fall und je nach Provinz und Distrikt sehr unterschiedlich. In Kathmandu zum Beispiel berechtigt eine RC manchmal noch nicht mal dazu, ein Konto zu eröffnen.

Wegen fehlender Dokumente sind die meisten Tibeter:innen in Nepal gezwungen, sich eine andere Identität und falsche Papiere zuzulegen, um der Polizei nicht vollkommen schutzlos ausgeliefert zu sein. Ohne Papiere bekommen sie auch keine regulären Jobs und können nicht reisen. Für diese ohnehin vulnerable Gruppe wächst beständig die Gefahr, Opfer von Ausbeutung zu werden. Im Grunde ist es so, als würden sie im rechtlichen Sinne gar nicht existieren – und das ist genau das, was China will. Und Nepal kann so verfahren, weil das Land weder die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 noch das Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1967 unterzeichnet hat und keine Asylgesetzgebung kennt.

Nepal steht im Hinblick auf die tibetischen Flüchtlinge buchstäblich zwischen China und Indien, zusätzlich kommt Druck von den USA. Die globale Macht Chinas wächst indes weiter, und da die Wahl eines nächsten Dalai Lama immer näher rückt, sind die bisherigen Repressionen wohl nur ein Vorgeschmack auf das, was noch kommen wird.

<sup>1</sup> Human Rights Watch, „World Report 2022: Nepal“.  
<sup>2</sup> „New China-Nepal agreements could deny Tibetans freedom“, International Campaign for Tibet, 11. Februar 2020.

Aus dem Englischen von Anna Lerch

Victoria Jones ist Forscherin bei der Asia-Pacific Foundation in London und Chefredakteurin der Onlineplattform *Interzine*.

© LMD, London; für die deutsche Übersetzung LMD, Berlin





Gespräche unter Chinas Aufsicht, Peking, 10. März 2023 LUO XIAOQUANG/picture alliance/Xinhua

# Friedensstifter China?

Mit dem saudisch-iranischen Abkommen profiliert sich Peking erstmals als internationaler Vermittler

von Akram Belkaid und Martine Bulard

Das Saudi-Arabien und Iran am 10. März die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen verkündeten, war für sich schon eine Überraschung. Beide Länder sind seit Jahrzehnten regionale Rivalen. Anfang 2016 hatten sie ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen, als Folge der Hinrichtung eines schiitischen Geistlichen in Riad und der anschließenden Attacke auf die saudische Botschaft in Teheran.

Noch bemerkenswerter ist der Vermittler des neuen Abkommens, über das zwei Jahre lang geheim verhandelt wurde. Auf einmal mischt Peking beim Big Game im Nahen Osten und in der Golfregion mit.

Allerdings darf man den saudisch-iranischen Handschlag in Peking auch nicht überbewerten. Frieden herrscht damit noch lange nicht, vor allem nicht im Jemen, wo beide Länder seit Jahren einen blutigen Stellvertreterkrieg führen. Andererseits sollte man im Westen die geopolitische Bedeutung des Deals nicht unterschätzen, wozu die US-Regierung anfangs neigte.<sup>1</sup>

Das Pekinger Außenministerium gab sich eher bescheiden: Das Abkommen sei „ein Sieg für den Dialog und den Frieden“, ließ es erklären. Dabei ist es eine Premiere, dass China als Vermittler eines internationalen Abkommens auftritt; und das erste Mal, dass es in Angelegenheiten einer Region eingreift, die seit über 70 Jahren von den USA dominiert wird, auch wenn sie sich seit 2013 zunehmend nach Asien orientieren.

Der Erfolg der chinesischen Initiative resultiert nicht allein aus diplomatischem Geschick. Ein weiterer Faktor ist der Wunsch Riads, sich allmählich von der Vormundschaft Washingtons zu emanzipieren, insbesondere angesichts der mangelnden Bereitschaft der USA, das Königreich nach den Terroranschlägen auf seine Ölanlagen im September 2019 zu verteidigen. Und da sind die mannigfachen Nöte des Teheraner Regimes: die Wirtschaftskrise, landesweite soziale Proteste und die Drohung eines israelischen Angriffs auf iranische Atomanlagen.

Hinzu kommt, dass sich China bereits seit längerem wirtschaftlich in der Region engagiert, sowie die allgemeine Stimmung in den Ländern des Globalen Südens, die für Narrative aus dem Westen immer weniger empfäng-

lich sind, was sich auch in deren Haltung zum Ukrainekrieg zeigt.<sup>2</sup> Auf dem Gipfeltreffen der Opec+ (Organisation erdölexportierender Länder plus zehn weitere Staaten, darunter Russland) im Dezember 2022 ignorierte Riad den dringlichen Wunsch Washingtons, die Ölfördermenge zu erhöhen, um den Barrelnpreis zu senken. Anfang April kündigten die Saudis sogar eine weitere Verknappung bis Ende 2023 an.

China hat sich auf die Möglichkeiten, die sich in diesem veränderten Umfeld eröffnen, seit langem sorgfältig vorbereitet.<sup>3</sup> Gemäß der von Deng Xiaoping formulierten Taktik „seine Talente verstecken und auf seine Chance warten“ tat es das eher unauffällig – bis zum Paukenschlag vom 10. März.

Seit der wirtschaftlichen Öffnung Chinas und der Einleitung von Reformen am Ende des 20. Jahrhunderts war die Führung in Peking um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu jedem Land im Nahen Osten und in der Golfregion bemüht – von Saudi-Arabien (1990) über Iran (1992) bis hin zu Israel (1992).

Ein wichtiges Motiv war sicherlich der wachsende Energiehunger: Für China ist Saudi-Arabien inzwischen der wichtigste Öllieferant, und Katar deckt einen Großteil des chinesischen Erdgasbedarfs.

Zudem ist die Region für chinesische Unternehmen als Absatzmarkt und für Kooperationen im Bereich neuer Technologien interessant. Das „Forum für die Zusammenarbeit zwischen China und den arabischen Staaten“ (CASCF) existiert seit 2004, und seit Beginn der Neuen Seidenstraßeninitiative (2013/14) ist der Austausch geradezu explodiert, vor allem in den Sektoren Bau und Telekommunikation (5G). Für den Zeitraum von 2002 bis 2022 beläuft sich die Gesamtsumme chinesischer Direktinvestitionen in Saudi-Arabien auf 106,5 Milliarden US-Dollar, in Kuwait auf fast 100 Milliarden und in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) auf über 64 Milliarden.

Diese „Geldbörsendiplomatie“ hat sich für Peking vor allem politisch ausgezahlt: Keines der genannten Länder stimmte im Juli 2020 im UN-Menschenrechtsrat für eine Verurteilung Chinas wegen der Unterdrückung der (muslimischen) Uiguren. Umgekehrt übt auch China Zurückhaltung: Als im Juli 2018 der saudische Journalist und Oppositions-

nelle Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul ermordet wurde, kam aus Peking kein kritisches Wort über Mohammed bin Salman (MBS), den starken Mann des Königreichs.

Washington hatte MBS dagegen längere Zeit geschnitten. Das änderte sich erst im Juli 2022, als Joe Biden nach Riad reiste, wo er allerdings eher kühl empfangen wurde – und nicht mit dem Pomp, den MBS fünf Monate später für Xi Jinping inszenierte.

## Die Früchte der Geldbörsendiplomatie

Die chinesische Führung betreibt eine durchaus kohärente Außenpolitik nach dem Grundsatz „keine Einmischung in innere Angelegenheiten“, verfolgt dabei aber zugleich eine geopolitische Vision. Mit der Forderung nach einem „gleichberechtigten Dialog auf der Grundlage gegenseitigen Respekts“, den der Westen immer abgelehnt hat, hofft Peking jene Länder des Globalen Südens für sich zu gewinnen, die nicht nur auf Investitionen, sondern auch auf Anerkennung aus sind.

Ob diese Strategie funktioniert, ist ungewiss. Ganz sicher ist aber, dass die Führung in Peking – den Zerfall der Sowjetunion vor Augen – nicht die geringste Lust hat, Kopfmacht eines geopolitischen Blocks zu werden. Sie lehnt Bündnisse ab, die „eine hermetische Lagermentalität“ erzeugen – und „ein Klima des kalten Krieges“, das hohe Kosten mit sich bringt.<sup>4</sup>

Chinas Staatsführung pflegt lieber bilaterale Beziehungen, entwickelt jedoch zugleich multilaterale Kooperationsformate mit Ländern, die sich zwar nicht immer einig sind, die aber im Dialog bleiben und bei unstrittigen Fragen sogar zusammenarbeiten wollen. Beispiele dafür sind die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) oder die Brics-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), denen sich auch Saudi-Arabien<sup>5</sup>, Ägypten, die VAE, die Türkei und Algerien anschließen möchten.

Diese Foren sind für China ein diplomatischer Erfolg, weil es die Rolle des Dirigenten übernehmen kann. Aber es gibt noch weiter ausgreifende Ideen zu einer „gemeinsamen, umfassenden, kooperativen und nachhaltigen Sicherheit“, die Xi Jinping im April 2022 unter dem Titel „Globale Sicher-

heitsinitiative“ (GSI) formuliert hat. Auf dieser Idee basiert auch der 12-Punkte-Vorschlag für eine Verhandlungslösung im Ukrainekrieg, der am ersten Jahrestag des Krieges präsentiert wurde.

Im Westen reagierte man auf diesen Plan überaus zurückhaltend, doch im Rest der Welt war das anders.<sup>6</sup> Die Grundprinzipien der GSI hat Xi bereits im Dezember 2022 bei seinem Besuch in Riad vor dem Golfkooperationsrat<sup>7</sup> dargelegt. Und kurz nach Bekanntgabe des iranisch-saudischen Abkommens reiste er nach Moskau, um Putin zu treffen. In Peking hat man offenbar beschlossen, sich stärker für eine Beendigung des Ukrainekriegs zu engagieren. Der spanische Regierungschef Pedro Sanchez hat Xi bei seinem Besuch in Peking aufgefordert, mit dem ukrainischen Präsident Selenski über seinen 12-Punkte-Vorschlag zu sprechen.

Die zweite Amtszeit von Xi (2017–2022) stand im Zeichen einer aggressiven Diplomatie. In seiner dritten wird er wohl mehr auf Verhandlungen setzen, die auch Länder miteinbezieht, die im Westen nicht wohlgehten sind. Mitte März schwärmte Xi blumig, gemeinsam könne man den „Garten der globalen Zivilisation zum Blühen bringen“. Bis es so weit ist, gefällt sich China in der Rolle des Friedensstifters. Doch vom Austausch von Botschaftern bis zu einem nachhaltigen Frieden ist es ein weiter Weg.

Das iranisch-saudische Abkommen wird erstmals auf die Probe gestellt werden, wenn es um die Sicherheit des saudischen Königreichs im Hinblick auf die Situation im Jemen geht. Die chinesische Vermittlung war auch deshalb erfolgreich, weil auf iranischer Seite am Ende Ali Schamchani verhandelt hat. Der frühere Verteidigungsminister und aktuelle Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats ist ein glaubwürdiger Garant der Verpflichtung zu regionaler Stabilität, die Teheran unterschrieben hat.

Für die saudische Seite sind mit dieser Verpflichtung zwei Forderungen erfüllt: das Ende der Angriffe auf Ölanlagen im Königreich sowie das der iranischen Waffenlieferungen an die Huthi-Rebellen. Allerdings dürften die Huthis, obwohl sie das von Peking initiierte Abkommen begrüßt haben, ihren Kampf gegen die von Riad unterstützten jemenitischen Regierungstruppen kaum einstellen.

Am 6. April trafen in Peking die Außenminister beider Staaten zusammen und verkündeten weitere Schritte, um die Beziehungen beider Staaten zu vertiefen. Ob das diplomatische Tauwetter zwischen Teheran und Riad anhält, ist angesichts der innerjemenitischen Konflikte, die durch das Wiedererstarken der Separatistenbewegung im Süden des Landes noch komplizierter geworden sind, jedoch keineswegs sicher. Zumal mit den VAE ein dritter Akteur mitspielt, der eine eigene außenpolitische Agenda verfolgt.

Zwar hat auch Abu Dhabi schon im September 2022 seine Botschaft in Teheran wiedereröffnet. Doch zwischen Saudi-Arabien und den VAE gibt es erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft des Jemen, insbesondere was den Süden angeht, denn die Emirate unterstützen die Separatisten. In den anstehenden Dreierverhandlungen zwischen Saudi-Arabien, den VAE und Iran werden die unterschiedlichen Ansichten zwischen Riad und Abu Dhabi ebenso ins Gewicht fallen wie ihre gemeinsamen Vorbehalte gegenüber Teheran.

Wie stabil das iranisch-saudische Abkommen tatsächlich ist, wird auch

von den künftigen Beziehungen beider Seiten zu Israel abhängen, das die Übereinkunft als Bedrohung wahrnimmt. Das iranische Regime lehnt jegliche Normalisierung seines Verhältnisses zum jüdischen Staat ab und geißelt die VAE, mit dem „Abraham-Abkommen“ genau das getan zu haben. Was Abu Dhabi wiederum jedoch nicht davon abhält, seine Wirtschaftsverbindungen zu Iran auszubauen.

Auch Saudi-Arabien sondiert die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel in inoffiziellen Verhandlungen unter der Ägide der USA. Allerdings stellt es harte Bedingungen, vor allem in Bezug auf die Gründung eines palästinensischen Staats. Zudem dürfte die Tatsache, dass Rechtsextreme in Israel an die Regierung gelangt sind, die saudische Bereitschaft zur Normalisierung geschwächt haben.

Die Position Teherans gegenüber den arabischen Golfstaaten ist klar: Sie können Kontakte zu Israel unterhalten, solange sie jede Beteiligung an einem potenziellen Militärschlag gegen das iranische Atomprogramm verweigern. In dieser Frage ist Israel heute isoliert. Sollte es jemals, wie es der berühmte „Plan B“ vorsieht, einen unilateralen Angriff auf Iran starten, müssten Riad und Abu Dhabi der Islamischen Republik glaubhaft versichern, dass sie damit nichts zu tun haben.

Auch der ewige Konflikt im Libanon könnte das saudisch-iranische Abkommen auf die Probe stellen. In Riad wird zwar anerkannt, dass der Irak seit der US-Invasion von 2003 zum Einflussbereich Irans zu zählen ist. Aber wie reagieren die Saudis, wenn im Libanon ein hisbollahnaher Präsident gewählt wird?<sup>8</sup> Sollte die politische Krise in den kommenden Wochen gelöst werden, wäre das ein Hinweis darauf, dass Teheran und Riad in dieser heiklen Frage einen Kompromiss gefunden haben.

In jedem Fall ist die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Iran ein Erfolg für Kronprinz Mohammed bin Salman. Er hat damit seine Unabhängigkeit von den USA bekräftigt und bewiesen, dass er sich gegen die sunnitischen Geistlichen durchsetzen kann, die eine Annäherung an die schiitische Regionalmacht seit jeher ablehnen. Und er hat seine Stellung als Führer der arabischen Welt gestärkt.

Wann der 32. Gipfel der Arabischen Liga (AL) in Saudi-Arabien stattfinden wird, steht noch nicht fest. Aber einiges spricht dafür, dass Riad die Rückkehr Syriens in die AL akzeptieren wird. Teheran als Verbündeter von Damaskus würde das sicher begrüßen. Und irgendwann wird Iran vielleicht sogar als Ehrengast zu einem Gipfel eingeladen. Gesetzt den Fall, das von Peking vermittelte Abkommen hält.

<sup>1</sup> „U.S. officials project calm as China stuns world with Iran-Saudi deal“, *Politico*, 13. März 2023.

<sup>2</sup> Siehe Alain Gresh, „Asymmetrische Aufmerksamkeit“, *LMd*, Mai 2022.

<sup>3</sup> Siehe James Reardon-Anderson (Hg.), „The Red star and the crescent. China and Middle East“, London (Hurst Publishers) 2018.

<sup>4</sup> Pressekonferenz des Sprechers des chinesischen Außenministeriums, Peking, 14. April 2023.

<sup>5</sup> Ende März 2023 hat Saudi-Arabien beschlossen, sich der SCO als „Dialogpartner“ anzunähern.

<sup>6</sup> Siehe „Effet Pschitt? L'initiative de paix chinoise illustre à quel point le monde est fracturé“, *L'Opinion*, 26. Februar 2023.

<sup>7</sup> Der 1981 gegründete GCC hat sechs Mitglieder: Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die VAE.

<sup>8</sup> Seit Ex-Präsident Michel Aoun im Oktober 2022 aus dem Amt scheidet, konnte sich das Parlament auf keinen neuen Kandidaten einigen. Von den vier aussichtsreichsten Kandidaten stehen zwei der von Iran unterstützten Hisbollah nahe.

Aus dem Französischen von Jakob Farah



ANZEIGE



## Das Bankenbeben

► Fortsetzung von Seite 1

ob eine Ansteckung droht, während sich die politische Klasse in den USA und in Europa um die entscheidende Erkenntnis zu drücken versucht, die da lautet: Eine neue Finanzkrise ist – jetzt oder etwas später – möglich, wenn nicht unvermeidlich. Und das liegt nicht an marginalen „Fehlfunktionen“, sondern an veritablen Ungleichgewichten, die das gesamte System kennzeichnen. Damit fällt den Zentralbanken, bei denen sich die Widersprüche des Systems kristallisieren, die Rolle eines Maschinisten zu, der ein Rad trotz starker Unwucht am Laufen halten muss.

Der Kollaps der SVB, bis zu ihrem Zusammenbruch die 16.-größte Bank der USA, war Folge eines „bank run“, wie er in der Geschichte der Bankpleiten nicht ungewöhnlich ist: Eine Bank kann den plötzlichen und massenhaften Abzug von Kundengeldern nicht überstehen, weil sie nicht über ausreichende Reserven verfügt.

Doch das Bankensystem ist mittlerweile so engmaschig verknüpft, dass ein an sich fast banales Ereignis das gesamte Netz auseinanderreißen kann. Aus Angst vor einer Ansteckung entschlossen sich deshalb die staatlichen Währungshüter, die SVB zu schließen und mittels eines Kreditfonds von 160 Milliarden US-Dollar den potenziellen Finanzierungsbedarf anderer Banken zu decken, um so die Bankkunden zu beruhigen. Dazu trugen zwei weitere außergewöhnliche Maßnahmen bei: die Garantie sämtlicher Einlagen der SVB – obwohl die Einlagengarantie in den USA normalerweise nur Summen bis 250.000 Dollar abdeckt – und ein neues Notfallfinanzierungsprogramm, das BTFP (Bank Term Funding Program) der Fed.

Die SVB mit ihrem Fokus auf der Start-up-Finanzierung hatte stark von der allgemeinen Begeisterung für die Techbranche während der Coronapandemie profitiert. Sie investierte die Einlagen ihrer Kunden vorwiegend in US-Staatsanleihen, die feste Zinsen bei kleinem Risiko versprachen. Als sich dann ab 2022 der Wind in der Techbranche drehte, wurde es für Start-ups schwieriger, frisches Geld zu beschaffen. Das lag vor allem daran, dass die Fed ihre lange Zeit lockere Geldpolitik mit extrem niedrigen Leitzinsen revidierte. Die Serie von sechs Leitzinserhöhungen – von 0 auf 4,75 Prozent in nur etwa einem Jahr – ließ den Liquiditätsfluss immer mehr versiegen, was die Start-ups zwang, auf ihre Einlagen bei der SVB zurückzugreifen.

Angesichts dieser unvorhergesehenen Geldabzüge war die SVB zu Notverkäufen ihrer Staatsanleihen gezwungen. Deren Wert war allerdings wegen der inzwischen gestiegenen Zinssätze zusammengeschmolzen. Das ist eine für die Anleihemärkten typische Erscheinung: Dank steigender Zinsen erbringen neu aufgelegte Staatsobligationen eine höhere Rendite als die alten, die man deshalb nur mit Verlust abstoßen kann. Als die SVB-Kunden von den Verlusten in Höhe von rund 2 Milliarden Dollar beim Verkauf der Wertpapiere erfuhren, verloren sie das Vertrauen und zogen ihre Einlagen ab – womit sie ihre Bank selbst zum Einsturz brachten.

Was die US-Bankaufsicht betrifft, so waren die ohnehin nicht sehr strengen Auflagen, die man im Gefolge der Finanzkrise 2008 beschlossen hatte, seitdem immer mehr aufgeweicht worden. Zum Beispiel hatte die Regierung von Donald Trump 2018 beschlossen, dass nur noch Banken ab einer Bilanzsumme von 250 Milliarden US-Dollar statt bislang 50 Milliarden einer verstärkten Aufsicht unterliegen. Die SVB lag unter dieser Schwelle und verschwand damit de facto vom Radar der Behörden.

Der Untergang der SVB wirft auch ein Schlaglicht auf die Verantwortung der Zentralbanker.<sup>3</sup> Sie stehen ange-

sichts der seit 2021 steigenden Inflationsraten vor einem Dilemma: Nachdem sie die Zinssätze über lange Zeit hinweg immer weiter gesenkt hatten, um die Konjunktur nach der Finanz- und Immobilienkrise von 2007/08 und nach der Coronakrise wieder anzukurbeln, haben sie im Kampf gegen die Inflation die Zinsen schrittweise angehoben.

Diese Entscheidung beruhte jedoch auf einer Fehldiagnose. Denn die Hauptgründe der aktuellen Inflation sind nicht monetärer, sondern struktureller Natur. Die Preissteigerungen reflektieren nicht etwa eine zu starke Nachfrage, die sich durch höhere Zinsen bremsen ließe, sie gehen vielmehr auf andere Faktoren zurück: auf die Neuordnung der globalen Wertschöpfungsketten, den Anstieg der Energiepreise und die geänderte geopolitische Lage. Zudem machen die Währungshüter mit der Anhebung der Leitzinsen denselben Fehler wie schon in der Fi-

Am 22. März haben die US-Notenbanker trotz allem eine erneute Anhebung des Leitzinses um 0,25 Prozent auf jetzt bis zu 5 Prozent beschlossen. Immerhin stoppte die Fed die sogenannte Bilanzverkürzung – die Veräußerung von Wertpapieren, die sie zuvor zur Sicherung der Stabilität der Finanzmärkte angekauft hatte –, womit sie ein wichtiges Vehikel der geldpolitischen Straffung aufgab. Und in Abstimmung mit der für die Einlagensicherung zuständigen Bundesbehörde und dem US-Finanzministerium drehete sie den Liquiditätshahn wieder auf, um den vom Fall der SVB in Mitleidenschaft gezogenen Banken unter die Arme zu greifen.

Tatsächlich nahmen Finanzinstitute zwischen dem 9. und dem 15. März 164,8 Milliarden US-Dollar bei der Fed auf, womit der Rekord vom September 2008 (111 Milliarden Dollar) übertroffen wurde. Innerhalb von vier Tagen erreichte das neue BTFP bereits ein

mehr unerwünschte Folgen. Um die Lebenszeit eines nicht überlebensfähigen Systems zu verlängern, sehen sich die politischen und monetären Aufsichtsinstanzen gezwungen, die sich ständig wiederholenden Systemkrisen mit einem Instrumentarium zu bekämpfen, das sie verabscheuen: mit staatlichen Eingriffen.

Das läuft allen Prinzipien entgegen, die sie immerwährend als Garanten für das „optimale“ Funktionieren der Wirtschaft ausgegeben haben. Zumal die „unkonventionelle“ Politik der Zentralbanken, die zur Bekämpfung der Subprime-Hypothekenkrise den Markt und den Finanzsektor mit Liquidität überschwemmte, ist nach den Lehrbüchern der orthodoxen Ökonomie untersagt. Und auch die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) verstößt gegen das neoliberale Dogma der „Marktneutralität“, weil sie seit 2021 de facto die Zinssätze für europäische Staatsschulden reguliert, um den Zusammenhalt der

in völligem Widerspruch zur Orthodoxie der Zentralbanker und erinnert eher an Planwirtschaft als an den freien Markt. Eine solche Geldschöpfung aus dem Nichts soll offenbar die durch den Zinsanstieg verursachte Entwertung der Anleihen kompensieren, die der SVB zum Verhängnis wurde – und die auch noch weiteren leichtsinnigen Finanzakteuren bevorsteht, die nicht auf eine straffere Geldpolitik vorbereitet waren.

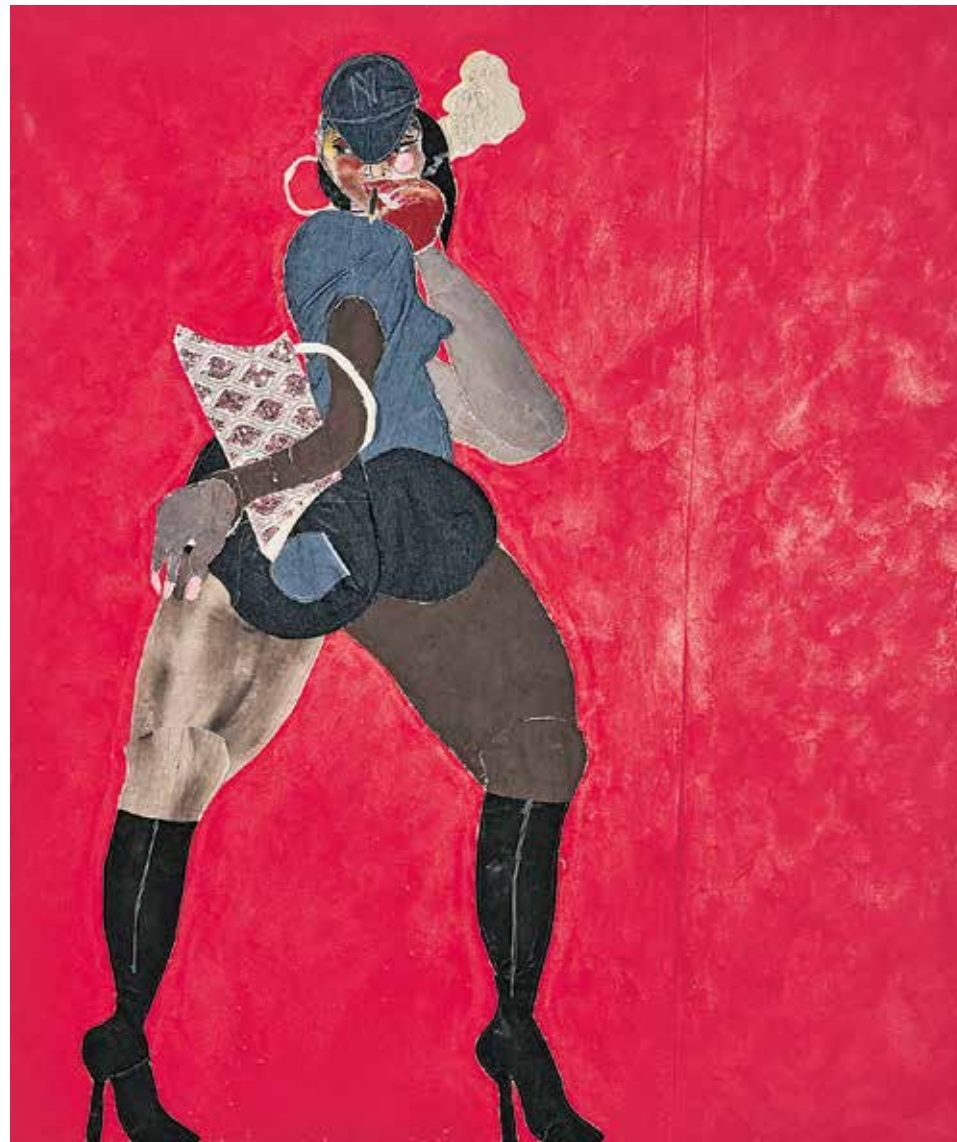
Die Bankenkrise in den USA ist nur ein Symptom der Unruhe auf den globalen Finanzmärkten. Das erklärt die panischen Reaktionen an den Börsen, von denen auch die europäischen Banken betroffen waren. Die allgemeine Unsicherheit übertrug sich als Erstes auf die seit Längerem angeschlagene Credit Suisse. Die zweitgrößte Schweizer Bank gehört zu den „systemischen“ Instituten, die als „too big to fail“ gelten, deren Scheitern man also nicht zulassen kann.

Die EZB hielt am 16. März zwar an der für diesen Tag geplanten Zinserhöhung fest, ließ aber auch eine Unsicherheit über die weiteren Aussichten erkennen: „Es ist nicht möglich, zum jetzigen Zeitpunkt den weiteren Weg zu bestimmen“, sagte EZB-Präsidentin Christine Lagarde.<sup>6</sup> Damit konnte sie aber die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der EZB und der Fed, die immer deutlicher hervortreten, nur schwer kaschieren. Dabei verläuft die Front zwischen den Falken, für die das zentrale Ziel nach wie vor die Inflationsbekämpfung ist, und den Tauben, die sich mehr Sorgen über die Folgen der Zinserhöhungen für die Finanzstabilität machen.

Die Meinungsverschiedenheiten im EZB-Direktorium reflektieren den grundsätzlichen Zielkonflikt zwischen Geldwertstabilität und Stabilität des Finanzsektors, den jede Zentralbank aussteuern muss. Dass die EZB in diesem Fall die Zinssätze nochmals angehoben hat, verheißt nichts Gutes für die Stabilität des europäischen Bankensystems.

Seit der Finanzkrise von 2008 neigen die Währungshüter in den USA und in der EU zu einer Flucht nach vorn, die durch den Untergang der SVB noch beschleunigt wurde. Offenbar gehen sie immer weiter in ihrem Bemühen, für die Verluste aufzukommen, die durch die Finanzakteure verursacht wurden. Letztere werden aber umso leichtfertiger agieren, je sicherer sie sein können, dass der Staat ihre Risiken absichert, ohne eine Gegenleistung zu fordern.

Die Zentralbanken verfolgen den eingeschlagenen Weg weiter, obwohl sie sich damit immer mehr von der Marktorthodoxie entfernen, zu der sie sich eigentlich bekennen. Auf dieses Paradoxon zielt die Feststellung des Hedgefonds-Managers Kenneth Griffin: „Die USA werden als kapitalistische Wirtschaft angesehen, und die bricht nun vor unseren Augen zusammen.“<sup>7</sup> Dasselbe lässt sich auch über Europa sagen.



Tschabalala Self, Dime, 2019, Stoff, Acrylfarbe und bemalte Leinwand auf Leinwand, 213,5 x 183 cm

nanzkrise 2008: Sie unterschätzen die Auswirkungen ihrer Geldpolitik auf die Stabilität des Banken- und Finanzsystems.

Dabei wird auch jetzt wieder darüber hinweggesehen, dass eine Zinserhöhung für bestimmte Akteure, die politisch weitaus mächtiger sind als das Wählervolk, ein gewaltiges Problem darstellt. Gemeint sind die Investoren, die ihre Portfolios über Jahre hinweg mit billigem Geld aufblähen konnten. Durch eine plötzliche Zinserhöhung wird diesem Sektor die Liquidität entzogen, von der er abhängig geworden ist.<sup>4</sup>

Bislang hat die Fed die größte Gefahr in einer Inflation gesehen. Seit der SVB-Pleite muss sie jedoch abwägen, ob sie ihre stramme Zinspolitik trotz des erhöhten Risikos der Instabilität fortsetzen will oder ob sie eine Pause einlegen und vielleicht sogar die Zinsen senken muss, um weitere Finanzakteure vor Problemen zu bewahren.

Volumen von 11,8 Milliarden Dollar, und laut der Bank JPMorgan könnte die über dieses Notfallfinanzierungsprogramm geschaffene Liquidität bei 2 Billionen US-Dollar liegen.<sup>5</sup> Bis zum 15. März hatten die BTFP-Kredite die vorangegangenen Bilanzverkürzung der Fed bereits zur Hälfte wieder wettgemacht.

Der Staat hat sich also erneut entschieden, die Investoren – „koste es, was es wolle“ – zu unterstützen. Damit erhöht sich die Gefahr, dass Spekulationsblasen an den Finanzmärkten platzen. Diese Gefahr bedroht die Weltwirtschaft schon seit langem, aber mit ihren Liquiditätsspritzen im Zuge der seit 2015 betriebenen „unkonventionellen“ expansiven Geldpolitik haben die Zentralbanken diese Blasen noch weiter aufgebläht.

Die politischen und ideologischen Verrenkungen, die eine solche Strategie erfordert, haben allerdings immer

Eurozone zu sichern, der durch drei große Krisen – die Subprime-Krise (2007/08), die griechische Staatsschuldenkrise (2010/11) sowie die Coronapandemie – gefährdet war.

Gegenüber diesem Beispiel bringt die SVB-Krise eine Reihe von Neuerungen mit sich. Um an Kredite zu den von der Fed eingeräumten Vorzugsbedingungen zu gelangen, müssen die Finanzinstitute normalerweise hochwertige Sicherheiten in Form risikoarmer Wertpapiere bieten. Sie können sich also Liquidität in Höhe des Marktwerts der verpfändeten Wertpapiere (US-Staatsanleihen oder Schuldtitel großer Unternehmen) verschaffen.

Bei der neuen Notfallfinanzierungsfazilität gelten insofern andere Regeln, als die Fed die verpfändeten Wertpapiere zu ihrem ursprünglichen (oder nominalen) Wert veranschlagt, der wie oben dargelegt deutlich über dem aktuellen Marktwert liegt. Das steht

<sup>1</sup> „It is not cut-throat like Goldman Sachs’: SVB’s culture in focus“, *Financial Times*, 16. März 2023.

<sup>2</sup> Brian Quarmby, „US Fed faces internal probe over Silicon Valley Bank failure“, 14. März 2023, *cointelegraph.com*.

<sup>3</sup> Siehe Jean-Marie Harribey, Esther Jeffers, Pierre Khalfa, Dominique Plihon und Nicolas Thirion, „Les Banques centrales, apprentis sorciers à la manœuvre“, Paris (Croquant) 2023.

<sup>4</sup> Frédéric Lemaire, „Geldpaniker – woher die Inflationsangst kommt“, *LMd*, März 2022.

<sup>5</sup> „Les banques américaines ont emprunté 165 milliards de dollars à la Fed en une semaine“, *Les Échos*, 17. März 2023.

<sup>6</sup> „François Villeroy de Galhau écarte le spectre d’une crise financière en Europe“, *La Tribune*, 17. März 2023.

<sup>7</sup> „US capitalism is breaking down before our eyes“, says Ken Griffin“, *Financial Times*, 13. März 2023.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Frédéric Lemaire und Dominique Plihon sind Wirtschaftswissenschaftler. Plihon ist außerdem emeritierter Professor der Universität Sorbonne Paris Nord. Beide sind Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats von Attac.



# Gibt es eine Zukunft für Kurdistan?

Interne Rivalitäten erschweren die Selbstbehauptung im Nordirak und in Syrien

von Vicken Cheterian

Im September 2017 organisierte die Kurdische Regionalregierung (KRG) ein Unabhängigkeitsreferendum für das von ihr verwaltete autonome Territorium im Nordirak. Trotz klarer Zustimmung (92,73 Prozent Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von über 70 Prozent) blieb die Initiative folgenlos, denn die Zentralregierung in Bagdad weigerte sich, das Ergebnis anzuerkennen. Aber auch die Großmächte USA und Russland sowie die Nachbarstaaten Saudi-Arabien, Iran und Türkei reagierten ablehnend. Sie wollten eine Zerstückelung des Irak verhindern.

Der Misserfolg schwächte die KRG nachhaltig. In der Folge musste sie große Gebiete an die Zentralregierung abtreten, darunter auch die strategisch wichtige Stadt Kirkuk.

Die Aussichten für die 2016 gegründete Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien, die häufig als Demokratische Föderation Nordsyrien oder Rojava (Kurdisch für „Westen“) bezeichnet wird, sind nicht weniger düster. Die dortigen Kurden leben unter ständiger Bedrohung durch das syrische Regime und sahen sich in den vergangenen Jahren mit mehreren Invasionen der türkischen Armee konfrontiert.<sup>1</sup> Allerdings wird die territoriale Selbstbehauptung der Kurden nicht nur durch Interessen äußerer Mächte beeinträchtigt, sondern auch durch die Rivalität zwischen ihren verschiedenen politischen Vertretern.

Wenn es um die Voraussetzungen für Stabilität im Nahen Osten geht, kann man die Kurdenfrage nicht außen vor lassen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Region neu geformt. An die Stelle dynastischer Reiche traten Staaten, die auf ethnischen Kriterien basierten, wie die Türkei und die arabischen Länder. Die Kurden aber wurden nicht berücksichtigt und erschienen auf der Karte als „ein Volk ohne Staat“. Sie lebten verteilt auf Gebiete in der Türkei, in Syrien, im Irak und in Iran. Deren Zentralregierungen respektierten die Grundrechte der Kurden entweder nicht oder sprachen sie ihnen sogar ab. Dies war der Hintergrund für zahlreiche kurdische Aufstände, die fast alle gewaltsam unterdrückt wurden.

In den letzten Jahren eröffneten die Schwächung beziehungsweise der Zusammenbruch des irakischen und des syrischen Staates den Kurden neue Möglichkeiten. Zumal kurdische Militärverbände sowohl im Irakkrieg ab 2003 als auch beim Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) ab 2014 zu den wichtigsten Verbündeten der von den USA angeführten internationalen Koalitionen gehörten.

Ihre Beteiligung am Kampf gegen den IS brachte den kurdischen Kämpfer:innen und ihrer Sache eine nie dagewesene weltweite Aufmerksamkeit und Unterstützung. Sie begünstigte auch die Entstehung des autonomen

Gebiets in Nordostsyrien. Im Irak erreichten die Kurden mit ihrer Mobilisierung gegen das Regime von Saddam Hussein, dass in der Verfassung von 2005 der Autonomiestatus der kurdischen Region verankert wurde.<sup>2</sup>

Doch die anhaltende Rivalität zwischen der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) und der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) führte zuletzt unter anderem dazu, dass der Irak fast ein Jahr lang ohne Staatspräsident – und damit auch ohne Regierung – blieb.<sup>3</sup> Das Amt des Präsidenten, das vor allem protokollarische Funktionen hat, aber symbolisch für die irakische Einheit steht, muss gemäß der Verfassung von 2005 mit einem vom Parlament gewählten Kurden besetzt werden. Bislang galt als innerkurdischer Konsens: Die Staatspräsidentenschaft geht an die PUK und die Führung der Regionalregierung an die DPK.

Nach der Parlamentswahl im Oktober 2021 stellten jedoch beide Parteien einen Kandidaten für das Amt des Staatsoberhauptes auf, was eine politische Blockade verursachte. Erst im Oktober 2022 konnte der PUK-Politiker Abdel Latif Rachid dank eines Kompromisses zwischen den kurdischen Lagern und anderen irakischen Gruppierungen zum Präsidenten gewählt werden.

Trotz dieses Kompromisses ist die DPK-Führung der Ansicht, dass die Forderungen der PUK gemessen am Wahlergebnis unverhältnismäßig sind. „Die PUK repräsentiert nicht die Hälfte des kurdischen Volkes“, kommentierte Mahmud Mohammad, Mitglied des DPK-Politbüros.

## Familie Barzani gegen Familie Talabani

Die PUK klagt indes darüber, dass die Kontrolle der DPK über die in Erbil ansässige Regionalregierung zu finanziellen Ungleichgewichten führe. Laut einer Entscheidung des irakischen Parlaments von 2015 stehen der KRG 17 Prozent der staatlichen Haushaltsmittel zu. Doch bei der Verteilung der Gelder werde die Provinz Sulaimaniyya im Osten von Irakisch-Kurdistan nicht ausreichend berücksichtigt, findet die PUK, die dort stark verankert ist. In Sulaimaniyya demonstrieren Beschäftigte des öffentlichen Sektors regelmäßig wegen der verspäteten Auszahlung ihrer Gehälter.

Die beiden Kurdenparteien streiten sich auch um die Kontrolle der Ölproduktion und die damit erzielten Einnahmen. In der Autonomieregion lagern rund 45 Milliarden Barrel Erdöl (etwa 30 Prozent der gesamten irakischen Reserven) und 8 bis 10 Billionen Kubikmeter Erdgas.

Ein grundlegender Streitpunkt ist auch die Vereinigung der Peschmerga-Einheiten. Seit der Verwirklichung der kurdischen Autonomie im Irak unter

dem Schutz der USA im Jahr 1992 kontrollieren zwei unterschiedliche militärische Strukturen jeweils ein genau definiertes Gebiet. Zwar verabschiedete das kurdische Regionalparlament 1992 ein Gesetz, wonach politische Organisationen keine eigenen Truppen stellen dürfen, dennoch untersteht bis heute der Großteil der Peschmerga den beiden Parteien: Einheit 70 der PUK, Einheit 80 der DPK.<sup>4</sup>

Auch noch lange nach dem kurdischen „Bruderkrieg“<sup>5</sup> von 1994 bis 1997 erwies sich diese Spaltung als katastrophal. Als 2014 der IS Sindschar angriff, zogen sich die DPK-Peschmerga aus dieser Region zurück, was zur Folge hatte, dass mehrere tausend Angehörige der jesidischen Minderheit ermordet wurden. Und als die irakische Armee 2017 nach dem Unabhängigkeitsreferendum auf Kirkuk vorrückte, verließen die PUK-Peschmerga ihre Stellungen, was zum Fall der Stadt führte, die als Symbol für den Ölreichtum Kurdistans gilt. „Mit einer vereinigten und reformierten Peschmerga-Armee hätten wir eine Chance zu überleben. Aber mit den gespaltenen Einheiten riskieren wir weitere Niederlagen“, sagt Niyaz Barzani, Leiter der Abteilung für Außenpolitik und Diplomatie beim KRG-Präsidialamt.

Die DPK ist eine Partei mit langer Geschichte, sie wurde 1946 von Mustafa Barzani im iranischen Mahabad gegründet. Ursprünglich war sie pankurdisch ausgerichtet, aber sie stand von Anfang an unter der Kontrolle der Barzani-Familie und gilt heute als traditionellistisch. Nach dem Tod des Gründers im Jahr 1979 übernahm dessen Sohn Masud Barzani die Führung der Partei und ihrer Militäreinheiten. Ab 2005 war Masud Barzani auch Präsident der KRG, bis er wegen des Scheiterns des von ihm initiierten Unabhängigkeitsreferendums im November 2017 zurücktrat. Er behielt jedoch die Kontrolle über die DPK, obgleich in der Barzani-Familie inzwischen eine neue Führungsriege heranwächst.

Diese jungen Leute tragen allerdings lieber westliche Anzüge als die traditionelle kurdische Kleidung. Und weil sie nicht über die Legitimität der Veteranen verfügen, die noch gegen die Armee Saddams gekämpft haben, verdanken sie ihre Stellung an der Spitze der politischen Hierarchie einzig und allein ihrer Zugehörigkeit zum Barzani-Clan.

In der kurdischen Gesellschaft wird dieses Privileg nicht offen infrage gestellt, aber die Machtverschiebungen innerhalb des Führungszirkels bieten Anlass zur Sorge. Nach dem Abgang Masud Barzani 2017 fiel der Posten des KRG-Präsidenten an seinen Neffen Nechirvan Barzani; sein Sohn Masrur Barzani wurde 2019 Premierminister. Weil die Zuständigkeitsbereiche beider Ämter in den Gesetzen der KRG nicht genau voneinander abgegrenzt sind,

kam es sogleich zu politischen Spannungen.

Innerhalb der PUK war der Kampf um die Macht noch härter. Nachdem ihr Gründer Jalal Talabani 2017 gestorben war, standen sich sein Sohn Bafel und sein Neffe Lahur gegenüber. Zunächst kooperierten die beiden, um die alte Garde der Partei loszuwerden. Aber danach kam es zur Konfrontation, aus der Bafel als Sieger hervorging; sein Cousin wurde aus der PUK-Führung vertrieben.<sup>6</sup> Die Stabilität in Irakisch-Kurdistan hängt also nicht nur davon ab, ob beide Parteien ihre Differenzen friedlich lösen können. Entscheidend wird auch sein, wie die neue Generation innerhalb der beiden Organisationen ihr Verhältnis zur Macht definiert.

## Der weite Weg von Erbil nach Rojava

Und wie steht es um die Beziehungen zwischen der KRG und Rojava? Anschauungsunterricht bekommt man bei einer Autofahrt von Erbil nach Qamischli, der wichtigsten Stadt in der Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien. Für die rund 280 Kilometer würde man etwa fünf Stunden rechnen, doch die Reise dauert einen ganzen Tag.

Der Grenzübergang Semalka – eine schwimmende Brücke über den Tigris – ist nur an drei Tagen der Woche geöffnet; alle, die ihn passieren wollen, brauchen eine Sondergenehmigung. Dieser Zustand erklärt sich durch die angespannte Lage zwischen der DPK und der Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Letztere wurde in Türkisch-Kurdistan gegründet, ist aber in Syrien durch den lokalen Ableger PYD und seine bewaffneten „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) vertreten.

In den vergangenen zwei Jahren gab es wiederholt Zusammenstöße zwischen der DPK und den PYD. Sie sind nicht zuletzt auch eine Folge der massiven Angriffe der türkischen Armee auf die kurdischen Einheiten in der Türkei.

Seit 2015 hat Ankara seine Militäraktionen gegen die PKK stark ausgeweitet. Tausende Kämpfer und hunderte Zivilisten kamen dabei ums Leben, Städte wie Cizre und Diyarbakir wurden großenteils zerstört.<sup>7</sup> Unter diesem Druck zogen sich die kurdischen Bewaffneten in Gebiete innerhalb des Iraks sowie nach Syrien zurück. Dort sind sie von der DPK allerdings nicht gern gesehen, denn die ist seit Langem auf gute Beziehungen zu Ankara bedacht.

Die Führung in Rojava beunruhigt allerdings weniger ihr schlechtes Verhältnis zur DPK, sondern vor allem das Verhalten der Türkei. Ankara verkündet seit Längerem, in den gesamten Norden Syriens einmarschieren und eine 30 Kilometer breite „Sicherheitszone“ einrichten zu wollen. Dort sollen dann in die Türkei geflüchtete Syrer angesie-

delt werden, was de facto die Errichtung eines „arabischen Gürtels“ entlang der türkischen Südgrenze bedeuten würde.<sup>8</sup> Viele Beobachter sind der Ansicht, dass diese Invasion nur deshalb bisher nicht stattgefunden hat, weil sich in Syrien noch rund 900 US-Soldaten aufhalten, die auf mehr als ein Dutzend Stützpunkte verteilt sind. Aber was würde passieren, wenn sie abziehen?

Saleh Muslim, Co-Vorsitzender der PYD, empfängt uns in einem Gebäude nahe der Stadt Hasaka, rund 70 Kilometer südlich von Qamischli. Es geht um die Frage, ob die syrischen Kurden einer türkischen Offensive standhalten könnten. In der Nähe liegt eine US-Militärbasis, das Gespräch wird immer wieder durch das Pfeifen von Hubschrauberturbinen unterbrochen.

„Die türkische Armee ist nicht in der Lage, gegen die Guerilla der PKK in den Bergen zu gewinnen“, ist Muslim überzeugt. Auf die Frage, ob das auch für die flache Steppe von Rojava gelte, antwortet er lakonisch: „Wir haben hier keine Berge, aber wir können Tunnel graben.“

Doch es gibt in Syrien auch kurdische Stimmen, die zum Dialog mit der Türkei aufrufen: „Die Kurden werden es nicht schaffen, in der aktuellen Situation in Syrien einen unabhängigen Staat zu gründen. Aber wir sollten darüber nachdenken, wie wir Stabilität herstellen können, statt endlos Krieg zu führen“, meint Nasser Haj Mansour, der Kurde ist Leiter des Syrischen Zentrums für Forschung und Dialog. Aber auch er fragt sich, ob Ankara zu Zugeständnissen, und seien sie noch so klein, überhaupt bereit ist.

In jedem Fall sind Rojava und Irakisch-Kurdistan nach wie vor stabiler und wohlhabender als manche andere Staaten in der Region, die vom Zerfall bedroht sind – wie etwa der Libanon. Und für beide kurdischen autonomen Entitäten hängt das Überleben ebenso sehr von den Umwälzungen im Nahen Osten ab wie von der Zusammenarbeit der Kurden untereinander.



<sup>1</sup> Siehe Günter Seufert, „Die Lektion von Idlib“, *LMd*, April 2020.

<sup>2</sup> Siehe Vicken Cheterian, „Wo genau liegt Kurdistan?“, *LMd*, Mai 2013.

<sup>3</sup> Siehe Laurent Perpigna Iban, „Irak – Schiiten gegen Schiiten“, *LMd*, Dezember 2022.

<sup>4</sup> Von den circa 150 000 Peschmerga unterstehen etwa 42 000 dem zuständigen Ministerium. Der Rest je zur Hälfte der PUK und der DPK. „Why Iraqi Kurdistan won't have unified army any time soon“, *Amwaj*, 25. Oktober 2022.

<sup>5</sup> Bei dem Konflikt wurden PUK und DPK von verschiedenen auswärtigen Mächten unterstützt. Er forderte Schätzungen zufolge 5000 bis 8000 Menschenleben.

<sup>6</sup> „Talabani family feud at center of power struggle in Iraqi Kurdistan party“, *Al-Monitor*, 14. Juli 2021.

<sup>7</sup> Siehe Laura-Mai Gaveriaux, „In den Ruinen von Cizre und Sür“, *LMd*, Juli 2016.

<sup>8</sup> Siehe Jean Michel Morel, „Gnadenlos und unerschütter“, *LMd*, März 2023.

Aus dem Französischen von Jakob Farah

Vicken Cheterian ist Lehrbeauftragter für Geschichte und internationale Beziehungen an der Universität Genf.



Am 17. Februar strömen die Menschen in Prishtina zu Tausenden auf den zentralen Mutter-Teresa-Boulevard. Man sieht viele Familien, vom Großvater mit Baskenmütze bis zum sonntäglich herausgeputzten Baby, die den 15. Jahrestag der Unabhängigkeit des Kosovo feiern wollen. Auf der Tribüne hält Ministerpräsident Albin Kurti eine Rede, in der er ausführlich die Sicherheitskräfte lobt, deren Budget 2022 um 52 und 2023 um 20 Prozent erhöht wurde. Es folgt die Parade von Polizei- und Militäreinheiten, anschließend geht das Feiern weiter, mit Geburtstagstorten, Volkstänzen, spontanen Konzerten.

Man sieht allerdings nur albanische Kosovarinnen und Kosovaren. Das ist nicht die einzige Besonderheit, die an diesem Tag in einer Stadt auffällt, zu deren Gesamtbevölkerung von 1,9 Millionen auch Serben, Bosnier, Goranen und Roma gehören. Autos, Gebäude und Straßen sind mit der seit 2008 offiziellen Fahne geschmückt, deren Design in Gelb-Weiß-Blau an die EU-Fahne erinnert. Weit häufiger zu sehen ist allerdings der schwarze doppelköpfige Adler auf rotem Grund: die Flagge von Albanien.

Auf der Ehrentribüne sitzen nur zwei ausländische Gäste: die Vizepräsidentin Bulgariens und der Präsident Albanien. Zwar haben über 100 Länder das Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt, nicht jedoch die UNO, aber auch nicht China und Russland, zahlreiche blockfreie Staaten und selbst fünf EU-Staaten (Spanien, Slowakei, Zypern, Griechenland und Rumänien).<sup>1</sup> Über der Tribüne hängt ein riesiges Foto von Ibrahim Rugova (1944–2006). Der Gründer der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK) war die Symbolfigur des gewaltfreien Widerstand gegen das serbisch-nationalistische Milošević-Regime, das 1989 den Status des Kosovos als autonome Provinz Serbiens abgeschafft hatte.

Doch ansonsten kommt Rugova nicht vor; im Straßenbild dominiert der Slogan „Liria ka emër: UÇK“ (Die Freiheit hat einen Namen). Dabei sind die Übergriffe der „Befreiungsarmee des Kosovo“ gegen Minderheiten und gemäßigte albanische LDK-Anhänger während des Kosovokriegs 1998/99 und danach gut dokumentiert.<sup>2</sup>

Noch irritierender sind die riesigen Porträts der beiden UÇK-Führer, die dereinst die höchsten Staatsämter innehatten: Hashim Thaçi war erst Ministerpräsident, dann Staatspräsident des Landes; Kadri Veseli fungierte als Geheimdienstchef und danach als Parlamentspräsident. Beide mussten 2020 von ihren Posten zurücktreten, weil sie wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, die sie zwischen 1998 und 2000 begangen haben sollen, vor dem Sondergericht für Kriegsverbrechen im Kosovo angeklagt wurden. Der Prozess gegen Thaçi und Veseli hat am 3. April in Den Haag begonnen.

Die Regierung in Prishtina spielt als Begleitmusik zu den Verhandlungen, die sie mit Belgrad über die Normalisierung der Beziehungen führt, unablässig dieselbe Platte ab: „Der Kosovo ist die ‚success-story‘ einer internationalen Intervention“, versichert Außenministerin Donika Gërvalla-Schwarz in einem Gespräch und behauptet: „Auf der anderen Seite steht Serbien als Handlanger Russlands.“

Die liberale Partei Gërvallas namens „Guxo!“ (Trau dich!) hat in einem Listenbündnis mit der linken Bewegung „Vetëvendosje!“ (Selbstbestimmung!) die Parlamentswahlen vom Februar 2021 gewonnen. Dadurch sieht sich die Außenministerin in den

Verhandlungen mit Belgrad gestärkt: „Wir haben mit mehr als 50 Prozent der Stimmen die Unterstützung der Bevölkerung. Es wird nie wieder so eine politische Stabilität und eine Regierung geben, die bereit ist, nicht nur zu reden, sondern Ergebnisse zu erzielen. Fakt ist: Die Republik Kosovo ist ein souveräner Staat. Wir diskutieren nicht über unseren Status, sondern über die Normalisierung der Beziehungen.“

Fährt man von der Hauptstadt nach Nordwesten, kommt man an den zwei Kohlekraftwerken von Obiliq vorbei. Sie versorgen das Land mit Strom, aber sie sorgen mit ihrem Feinstaub auch dafür, dass Prishtina zu den europäischen Städten mit der schlechtesten Luft gehört. Nach 40 Kilometern Fahrt durch einen Wald riesiger Reklametafeln erreichen wir die alte Industriestadt Mitrovica. Im Nordteil der Stadt hat die Bevölkerung zwei Tage zuvor ein ganz anderes Fest gefeiert. Der serbische Nationalfeiertag vom 15. Februar erinnert an den Aufstand von 1804 gegen die osmanische Herrschaft.

In vier Kommunen im Norden des Kosovo lebt eine mehrheitlich serbische Bevölkerung, die sich eng mit dem benachbarten Serbien als „ihrem Land“ verbunden ansieht. Auf den Ämtern wie auf der Straße wird nur Serbisch gesprochen, die Schule und das Gesundheitswesen unterstehen Belgrad und bezahlt wird immer noch in Dinar – die Kosovo-Albaner verwenden den Euro.

Die nahe dem ehemaligen Industriekombinat Trepça gelegene Stadt Mitrovica ist zweigeteilt. Nördlich des Flusses Ibar sind die Straßen mit der serbischen Trikolore geschmückt. Am südlichen Flussufer lebt eine vorwiegend albanische Bevölkerung, die ihre Stadt Mitrovicë nennt. Die Hauptbrücke zwischen beiden Stadtteilen ist für den Autoverkehr gesperrt und wird von italienischen Carabinieri bewacht, die zu der Kosovo-Truppe KFOR gehören.

Das Mandat dieser 3700 Kopf starken Truppe (gestellt von 27 Ländern), geht auf die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats zurück. Die Resolution wurde am 10. Juni 1999 verabschiedet, nachdem die Nato zwei Monate lang – ohne UN-Mandat – serbische Ziele bombardiert hatte, um Präsident Milošević dazu zu bringen, die brutale Unterdrückung des Unabhängigkeitskampfes der Albaner zu beenden. Nach dem Rückzug der jugoslawischen Armee beschloss die UNO eine internationale, angemessen ausgestattete „zivile und Sicherheitspräsenz“, an der vorwiegend westliche Soldaten unter Nato-Kommando, aber auch Ukrainer und bis 2003 auch Russen beteiligt waren.

### Italienische Carabinieri auf der Brücke über den Ibar

Die UN-Resolution 1244/1999 unterstrich die „substanzielle Autonomie und tatsächliche Selbstverwaltung des Kosovo“, aber auch die „Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien“. Die UÇK wurde nicht entwapnet, wie es die Resolution vorsah, sondern übernahm mit Hilfe britischer und US-Spezialeinheiten die Kontrolle über das Kosovo und die Führung beim Aufbau des einen unabhängigen Staats.

Igor Simić ist Vizepräsident der „Srpska Lista“ (Serbische Liste). Er sieht den Unterschied zwischen 1999 und heute darin, „dass es keinen offenen Konflikt zwischen den serbischen und albanischen Bevölkerungsgruppen gibt. Aber die Serben leiden unter einer institutionellen Gewalt, das Misstrauen ist gewaltig“. Die Srpska Lista, die alle zehn den Serben im kosovarischen Parlament zustehenden Sitze belegt, unterbindet jede Kritik an Belgrad.



Unabhängigkeitstag in Prishtina, 17. Februar 2023 PHILIPPE DESCAMPS

## Die Angst bleibt

*Eine Reise durchs Kosovo fünfzehn Jahre nach der Unabhängigkeit*

von Philippe Descamps und Ana Otašević

Ministerpräsident Albin Kurti von Vetëvendosje! hatte nach seiner Wahl im März 2021 erklärt, der Dialog mit Belgrad habe für ihn keine Priorität, er wolle den Serben des Kosovo zuhören. Doch seit einem Jahr häufen sich schwere Zusammenstöße. Schuld sei die antiserbische Rhetorik von Kurti und seinen Ministern, meint Simić. Kurti wolle den serbischen Staat provozieren, „um sich als kleiner Selenski darzustellen“.

Die Serben des Nordens reagieren auf jede Maßnahme, die als serbenfeindlich wahrgenommen wird, mit Straßenblockaden, etwa wenn ihre Teilnahme an den Wahlen in Serbien behindert oder serbische Autokennzeichen von Prishtina nicht anerkannt werden. Sie sehen Schikanen bei der Ausstellung von Ausweisdokumenten und beklagen willkürliche Enteignungen.

Anfang November 2022 quitierten hunderte Richter, Polizisten und Beamte in den vier serbischen Gemeinden den Dienst, um die Stigmatisierung der Region anzuprangern. Nikola Kabašić, Gerichtspräsident in Mitrovica-Nord, hatte sich auf die Integration in die Institutionen des Kosovo eingelassen, jetzt aber klagt er: „Die Präsidentin und der Ministerpräsident beschimpfen die Serben täglich als Kriminelle oder Terroristen.“ Deren Kampf für ein souveränes Kosovo richte sich gegen einen multiethnischen Staat, den zu akzeptieren sie nur vorgeben, um dem Westen zu gefallen. „In der Praxis berauben sie uns unserer Rechte.“

Welche Rolle spielt die KFOR? Als Prishtina im Dezember 2022 forderte, die Barrikaden zu entfernen, und Belgrad die Erlaubnis zum Einsatz von tausend serbischen Soldaten verlangte, ging sie auf keine der beiden Forderungen ein. Und zwar, wie der italienische KFOR-Kommandant Angelo Michele Ristuccia erklärte, um eine Eskalation zu verhindern: „Der Einsatz der Kräfte muss die Bedingungen vor Ort berücksichtigen. Der beste Weg ist – wie immer in dieser Region –, die Voraussetzungen für einen Dialog zu schaffen.“ Das erfordere, enge Kontakt zu allen Beteiligten zu halten. „Meine größte Sorge sind ungewollte Missverständnisse. Deswegen haben wir alle Seiten aufgefordert, auf unnötige Vorwürfe und Rhetorik zu verzichten, um nicht

in einen Teufelskreis von Reaktion und Gegenreaktion zu geraten.“

Die plötzliche Zunahme der Spannungen Ende des letzten Jahres hat die EU-Diplomaten überrascht. Sie haben immer wieder eingegriffen, um einzelne Krisen zu überwinden und zugleich den Dialog zwischen Belgrad und Prishtina neu in Gang zu bringen. Offenbar mit Erfolg, denn am 18. März vereinbarten Serbien und das Kosovo im nordmazedonischen Ohrid, ein Abkommen zur Verbesserung der Beziehungen umzusetzen (*siehe den nebenstehenden Text*).

### Die drei Gotteshäuser von Prizren

Ministerpräsident Albin Kurti hat zwar im Ausland an Ansehen verloren, kann sich aber über gute Wirtschaftsdaten freuen, auf die er verweist, als wir ihn nach Fortschritten fragen: „Wir hatten 2021 ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum von 10,7 Prozent, 2022 von 4 Prozent. Die Exporte haben um 23 Prozent zugelegt, die Einnahmen aus der Einkommensteuer um 22 Prozent.“

Allerdings war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Corona-Jahr 2020 um 5,3 Prozent eingebrochen. Auch das Handelsdefizit ist nach wie vor enorm und wird nur teilweise durch westliche Hilfen und die Überweisungen von Auslandskosovaren kompensiert, die gut 20 Prozent des BIPs ausmachen.<sup>3</sup> Die Arbeitslosenquote ist zwar deutlich gesunken, bleibt aber mit mehr als 20 Prozent (Ende 2021) immer noch die höchste in Europa. Entsprechend ist die Beschäftigungsquote bei weitem die niedrigste in Europa: Von den 15- bis 64-Jährigen ist nicht einmal ein Drittel erwerbstätig.

Kurti räumt ein, dass er Wahlversprechen wie den garantierten Mindestlohn oder eine progressive Besteuerung noch nicht erfüllen konnte. Er verweist jedoch auf das Gesetz, das die Spreizung der Gehälter im öffentlichen Dienst auf das Verhältnis 1:4,74 begrenzt. „Diese Spreizung lag bei 1 zu 20, bevor wir die Macht übernommen haben. Das Gehalt der Präsidentin ist nur 3,2-mal, mein eigenes 2,9-mal so hoch wie das eines Soldaten. Ausnahmen gibt es nur für Ärzte, Richter und Professoren.“

Weitere soziale Errungenschaften sind die kostenlose Bildung bis zum Master, eine Ausbildungsförderung, die Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten sowie die Einführung eines Mutterchafts- und Kindergelds.

Was bleibt von den revolutionären Ideen, die der Gründung von Vetëvendosje! zugrunde lagen? Alte Weggefährten Kurtis sind auf Distanz gegangen, seit sich die Partei zunehmend nationalistisch, individualistisch und teils auch populistisch gibt. Nach dem Sturz der ersten Kurti-Regierung nach nur vier Monaten im Juni 2020 wurde die Partei zu einem breiten Sammelbecken, das sogar Islamisten und rechte Kräfte aufnimmt. Die Wirtschaftsministerin Artane Rizvanolli bezeichnet sich selbst als Neoliberale.

Der frühere Innenminister Muhaxheri Gazmend, Vizechef der Oppositionspartei LDK, hält mit seiner Kritik an Kurti nicht hinter dem Berg: „Als wir mit ihm in einer Koalition waren, stellten wir fest, dass er bis auf zwei, drei Punkte hinsichtlich der Souveränität kein Programm hat. Er hat viel Geld ausgegeben, doch das Ergebnis ist gleich null.“

2021 wurde Gazmend mit 61 Prozent der Stimmen erneut zum Bürgermeister von Peć/Pejë gewählt. Zwar wurde seine Politik der Mäßigung und der Zusammenarbeit mit der serbischen Gemeinde Šabac von vielen kritisiert, aber Gazmend glaubt, dass die Leute die alten Parolen satt haben: „Sie wollen ein besseres Leben, eine bessere Wirtschaft, wollen die Nachkriegszeit überwinden.“ Der Bürgermeister wollte über der Stadt ein Skigebiet erschließen, mit einem italienischen Unternehmen. Aber dieser Investor hat sich nach den erneuten Unruhen in Mitrovica zurückgezogen.

Etwas außerhalb der Stadt liegt das Kloster von Pëç, das seit dem 13. Jahrhundert Sitz der serbisch-orthodoxen Kirche ist. Im Oktober 2022 wurde hier Porfirije als neuer Patriarch inthronisiert, der allerdings meist in Belgrad residiert. Wir besuchen das nahe gelegene Dorf Ljevoša. Die meisten der einfachen Ziegelhäuser sind zerstört oder stehen leer. Die meisten der 200 000 Menschen, die nach dem Krieg aus dem Kosovo geflohen sind, waren Serben oder Roma. Nur wenige sind zurückgekehrt. Borislav Krstić ist geblieben.



# Erzwungene Normalisierung

ben. Seine Frau, mit der er drei Kinder hat, stammt aus Albanien. Gemischte Ehen sind im Kosovo sehr selten.

„Die Mädchen unseres Dorfs sind nach Serbien gegangen“, sagt der Bauer. Seine Frau Edmonda erzählt lächelnd, dass sie sich hier wohlfühlt. Aber sie bedauert, dass so viele in die Stadt gezogen sind. „Die Schule ist zehn Kilometer entfernt, die Kinder haben keine Spielgefährten“, erzählt ihr Mann: „Ich glaube nicht, dass sie später hier leben werden. Es gibt keine Perspektive.“

Das mittelalterliche Kloster Visoki Dečani am Fuße des Nationalparks der Verwunschenen Berge (Prokletije/Bjeshkët e Nemuna) könnte die wechselvolle Geschichte der Region erzählen, das für viele Serben noch immer „Altserbien“ ist. Es steht auf der Roten Liste des gefährdeten Welterbes. Die Kirche aus dem 14. Jahrhundert war der größte Sakralbau Serbiens.

Visoki Dečani ist das bedeutendste der 24 aktiven Klöster im Kosovo. Einer der 20 Mönche berichtet von der Ironie des Schicksals, dass das Kloster mehrfach von Armeen vor Plünderungen bewahrt wurde, die zuvor über die Serben gesiegt hatten. Während der türkischen Herrschaft waren osmanische Soldaten postiert, Ende des 19. Jahrhunderts wurde es von albanischen Milizen geschützt, und zwischen 1941 und 1944 wurden die Albaner von Mussolinis Carabinieri daran gehindert, das Kloster zu zerstören. Im jüngsten Kosovokrieg war es Zufluchtsort für Flüchtlinge. Seit 1999 wird es von der KFOR geschützt, weshalb es verschont blieb, als 2004 rund 30 orthodoxe Stätten von albanischen Kosovaren zerstört wurden.

Man darf das Kloster nur mit einer Spezialgenehmigung betreten, vorbei an mehreren von KFOR-Soldaten unterhaltenen Checkpoints. „Ihre Anwesenheit ist immer noch nötig“, sagt der Mönch Petar. „Es gab mehrere versuchte Anschläge, auch mit Granatwerfern. Auf die Mauern wurden IS-Parolen gesprüht. Bewaffnete Dschihadisten wurden vor dem Tor festgenommen.“

Eine andere, konkretere Bedrohung geht von der Gemeinde Deçani/Dečan aus. Sie beansprucht das 24 Hektar große Land rund um das Kloster, das nach 1945 verstaatlicht wurde, aber laut einem Urteil des kosovarischen Verfassungsgerichts von 2016 dem Kloster gehört. Doch die Gemeinde wie die kosovarische Regierung weigern sich bis heute, die Entscheidung umzusetzen.

Im Zentrum von Prizren, der zweitgrößten Stadt des Kosovo, stehen drei bemerkenswerte Gebäude nebeneinander: eine katholische Kathedrale aus dem 19. Jahrhundert, die osmanische Sinan-Pascha-Moschee aus dem 17. Jahrhundert und die orthodoxe Kirche der Jungfrau von Ljeviška, die 1306 gegründet wurde. Letztere wurde, nachdem sie 2004 durch Plünderung und Brandstiftung stark beschädigt wurde, inzwischen wieder aufgebaut, aber es gibt kaum noch Gläubige: Die serbische Bevölkerung zählt nur noch ein paar Dutzend Menschen, früher waren es einige Zehntausend.

Im gesamten Kosovo machten die Serben bei der Volkszählung von 1939 ein Drittel der Bevölkerung aus, 1981 waren es noch 14,9 Prozent, heute wahrscheinlich weniger als 5 Prozent. Die Volkszählung von 2011 wurde von den Serben boykottiert, die für 2021 vorgesehene verschoben. Die Dominanz der Albaner beseitigt die historische Vielfalt zulasten der anderen Gemeinschaften. „Alle sprechen von Inklusion, aber wenn wir unsere Rechte wahrnehmen wollen, geht das nicht, wir dürfen vor Gericht, im Rat-

haus oder bei der Polizei nicht einmal unsere Sprache sprechen“, erklärt der Journalist Fatir Berzati. Er gehört zu den Goranen, einer slawischen Volksgruppe muslimischen Glaubens, die in der waldreichen Region des Šar-Gebirges lebt. „Die kleinen Gemeinden verschwinden oder werden assimiliert“, sagt auch der bosniakische Radiomoderator Raif Ademi aus dem Dorf Gornje Ljubinje.

Das Haus, in dem 1878 die Liga von Prizren gegründet wurde, ist heute ein Museum. Jugendliche posieren vor der Fahne mit der Inschrift „Shqipëri etnike“ (ethnische Albaner). Drinnen zeigt eine Karte das „Großalbanien“, von dem die Kämpfer der Liga vor 150 Jahren träumten.

Auch der Ministerpräsident des Kosovo hat diesen Traum noch nicht aufgegeben. Fragt man ihn, erklärt er ohne zu zögern, er würde im Fall eines Referendums für eine Vereinigung mit Albanien stimmen: „Wir haben zwei getrennte Staaten, aber wir sind nicht zwei getrennte Nationen. Die Grenze zwischen dem Kosovo und Albanien ist die von Jugoslawien und Serbien gezogene Grenze, also nichts, woran wir sehr hängen würden.“

Albin Kurti hat bei den letzten Wahlen auch im Nachbarland abgestimmt, wo seine Partei die Gegner des sozialistischen Ministerpräsidenten Edi Ra-

gen. „Wir waren alle geschockt“, erzählt der 21-jährige Miloš Stojanović, der an der Hand verletzt wurde. „Es ist hart, aber wir kämpfen dafür, hierzubleiben.“ Der Schütze wurde wenig später festgenommen und unter Hausarrest gestellt. Er ist Mitglied der Sicherheitskräfte des Kosovo.

„Diese Schüsse haben alte Alpträume wiederaufleben lassen“, erzählt Jasmina Živković, deren Vater im September 1999 verschwunden ist. Živković gehört einem Verein an, dessen Mitglieder 23 Jahre nach Kriegsende noch immer nach Angehörigen suchen. 1614 Personen gelten weiterhin als vermisst. Vor sechs Jahren haben sich albanische und serbische Hinterbliebenenvereine zusammengeschlossen, um mehr Druck auf ihre beiden Regierungen ausüben zu können. Dieses „Resursni Centar“ ist ein seltenes Beispiel interethnischer Zusammenarbeit.

Leiter des Zentrums ist der über 80-jährige Albaner Bajram Čerkinaj. „Wir haben erkannt, dass wir zusammen stärker sind“, erklärt er uns in seinem kleinen Büro in Mitrovica. „Am Anfang war es sehr schwer, man hat mich gefragt, wie ich mit den Serben zusammenarbeiten könne, nach allem, was sie uns angetan haben. Ich sagte, ich arbeite mit allen zusammen, die unseren Schmerz teilen. Der Krieg ist für niemanden gut.“



ma unterstützt. Rama sagte anlässlich des kosovarischen Unabhängigkeitstags in einem albanischen Fernsehprogramm: „Die Albaner müssen sich vereinen. Albin will dasselbe, aber wir haben einen anderen Ansatz, was den Weg betrifft.“

Ende 2021 hatte Rama mehrere Abkommen mit Serbien und Nordmazedonien unterzeichnet, die den Personen- und Dienstleistungsverkehr zwischen den drei Ländern erleichtert.

Die Streitigkeiten zwischen Kosovo-Serben und Kosovo-Albanern waren in den letzten Monate sogar in abgelegenen Bergdörfern zu spüren, etwa in der Enklave Štrpce. Am 6. Januar, dem orthodoxen Weihnachtsfest, wurde aus einem Auto auf eine Gruppe junger Leute geschossen, die „Badnjaks“, getrocknete Eichenzweige für den Heiligabend, und eine serbische Fahne tru-

Čerkinaj hatte seinen Sohn zum letzten Mal im August 1998 gesehen, bevor er sich der UÇK anschloss. Sein Großvater war im Zweiten Weltkrieg verschollen, sein Urgroßvater 1912 in den Balkankriegen. „Die Angst bleibt, denn die Regierungen suchen nicht das, was uns zusammenbringt. Wenn wir miteinander reden können, müssen die Regierungen es doch auch schaffen.“

<sup>1</sup> Vgl. Jean-Arnaud Dérens, „Das biegsame Recht auf Unabhängigkeit“, *LMd*, September 2019.

<sup>2</sup> Siehe Jean-Arnaud-Dérens, „Die UÇK vor Gericht“, *LMd*, März 2011.

<sup>3</sup> Wenn nicht anders angegeben, stammen alle Zahlen vom Statistikamt des Kosovo (ASK): ask.rks.gov.net; und Vergleiche von Eurostat.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

Philippe Deschamps ist Redakteur bei *LMd* (Paris). Ana Otašević ist Journalistin und Filmemacherin.

Am 27. Februar stimmten der serbische Präsident Aleksandar Vučić und der kosovarische Ministerpräsident Albin Kurti dem europäischen Vorschlag für ein Rahmenabkommen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen ihren Ländern zu. Am 18. März akzeptierten sie nach zwölfstündiger Verhandlung die Zusätze des Abkommens über die Umsetzung bereits beschlossener wechselseitiger Verpflichtungen, die bislang nicht erfüllt wurden.

Obwohl beide Parteien die Dokumente nicht unterschrieben haben, hat EU-Außenvertreter Josep Borrell sie bereits veröffentlicht und erklärt, das gesamte Abkommen könne als angenommen gelten und sei unverzüglich anzuwenden.

Unter dem Eindruck des Ukrainekriegs versuchen die westlichen Regierungen die Balkanstaaten, die noch nicht der EU angehören, einzubinden und den Einfluss Russlands zurückzudrängen. Serbien kann kaum noch auf die Unterstützung des Kremls hoffen. Es ist zwar neutral und lehnt die Sanktionen gegen Moskau bisher ab, stimmte aber für die Resolutionen der UN-Vollversammlung, in denen die Aggression Russlands verurteilt und gefordert wird, die völkerrechtswidrige Annexion von vier ukrainischen Regionen rückgängig zu machen.

Der seit Sommer 2022 diskutierte Text des Abkommens orientiert sich an dem „Grundlagenvertrag“ zwischen der BRD und der DDR vom Dezember 1972. Unmittelbar nach seiner Wahl 1969 hatte Bundeskanzler Willy Brandt seine Ostpolitik als Bestreben nach einem „geregelten Nebeneinander“ bezeichnet, um damit die nachbarschaftlichen Beziehungen zu normalisieren und zu humanisieren.

Die BRD verweigerte zwar die völkerrechtliche Anerkennung der DDR als Staat, um die Möglichkeit einer späteren Wiedervereinigung zu bewahren, erkannte de facto jedoch die Existenz eines zweiten deutschen Staates an. Kurz darauf traten beide Länder den UN bei.

Die Vorarbeiten für den Kosovo-Rahmenvertrag leisteten die außen- und sicherheitspolitischen Berater von Emmanuel Macron und Olaf Scholz, Emmanuel Bone und Jens Plötner sowie Miroslav Lajčák, der slowakischen EU-Sonderbeauftragten für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina. Aus dem „deutsch-französischen“ Plan wurde der „europäische Vorschlag“, den auch die USA unterstützen. Er nimmt zahlreiche Punkte auf, die seit über 20 Jahren diskutiert wurden, darunter die 2013 und 2015 unterzeichneten „Brüsseler Abkommen“.

Der Rahmenvertrag verpflichtet beide Parteien zu „normalen und gutnachbarschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage gleicher Rechte“. Von Pristina wird verlangt, für die serbische Community im Kosovo ein „angemessenes Maß an Selbstverwaltung sicherzustellen“, einschließlich „der Fähigkeit, in bestimmten Bereichen Dienstleistungen zu erbringen“, was „die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung durch Serbien“ einschließt. Belgrad wiederum verpflichtet sich, „keine Einwände gegen die Mitgliedschaft des Kosovo in internationalen Organisationen zu erheben“.

Auf Initiative Frankreichs enthält das Abkommen einen „techni-

schen“ Anhang, der einen genauen Zeitplan vorgibt. Unter anderem soll das Kosovo unverzüglich einen ersten Entwurf zum Status der serbischen Community vorlegen. Beide Länder müssen innerhalb von 30 Tagen einen Kontrollausschuss einsetzen, der die Umsetzung des Abkommens überwacht.

„Die EU ist der Ansicht, dass es sich um ein verbindliches Abkommen handelt“, erklärt Lajčák auf die Frage, ob die beiden Parlamente das Abkommen ratifizieren müssen. „Es liegt in der Verantwortung beider Parteien, die Übereinstimmung mit ihren eigenen Rechtssystemen sicherzustellen. Für uns ist es wichtig, dass sie die am 27. Februar und 18. März akzeptierten Verpflichtungen einhalten. Das bedeutet, dass die Parteien auch alle vorherigen Vereinbarungen einhalten und umsetzen müssen. Wenn sie das nicht tun, wird dies Konsequenzen für ihren EU-Beitrittsprozess haben.“

Nach einem Treffen mit den Vertretern der EU, Frankreichs, Italiens und der USA Ende Januar erklärte Serbiens Präsident Vučić vor der Presse, seine Gesprächspartner hätten ihm gesagt: „Ihr müsst diesen Plan akzeptieren, sonst müsst ihr mit dem Abbruch des europäischen Integrationsprozesses, dem Rückzug von Investitionen und globalen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen rechnen, was Serbien sehr schaden wird“.

Anfang Februar bekräftigte Vučić vor dem serbischen Parlament, er werde keine einseitige Unabhängigkeitserklärung Pristinas akzeptieren, denn diese widerspreche der serbischen Verfassung, die den Kosovo als „Teil des serbischen Territoriums“ ansieht, wie auch der UN-Resolution 1244 über die territoriale Integrität. Das hindert ihn jedoch nicht, sich auf eine De-facto-Anerkennung zuzubewegen.

Auch Albin Kurti räumte am 13. Februar vor dem Parlament in Pristina den Druck der westlichen Emissäre ein. Die USA wie die Europäer hätten ihm klar gesagt, dass es für den grundlegenden Vorschlag nur ein „Ja oder Nein“ gebe, weitere Verhandlungen seien ausgeschlossen: „Sie haben mir klargemacht, dass jede Ablehnung diplomatische Sanktionen gegen das Kosovo zur Folge hätte und zu einem großen Vertrauensverlust zwischen ihren Ländern und uns führen würde.“

Kurti argumentierte im Wahlkampf entschieden gegen die Schaffung eines serbischen Gemeindeverbands, den seine Partei in der Vergangenheit abgelehnt hatte. Jetzt hat er nur die Wahl zwischen Zuckerbrot oder Peitsche. Sprich: EU-Beitrittsperspektive oder Verlust von Subventionen und Investitionen. Ein Aphorismus des jungen kosovarischen Schriftstellers Jovan Zafirović artikuliert die Gefühle seiner Landsleute mit bitterem Humor: „Man erwartet den Dialog Belgrad–Pristina: Deutsche, Briten und Amerikaner werden miteinander reden.“

Bleibt die Frage, ob ein erzwungenes Abkommen das nötige Vertrauen schaffen oder gar eine Versöhnung zwischen Albanern und Serben bringen kann.

Ph. D., A. O.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz



# DIE WELT VON ALLEN SEITEN LESEN

... und das jeden Monat neu

Deutsche Ausgabe

Deutsche Ausgabe  
Februar 2023  
02/29. Jahrgang  
Deutschland: 5,20 EUR  
Ausland: 5,60 EUR

## LE MONDE diplomatique

**Generalstreik**  
in Frankreich. Annie Ernaux über den großen Ausstand und drei euphorische Wochen im kalten Winter 1995  
• S. 3

**Materialschlacht**  
in der Ukraine. Olivier Kempf über die vielen Fronten des Krieges und die Chancen auf einen militärischen Sieg  
• S. 5

**Kriegsszenarien**  
im Chinesischen Meer. Tom Stevenson über die reale Gefahr für Taiwan und das maritime Wettrennen Chinas und der USA  
• S. 10/11

**Hindutva**  
in aller Welt. Ingrid Therwath über das globale Netzwerk der indischen Hindu-Nationalisten und ihre Troll-Brigaden  
• S. 14

**Realpolitik**  
für Chile. Robert über den Zusammenstoß der jungen Regierung mit alten Problemen  
• S. 20/21

**Tobias Wyrzykowski**  
  
Tobias Wyrzykowski, Makalu, 2021. Öl auf Leinwand, 100 x 140 cm  
(Zum Künstler siehe Seite 3)

### Israel – die Agenda der Radikalen

von Charles Enderlin

Während Zehntausende in Tel Aviv und Jerusalem gegen die geplante Abschaffung des Rechtsstaats auf die Straße gehen, eskaliert der Konflikt mit den Palästinensern. Ein Ende der Gewalt ist nicht in Sicht, solange in der Regierung Vertreter der radikalen Siedlerbewegung das Sagen haben.

position verechlagen, die Annexion des Westjordanlands vorantreiben und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) kahlstellen.

Mit dem Umbau des Justizsystems hat Netanjahu den Knesset-Abgeordneten Jariv Levin betraut, der seit seiner Wahl auf der Likud-Liste im Jahr 2009 gegen zu unabhängige Richter hetzt. Kaum ernannt, präsentierte Levin am 4. Januar seinen Plan für eine „radikale Umgestaltung“ nach einem ganz neuen Prinzip: Das „Volk“ allein verleiht der gewählten Mehrheit die Legitimität, unbeschränkt zu regieren

verdacht gegen Perrinnen künftig sein wird. Theoretisch men, dass Netanjah ermennt, die über trag befinden, falls und Korruption vor

Die Präsidentenrichtshofs, Esther ne des neuen Ju verurteilt. „Dies ist Rechtssystem, ah den man angreiff muss. Diese Refe

### Energiekrieg

Die Sieger stehen schon fest  
von Mathias Reymond und Pierre Rimbert



Mit tiefer Verbeugung und verlegenem Lächeln bezeugte der deutsche Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck dem katarischen Scheich Tamim bin Hamad al-Thani am 20. März 2022 seinen Respekt. Es war kein guter Tag für den ökologischen Umbau und die „Diplomatie der Werte“, die dem prominenten Grünen so am Herzen liegen.

5 Monate für 20 Euro

### Das Jubiläums-Angebot

Seit 20 Jahren bietet der Atlas der Globalisierung eine kritische Bestandsaufnahme unserer Welt. Die Zeitung hinter dem Atlas ist Le Monde diplomatique: Einmal im Monat präsentiert sie neben fundierten Analysen und spannenden Reportagen detailreiche und innovative Karten und Infografiken zum Weltgeschehen.

### Papier + Digital + Audio

Fünf Monate Zeitung, App und Audio für 20 Euro  
[monde-diplomatique.de/abo20](https://monde-diplomatique.de/abo20)

Unser Jubiläumsangebot ist gültig bis zum 02. Juni 2023





# Befangene Verfassungsrichter

Im französischen Conseil constitutionnel sitzen vor allem ehemalige Politikerinnen und Politiker

von Lauréline Fontaine

Seit die französische Regierung im Januar 2023 ihre Pläne für eine Rentenreform vorstellte, werden drei Bestimmungen der französischen Verfassung heiß diskutiert: Artikel 49 Absatz 3, mit dem die Regierung einen den Haushalt betreffenden Gesetzentwurf ohne Abstimmung in der Nationalversammlung verabschieden kann; Artikel 47.1, mit dem die Beratung des Gesetzentwurfs beschleunigt werden kann; und Artikel 44.3, mit dem der Senat gezwungen werden kann, über den gesamten Gesetzestext in einer einzigen Abstimmung zu entscheiden.

Von Artikel 49 hat die Regierung bekanntlich Mitte März Gebrauch gemacht, als sie ihre Rentenreform unter dem Etikett eines Nachtragshaushaltsgesetzes (projet de loi de financement rectificative de la sécurité sociale) verabschiedete. Zwei anschließende Misstrauensanträge – die bei der Anwendung des Verfassungsartikels 49 eingebracht werden können – wurden in der Nationalversammlung abgeschmettert. Vor diesem Hintergrund kam der Anrufung des französischen Verfassungsgerichts, des Conseil constitutionnel (Verfassungsrat), eine überragende Bedeutung zu.

Bei ihrer Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit des Reformgesetzes müssen sich die Richterinnen und Richter vor allem mit zwei Kritikpunkten auseinandersetzen: Der erste hebt darauf ab, dass mehrere Maßnahmen der Reform wie die Einführung eines sogenannten Senior-Index nicht im Entwurf eines Nachtragshaushalts zur Finanzierung der Sozialversicherung erscheinen dürfen, weil sie keine Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben. Dieser Punkt dürfte allerdings im Verhältnis zum Kern der Reform eine untergeordnete Rolle spielen.

Der zweite Punkt verlangt vom Verfassungsrat eine Entscheidung in der Frage, ob die Regierung nicht das Verfahren zweckentfremdet, das 1996 unter Artikel 47.1 in die Verfassung aufgenommen wurde. Denn das beschleunigte Gesetzgebungsverfahren war mit Sicherheit nicht für Entscheidungen in einer für die Gesellschaft so essenziellen Frage wie dem gesetzlichen Renteneintrittsalter gedacht.

Die Hoffnungen, der Verfassungsrat könnte das Reformgesetz kippen, gründen allerdings auf einer Fantasievorstellung, auf einem konstitutionellen Narrativ, das sich über sehr lange Zeit in den Köpfen der Französinnen und Franzosen festgesetzt hat.

Die „Weisen in der Rue de Montpensier“ (dem Sitz des Conseil Constitutionnel) haben ein gutes Image, das allerdings wenig mit der Realität zu hat. Denn in Wahrheit hat der Verfassungsrat die Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger seit vielen Jahren beschnitten und Wirtschaftsinteressen stets äußerst rücksichtsvoll behandelt.

Eine Gegenmacht ist er also keineswegs. Seine Zusammensetzung, sein Instrumentarium und seine Arbeitsweise werden den Anforderungen einer repräsentativen Demokratie auch nicht gerecht.

Das gravierendste Problem ist seine mangelnde Unparteilichkeit. Die Mitglieder des Verfassungsrats müssen immer wieder über das Schicksal ehemaliger Kolleginnen und Kollegen entscheiden, und sie urteilen über Gesetzestexte, an deren Ausarbeitung oder Umsetzung sie selbst mitgewirkt haben. Sie sind also Richter und Partei zugleich.

Das gilt zum einen für die Gesetze, über deren Verfassungskonformität das Gericht entscheidet, zum ande-

ren aber auch für die Überprüfung von Parlaments-, Senats- oder Präsidentschaftswahlen. Seit den ersten Nominierungen im Jahr 1959 benennt jeder der drei höchsten Repräsentanten des Staats – der Präsident der Republik, der Präsident des Senats und der Präsident der Nationalversammlung – jeweils drei der neun Mitglieder des Verfassungsrats, seit 2010 muss außerdem ein Parlamentsausschuss zustimmen.

Diese Repräsentanten sehen im Verfassungsgericht jedoch eine Art „Altersheim für Persönlichkeiten, die bei Hofe geschätzt werden“, wie es der Rechtswissenschaftler Alain Supiot einmal formulierte. Gegenwärtig zählen zu den Mitgliedern zwei ehemalige Premierminister (Laurent Fabius und Alain Juppé), zwei Ex-Minister:innen (Jacqueline Gourault und Jacques Mézard), ein Ex-Parlamentarier (François Pillet) und eine frühere Generalsekretärin der Nationalversammlung (Corinne Luquiens); Véronique Malbec und François Séners haben früher Ministerbüros geleitet.

Die Vorsitzenden werden vom Präsidenten der Republik berufen und waren bisher ausnahmslos Abgeordnete, Minister, Präsident der Nationalversammlung oder Premierminister; Laurent Fabius hatte sogar nacheinander alle genannten Ämter inne. Als François Hollande ihn 2016 an die Spitze des Verfassungsrats berief, war er gerade Außenminister.

So kam es, dass er mit am Tisch saß, als der Verfassungsrat über das sogenannte El-Khomri-Gesetz (offiziell „Gesetz über die Beschäftigung, die Modernisierung des sozialen Dialogs und die Sicherung von Berufslaufbahnen“) beriet, obwohl der Gesetzentwurf von der Regierung stammte, der er selbst als Vizepremier angehört hatte.

Vor etwa einem Jahr war die Richterin Jacqueline Gourault an der Prüfung eines Gesetzentwurfs beteiligt, mit dem auf Betreiben der Immobilienwirtschaft das Einspruchsrecht gegen Baugenehmigungen begrenzt werden sollte. Sie selbst hatte sich als Ministerin für das Gesetz starkgemacht – und sogar die dazugehörige Durchführungsverordnung erlassen.

## Nur eine einzige Volljuristin

Mitunter treibt diese Parteilichkeit groteske Blüten: Eine Entscheidung des Verfassungsrats vom Mai 2012, die dazu führte, dass das Urteil gegen den der sexuellen Belästigung schuldig gesprochenen Ex-Staatssekretär Gérard Ducray aufgehoben wurde, erging zu einem Zeitpunkt, als vier Mitglieder des Rats geschäftliche Beziehungen zu Ducray unterhielten; zwei davon waren unmittelbar am Urteil beteiligt.

Zudem besitzen die ernannten Richterinnen und Richter nur selten juristische Kompetenzen. Momentan kann allein die Richterin Véronique Malbec eine solide juristische Qualifikation und nennenswerte Berufserfahrung in der Justiz vorweisen. Aber auch sie hat die einschlägige Nähe zur Politik als ehemalige Büroleiterin des Justizministers.

In anderen Ländern sind Verfassungsrichter nicht nur Volljuristen, sondern haben auch hochqualifizierte Assistenten an ihrer Seite. In Frankreich ist dies nicht der Fall. Das führt zwangsläufig dazu, dass sie sich bei ihren Entscheidungen zuallererst von ihrem politischen Kompass leiten lassen.

Anders als die Verfassungsgerichte oder obersten Gerichtshöfe vergleichbarer demokratischer Staaten gibt sich

der französische Verfassungsrat nicht mit der eigentlichen Bedeutung des Verfassungstextes ab. Die Folge ist, dass Entscheidungen deklamatorisch verkündet, aber nicht argumentativ hergeleitet werden. Wenn der Rat entscheidet, dass ein bestimmtes Gesetz mit der obersten Rechtsnorm vereinbar oder nicht vereinbar ist, lautet seine Begründung stets: Der Rat hat so entschieden, weil der Rat sagt, was er eben sagt. Welche Gründe ihn zu der Entscheidung bewogen haben, erfährt man nicht.

Ein ehemaliges Mitglied des Verfassungsrats räumt hinter vorgehaltener Hand ein, dass die „geistige Armut“ des Gremiums es auch für Beeinflussung von außen empfänglich mache. Besonders aufgeschlossen zeigt sich der Rat für die Interessen der Wirtschaft, die seit Jahren massiv und auf intransparenten Wegen Einfluss nimmt. Ehemalige Mitglieder machen auch kein Hehl daraus, dass die Schriftstücke, die sie von verschiedenen Lobbygruppen aus der Wirtschaft erhalten, für sie eine wertvolle Hilfe waren.

Das ist nicht nur ein Armutszeugnis, sondern zeugt auch von Leichtfertigkeit. So äußerte Fabius' Vorgänger Jean-Louis Debré freimütig, er habe in seiner Amtszeit als Präsident des Verfassungsrats regelmäßig mit dem Präsidenten der Arbeitgebervereinigung Medef (Mouvement des entreprises de France) und Unternehmenschefs zu Mittag gespeist und sich mit ihnen über die Rechtsprechung des Rates unterhalten.

In seinen Memoiren schreibt Debré: „Lunch mit einem Dutzend Firmenchefs, mit denen ich mich getroffen hatte, um unsere Entscheidung über das Haushaltsgesetz für 2012 vorzubereiten. (...) Sie bedanken sich, dass ich sie eingeladen habe und regelmäßig anhöre. Das freut mich natürlich sehr.“<sup>1</sup>

Dass der Verfassungsrat derart in- nige Beziehungen zu den Mächtigen in

Politik und Wirtschaft pflegt, hat weitreichende Konsequenzen. Beschneidungen der individuellen und kollektiven Freiheitsrechte werden mit einem Federstrich für verfassungsgemäß befunden, selbst wenn sie ganz offensichtlich gegen die Verfassung verstoßen.

Ein Beispiel ist die Entscheidung des Gesetzgebers zu Beginn der Coronapandemie, die Pflicht zur Prüfung sogenannter vorrangiger Fragen der Verfassungsmäßigkeit vorübergehend auszusetzen, so dass es nicht mehr möglich war, die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes feststellen zu lassen. Der Verfassungsrat bewertete diese Aussetzung am 26. März 2020 als verfassungskonform. Am 25. November 2022 ging der Rat noch einen Schritt weiter und erklärte es für zulässig, dass im französischen Überseedepartement Mayotte Identitätskontrollen prinzipiell ohne jede Einschränkung möglich sein sollen. Damit stellte er Mayotte praktisch außerhalb des Geltungsbereichs der Verfassung.

Zugleich hat der Rat ein sehr feines Gespür für die Erwartungen der wirtschaftlich Mächtigen und der Exekutive. So kassierte er in der Vergangenheit regelmäßig Gesetzentwürfe, die in seinen Augen die freie Entfaltung des Markts (etwa durch die Bekämpfung von Steuerhinterziehung oder Steuervermeidung) oder den Aufbau einer marktbeherrschenden Stellung behindern.

Dabei beruft er sich auf Prinzipien wie die unternehmerische Freiheit, die in keinem verfassungsrechtlichen Text explizit erwähnt wird, aber vom Rat quasi in den Verfassungsrang erhoben wurde. Auf derselben Grundlage verwarfen die Richterinnen und Richter im Juli 2015 das „Gesetz über ein soziales und solidarisches Wirtschaftssystem“. Dieses Gesetz sah die Möglichkeit vor, Unternehmensverkäufe gerichtlich anzufechten, wenn vor dem Verkauf die Beschäftigten nicht informiert wurden

und ihnen somit die Chance genommen wurde, ein eigenes Übernahmeangebot vorzulegen.

Existierende Verfassungsbestimmungen, die ihrem Gesellschaftsbild zuwiderlaufen, ignorieren die Richterinnen und Richter hingegen gern. Ein prominentes Beispiel ist die Präambel der Verfassung von 1946, die ebenfalls Verfassungsrang besitzt. Darin heißt es: „Jeder Arbeiter nimmt durch die Vermittlung seiner Vertreter an der gemeinschaftlichen Festsetzung der Arbeitsbedingungen sowie an der Verwaltung der Unternehmen teil.“

Auch über Artikel 1 der Verfassung, in dem unter anderem der Charakter der Republik festgeschrieben wird, hat der Rat sich hinweggesetzt, als er die neoliberale Wende der französischen Politik abgesegnet hat. Das frühere Verfassungsratsmitglied Georges Vedel erklärte dazu, der Rat müsse keine bestimmte Wirtschaftsauffassung vertreten, da die Verfassung neutral sei.

Wer diesem – auch in Deutschland verbreiteten und seit vielen Jahren sorgsam gepflegten – Mythos von der wirtschaftspolitischen Neutralität der Verfassung anhängt,<sup>2</sup> hat sie nicht genau gelesen oder stellt sich bewusst blind für die soziale Dimension des Verfassungstextes. Für die Entscheidung, unternehmerische Freiheit und Vertragsfreiheit in der Hierarchie der Werte und Verfassungsnormen ganz nach oben zu setzen, gibt es Argumente. Sie wiegen aber nicht schwerer als andere, die für die Betonung sozialer Bestimmungen in der Verfassung sprechen.

<sup>1</sup> Jean-Louis Debré, „Ce que ne pouvais pas dire“, Paris (Robert Laffont) 2017.

<sup>2</sup> Siehe François Denord, Rachel Knaebel und Pierre Rimbert, „Schäubles Gehäuse“, LMD, August 2015.

**Aus dem Französischen von Andreas Bredenfeld**  
Lauréline Fontaine ist Professorin für Staats- und Verfassungsrecht an der Université Sorbonne Nouvelle. Autorin von: „La Constitution maltraitée. Anatomie du Conseil constitutionnelle“, Paris (Éditions Amsterdam) 2023.



Tschabalala Self, Loner 2, 2022, Stoff, Faden, Acrylfarbe und handgestempelte Leinwand auf Leinwand, 213,5 x 203 x 5 cm



## Deutschland und Frankreich

Während in Frankreich seit Wochen massiv gestreikt und demonstriert wird, wundern sich viele Deutsche: Warum so viel Aufregung um die Anhebung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre, wenn wir doch bis 67 arbeiten müssen? Doch ganz so einfach ist es nicht.

62 Jahre ist das frühestmögliche Alter, um in Frankreich in den vorgezogenen Ruhestand zu gehen. Dafür muss man allerdings schon jetzt 41,5 Jahre (nach der Reform: 43 Jahre) in die Rentenversicherung eingezahlt haben. In Deutschland und der Schweiz gibt es die Frührente mit 63, in Deutschland bereits ab 35 Beitragsjahren – abschlagsfrei für alle bis Jahrgang 1953. Erst danach steigt das Alter schrittweise auf 67. Ab 45 Versicherungsjahren darf jede:r ohne Abschläge früher in Rente gehen.

Das reguläre Renteneintrittsalter, mit dem jede:r unabhängig von der Zahl der Beitragsjahre seine Rente abschlagsfrei ausgezahlt bekommt, beträgt in Frankreich schon jetzt 67 Jahre. In Deutschland gilt diese Altersgrenze erst für diejenigen, die ab 2031 in Rente gehen. In der Schweiz liegt es bei 65 Jahren. Im Augenblick gehen die Deutschen und die Schweizer laut dem EU Ageing Report beziehungsweise der OECD im Schnitt mit 64,6 Jahren in Rente, die Französ:innen mit 62,3 Jahren.

Ein wichtiger Kritikpunkt an der aktuellen französischen Rentenreform ist die Ungerechtigkeit der neuen Altersgrenze. Denn je nach Tätigkeit haben Menschen eine sehr unterschiedliche Lebenserwartung: Hochdotierte Führungskräfte leben in Frankreich 13 Jahre länger als Geringstverdiener. In Deutschland beträgt diese Differenz bei den Männern knapp 9 Jahre, bei den Frauen fällt der Abstand in beiden Ländern geringer aus. Insgesamt verteidigen die Französ:innen ihr Modell des Wohlfahrtsstaats, das in den 1940er Jahren gemeinsam von allen politischen Parteien im Nationalen Widerstandsrat konzipiert und beschlossen wurde. Präsident François Mitterrand sprach bei seinem Regierungsantritt 1980 vom „Kampf um Lebenszeit“.

In Deutschland ist diese soziale Errungenschaft, den Lebensabend „frei von Not und Sorge“ zu erleben, wie es die CDU vor der Rentenreform 1957 formulierte, seit den Reformen der 2000er Jahre in Gefahr. Die gesetzliche Rente sichert offiziell nicht mehr den Lebensstandard der Arbeitnehmenden, sie sollen zusätzlich privat vorsorgen. Doch 30 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben weder eine Betriebs- noch eine Riester-Rente. Die Folge: Ein Fünftel der deutschen Rentner:innen sind armutsgefährdet.

Besonders prekär ist die Lage der Frauen, denn im Rentenalter addieren sich Lohnlücken und Auszeiten für Pflege und Erziehung zu einer gewaltigen Rentenlücke auf. Die Grundrente in Deutschland erfüllt ihren Zweck kaum: Nur wenige Mütter oder Geringverdienende bekommen die nötigen 33 Versicherungsjahre zusammen.

Die grundsätzliche Frage aller Rentenreformen lautet: Wie viel sind uns in einer alternden Gesellschaft die alten Menschen wirklich wert? In Frankreich (wie auch in Österreich) ist man durchaus bereit, mehr für die Älteren auszugeben – weil diese umgekehrt auch viel zurückgeben, sei es individuell durch Betreuung der Enkelkinder und Ehrenamt oder durch Konsum und Steuern an den Staat.

Frankreich und Österreich zahlen im Schnitt 70 Prozent höhere Bruttorenten als Deutschland. Deshalb sind die Rentenbeiträge – insbesondere der Arbeitgeber – in Frankreich deutlich höher, und der Staat gibt 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Altersversorgung aus. In Deutschland sind es dagegen nur 10 Prozent, ähnlich wie in der Schweiz (aber hier sind Betriebsrenten Pflicht). Die Folgen dieses Sparkurses werden in den nächsten Jahren deutlich sichtbar werden.

Sabine Jainski



Tschabalala Self, Sunday, 2016, Textil, Flasche- und Acrylfarbe auf Leinwand, 142 × 162,5 cm

# Politik der Verachtung

*Die Rentenreform offenbart, wie sehr Präsident Macron über die Mehrheit hinweg regiert*

von Benoît Bréville

Sind wir noch in der Lage, eine Regierung zum Einlenken zu bewegen? Eine Entscheidung der Mächtigen zu kippen? Es ist noch nicht lange her, da war die Antwort in Frankreich klar: Angesichts entschlossener, gut organisierter sozialer Bewegungen mit langem Atem, die viele Menschen mobilisierten, wich die Regierung manchmal zurück.

Das zeigte, dass die Bevölkerung sich auch zwischen Wahlen Gehör verschaffen konnte, und ihre demokratische Teilhabe nicht auf den Urnengang beschränkt blieb. Auf diese Weise verschwanden diverse Projekte für immer in der Schublade: ein Gesetz zur Beschneidung der Rechte von Privatschulen 1984, ein Gesetz über das Zulassungsverfahren zu den Hochschulen 1986, der Berufseingliederungsvertrag 1993, einige der Sparpläne der Regierung Juppé 1995.

Es kam sogar vor, dass Verfechter einer unpopulären Reform abtreten mussten – wie 1986 der Minister für Hochschulbildung Alain Devaquet oder 2000 der Bildungsminister Claude Allègre.

Aber seit 2006 und dem erfolgreichen Kampf gegen die Einführung von Einstellungsverträgen (Contrat première embauche, CPE), die in den ersten beiden Berufsjahren jederzeit Kündigungen ohne Angabe von Gründen ermöglicht hätten, hat es dergleichen nicht mehr gegeben. Auch wenn die Menschen noch so zahlreich protestierten, ein Misserfolg reihte sich an den anderen. Egal welche Strategie sie wählten, ob Bummelstreiks, Uni-Besetzungen oder spektakuläre Aktionen, geordnete Massendemonstrationen oder Riots: Die Proteste gegen das Gesetz über die Autonomie der Universitäten (das wachsenden Einfluss privater Geldgeber ermöglichte) 2007, gegen die Rentenreform 2010, gegen neue Arbeitsmarktgesetze 2016 und 2019, gegen die automatisierte digitale Studienplatzvergabe „Parcoursup“ 2018 – alle blieben erfolglos.

Das „Modell Thatcher“ hat Schule gemacht: Die Regierenden geben nicht nach, auch nicht

bei wachsenden Müllbergen, leeren Tankstellen, ausfallenden Zügen, geschlossenen Schulen, blockierten Straßen. Unterbrechungen des Metrobetriebs nehmen sie ebenso hin wie wöchentliche oder gar tägliche Demonstrationen. Wenn die Lage vollends unerträglich wird, setzen sie auf Zwang und Repression. Diese Härte gilt mittlerweile als politisches Prädikat: „Der Straße widerstehen“ zeugt demnach vom Verantwortungsbewusstsein und vom politischen Mut der Regierenden.

## Gewerkschaften ungewohnt einig

Der ehemalige Premierminister Édouard Philippe verkündete 2021 vor Studierenden einer elitären Wirtschaftsuni stolz: „Man weiß nie, welcher Tropfen das Fass zum Überlaufen bringt. 2017 haben wir die Arbeitsrechtsreform beschlossen. Ich sagte mir, das wird furchtbar. Denn ich erinnerte mich noch an das Arbeitsgesetz zwei Jahre zuvor, an die riesigen Demonstrationen, die maximale Spannung. Aber wir haben die Reform beschlossen, und sie ging durch. Wir haben die französische Eisenbahn reformiert, haben Schluss gemacht mit den Sonderrechten und private Konkurrenz zugelassen, und wir haben mit einer Komplettblockade gerechnet. Und dann ist gar nicht viel passiert, ein paar Streiks, das war alles. Wir haben gesagt, dass es an den höheren Bildungseinrichtungen Zulassungsverfahren geben soll. Wenn Sie die Nachrichten der letzten zwanzig, dreißig Jahre verfolgt haben, wissen Sie, was für ein Minenfeld das ist. Wir haben es gemacht, ein paar Unis wurden besetzt, wir haben sie geräumt, und es ging vorbei.“<sup>1</sup>

Aber dann kamen die Gelbwesten und zeigten, dass es nicht immer so einfach ist.

Emmanuel Macron hielt trotzdem an der bewährten Methode fest, in der Hoffnung, dass es vorbeigehen würde. Brachial zog er seine Renten-

reform durch und übergab die Protestbewegung, deren Ausmaß und Entschlossenheit er eigentlich hätte erkennen müssen. Zehnmal gingen nach Aufrufen der in ungewöhnlicher Einigkeit agierenden Gewerkschaften Millionen Menschen auf die Straße, in großen Städten wie in kleinen Orten, die nie zuvor derartige Demonstration erlebt hatten.

Die Meinungsumfragen, die der Élysée-Palast normalerweise sehr genau im Auge hat, sagten, dass 70 Prozent gegen die Reform seien, unter den Erwerbstätigen gar 90 Prozent. Die Zahlen stiegen noch, je beherrschender die Regierung auftrat und je mehr Minister der Lügen überführt wurden: Denn nein, die Reform ist weder „notwendig“ noch „gerecht“. Und es stimmt auch nicht, dass sie „die Frauen schützt“ oder eine „Mindestrente in Höhe von 1200 Euro“ für alle garantiert. Wenn die Regierung Menschen zwei Jahre länger arbeiten lassen will, muss sie davon ausgehen, dass diese ihre Hausaufgaben machen und die Fakten checken.

Emmanuel Macron ist den Vorgaben der Europäischen Union gefolgt, die diese Rentenreform empfohlen hat, aber er hat es nicht geschafft, die französische Bevölkerung und ihre Abgeordneten zu überzeugen. Also beschloss er, die Entscheidung mit Macht durchzudrücken. Er setzte alle denkbaren Instrumente ein, um die parlamentarischen Debatten zeitlich zu beschränken (Artikel 47.1 der Verfassung); um die Diskussion über einen Gesetzesartikel zu beenden, sobald „mindestens zwei Redner mit gegensätzlichen Standpunkten das Wort ergriffen“ haben (Artikel 38 der Geschäftsordnung des Senats, der erstmals seit seiner Einführung 2015 angewandt wurde); um die Abgeordneten zu verpflichten, über die Reform als Ganzes und nicht Artikel für Artikel abzustimmen (Artikel 44.3).

Und schließlich zückte die Regierung von Premierministerin Élisabeth Borne am 16. März 2023 den berühmten Verfassungsartikel 49.3, der





Tschabalala Self, Home, 2019, Textil, Möbelstoff, bemalte Leinwand, Acrylfarbe und Gouache auf Leinwand, 172,5 x 127 cm

die Verabschiedung eines Gesetzes ohne Abstimmung im Parlament erlaubt.<sup>2</sup> Es war ein bemerkenswertes Vorgehen für einen Präsidenten, der sich gern als Sprachrohr der freien Welt inszeniert und wortreich Autokraten und autoritäre Regime geißelt, für die ein Parlament rein dekorative Funktion hat, die den Willen des Volkes missachten und die Opposition mundtot machen.

Letztendlich entschieden über die Rentenreform, die das Leben der Französischen und Franzosen in den nächsten Jahrzehnte maßgeblich verändern wird, nur die indirekt gewählten Senator:innen.<sup>3</sup> Die beiden zusätzlichen Jahre Lebensarbeitszeit, die den Menschen ohne Zustimmung der von ihnen gewählten Nationalversammlung auferlegt wurden, wurden somit allein durch eine Institution legitimiert, in der eine Partei (Les Républicains) die Mehrheit hat, die bei der letzten Präsidentschaftswahl nicht mal 5 Prozent der Stimmen erhalten hat; zwei große politische Parteien (der rechtsextreme Rassemblement National, RN, und die linke La France Insoumise, LFI) sind darin gar nicht vertreten.

Emmanuel Macron sieht darin kein Problem: Die Reform stand in seinem Wahlprogramm, er hat die Wahl gewonnen, also haben die Bürger:innen zugestimmt. „Die Masse“ habe „keine Legitimität gegenüber dem Volk, das sich durch seine gewählten Vertreter:innen ausdrückt“, dozierte er am 21. März.

Vor einem Jahr, im Vorfeld des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahl, war vom Thema Renten kaum die Rede, nicht zuletzt deshalb, weil Macron sich wie schon fünf Jahre zuvor öffentlichen Debatten mit seinen Konkurrent:innen verweigerte. Im Vordergrund standen stattdessen Themen wie Immigration, der Krieg in der Ukraine und ökonomische Unsicherheit. Im ersten Wahlgang erhielt Macron lediglich 20,7 Prozent der Stimmen.

Seinen Sieg im zweiten Wahlgang verdankte er hauptsächlich denjenigen, die ihm notgedrun-

gen ihre Stimme gegeben hatten, um eine rechts-extreme Präsidentin Marine Le Pen zu verhindern, wie er selbst am Wahlabend, dem 24. April 2022, einräumte: „Ich weiß, dass viele unserer Landsleute nicht deshalb für mich gestimmt haben, weil sie die Ideen unterstützen, für die ich stehe, sondern weil sie die extreme Rechte aufhalten wollten. Mir ist bewusst, dass dieses Wahlergebnis eine Verpflichtung für die nächsten Jahre darstellt. Ich bin der Verwalter ihres Pflichtgefühls, ihrer Verbundenheit mit der Republik und ihres Respekts für die Unterschiede, die in den letzten Wochen zum Ausdruck gekommen sind.“ Kaum ausgesprochen, war diese Verpflichtung schon wieder vergessen.

### Wozu noch wählen gehen?

Seit seiner Wahl bemüht sich Emmanuel Macron, über jede Form von Opposition hinwegzugehen oder sie zu unterdrücken. Die Nationalversammlung beschränkt sich wie schon in der vorigen Legislaturperiode darauf, die Beschlüsse der Regierung abzunicken. Wichtige Themen wie der Ukrainekrieg, die Waffenlieferungen an Kiew und die Sanktionen gegen Russland sind nicht Gegenstand ernsthafter Debatten mit anschließender Abstimmung.

Der Haushalt für 2023 wurde durchgesetzt, indem die Regierung nicht weniger als zehnmal auf Artikel 49.3 zurückgriff; die Reform der Arbeitslosenversicherung wurde in einem beschleunigten Verfahren verabschiedet, umstrittene Maßnahmen wurden heimlich per Dekret eingeführt.<sup>4</sup> Sobald sich eine Kontroverse abzeichnete, schuf Macron Fakten und umging die gesellschaftliche Kontrolle demokratischer Machtausübung. Er ließ sich nicht einmal dazu herab, Gewerkschafter, die gegen die Rentenreform protestierten und um ein Gespräch gebeten hatten, zu empfangen.

Eine derartige Arroganz kann nur die Demokratieverdrossenheit noch befördern und das Gefühl verstärken, die Politik interessiere sich nicht für die Bürgerinnen und Bürger – was vor allem dem Rassemblement National in die Hände spielt. Am härtesten trifft die Rentenreform die untere Mittelschicht und diejenigen, die in körperlich anstrengenden Berufen arbeiten – beides Wählerreservoirs der extremen Rechten. Zugleich zeugt die Art, wie die Reform durchgezogen wird, von der Arroganz der Eliten gegenüber dem Volkszorn, und sie offenbart den Verfall der Institutionen. Marine Le Pen bekommt gute Argumente in Hand und wird sie zu gegebener Zeit nutzen.

Die Politik der Verachtung macht nicht nur eine Partei stark, die sich als Sprachrohr der Marginalisierten darstellt, sie hat auch eine immer niedrigere Wahlbeteiligung zur Folge. Wozu überhaupt wählen gehen, wenn die Nationalversammlung zum bloßen Schattentheater degradiert wird? Beim zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen im Juni 2022, zwei Monate nach der Präsidentschaftswahl, blieben rund 53 Prozent der Stimmberechtigten den Urnen fern. Manche wussten nicht einmal, dass eine Wahl stattfand.

Der Politologe Jean-Yves Dormagen brachte es am 14. Juni 2022 in der Tageszeitung *Le Figaro* auf den Punkt: „Wenn wir zu den 53 Prozent Nichtwählern noch die 5 bis 6 Prozent hinzuzählen, die nicht in den Wählerverzeichnissen stehen, haben fast sechs von zehn Franzosen nicht gewählt. Das bedeutet, dass das Lager der parlamentarischen Mehrheit bestenfalls von einem Drittel oder sogar nur von einem Viertel der Bevölkerung gewählt wurde.“

Dabei gingen ältere Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen „mit 80 Prozent Wahrscheinlichkeit zur Wahl“, jüngere Menschen mit geringer oder gar keiner Qualifikation hingegen gingen „mit 80 Prozent Wahrscheinlichkeit nicht wählen“. Und gerade die oberen Klassen, Akademiker:innen und Rentner:innen stellen die Kernwählerschaft des Präsidenten und der gemäßigten rechten Parteien, während die Jungen, die Geringqualifizierten und die Menschen in einkommensschwachen Viertel in der Regel dem RN oder der LFI zuneigen.

Macron profitiert also von der „Demokratie der Enthaltung“. Es scheint ihn nicht zu kümmern, dass die Kluft zwischen den Bürger:innen und den Gewählten dadurch tiefer wird, die Legitimität des Parlaments erodiert, das Misstrauen gegenüber der Politik wächst bis zu dem Punkt, dass Abgeordnete Polizeischutz verlangen.

1922 forderte Leo Trotzki vor der Kommunistischen Internationale, dass „neun Zehntel der der Partei zur Verfügung gestellten wählbaren Posten mit Arbeitern besetzt werden müssen, und zwar nicht mit solchen Arbeitern, die selber Funktionäre der Partei geworden sind, sondern mit Arbeitern, die noch im Betrieb oder auf dem Acker arbeiten“. Die Vertreter des Volkes müssten „Sitten, Auffassungen, Gewohnheiten“ des Volkes teilen.<sup>5</sup>

Hundert Jahre später sind von den 577 Abgeordneten der französischen Nationalversammlung nur fünf Arbeiter:innen, weniger als 1 Prozent, während der Arbeiteranteil in der Gesamtbevölkerung bei 16 Prozent liegt. Die präsidentielle Mehrheit (die Parteien Renaissance, MoDem, Horizons) besteht zu über 60 Prozent aus Führungskräften und Personen, die in gehobenen intellektuellen Berufen arbeiten, und nur zu 2 Prozent aus Angestellten, keine: Arbeiter:in findet sich in ihren Reihen.

Die meisten dieser Abgeordneten – Anwälte, Unternehmensberaterinnen, Banker, Chefinnen von Unternehmen, Ärztinnen – haben eine Elitehochschule besucht oder exklusive Studiengänge absolviert, wo sie unter ihresgleichen geblieben sind. Von der Realität im Land haben sie nur vage Kenntnis. Dank Zusatzrenten und reichlicher Rücklagen blicken sie einem finanziell abgesicherten Alter entgegen. Sie können die Wut nicht nachvollziehen, die die Rentenreform bei den Teilen der Bevölkerung ausgelöst hat, die bereits unter den Auswirkungen von Inflation, Gesundheits-, Energie- und Klimakrise leiden.

Während die Abgeordneten also eine homogene Gruppe bilden, zeichnen sich die diejenigen, die gegen die Rentenreform auf die Straße gehen, durch eine große soziale Heterogenität aus. Was haben Studierende, die oft aus privilegierten Schichten kommen, und Reinigungskräfte in Krankenhäusern gemeinsam? Oder Müllwerker:innen und Wissenschaftler:innen? Mechaniker:innen bei der SNCF und Ärztinnen und Ärzte mit eigener Praxis?

Für sie alle symbolisiert diese Reform, wie so viele vorangegangene, den Bruch zwischen dem politischen Führungspersonal, das entschlossen ist, soziale Errungenschaften abzubauen, und dem tiefen Wunsch der Menschen, die sozialen

Institutionen zu schützen und sogar besser zu machen, um ein glückliches, anständiges und sinnerfülltes Leben zu ermöglichen. Die Regierung wickelt die bestehende Wirtschaftsordnung zu ihrem eigenen Schaden ab: Denn wenn man die am geringsten qualifizierten Beschäftigten und insbesondere die Frauen zwingt, zwei Jahre länger zu arbeiten, tauchen unweigerlich die Fragen auf: Wozu arbeite ich, warum und für wen?

Für diejenigen, die in systemrelevanten Bereichen im Bildungs- und Gesundheitswesen, im Reinigungssektor und in personenbezogenen Dienstleistungen beschäftigt sind, bedeutet die Verlängerung der Lebensarbeitszeit 24 Monate mehr Erschöpfung. Und das in einem Arbeitsleben, das durch Personalabbau und die Kältherzigkeit eines lediglich an Kennzahlen orientierten Managements geprägt ist. So sorgen private wie öffentliche Unternehmen dafür, dass alte, pflegebedürftige Menschen ihr Lebensende unter unwürdigen Bedingungen verbringen müssen, während sie gleichzeitig den Pflegekräften mehr Schulungen zu „menschlichem Umgang“ nahelegen.

Für Beschäftigte in den Bereichen Verkehr, Energie, Elektrizität und Telekommunikation, in den großen ehemaligen Staatsbetrieben, die in den westlichen Ländern einst die Infrastruktur aufbauten und in Schuss hielten und für die deshalb Sonderregelungen galten, die nach und nach abgeschafft wurden, bedeutet sie: Zwei Jahre länger daran mitwirken müssen, dass die letzte Spur von Orientierung auf das Gemeinwohl verschwindet. Stattdessen müssen sie Shareholder-Value schaffen oder Schulden abbauen.

Vielleicht schlagen die durch den brachialen Coup der Regierung ausgelösten Wellen der Empörung deshalb so hoch, weil hier so viel auf dem Spiel steht und es so rücksichtslos durchgedrückt wurde. Der Widerspruch ist unübersehbar: Auf der einen Seite haben wir eine Wirtschaftsordnung, die sich in der Vermarktung von bunten Handyhüllen, Verschmutzungsrechten und Gletscherwasser für 11 Euro die Flasche entfaltet. Auf der anderen Seite gibt es die Menschen, die es immer mehr empört, dass Politik nur noch in der Auswahl verschiedener Methoden besteht, ein gescheitertes Modell beizubehalten.

Auszusteigen, seinen „Bullshit-Job“ zu kündigen, um sich einen neuen zu suchen, setzt private Ressourcen voraus und löst im Grunde nichts. Das Ausmaß der „Great Resignation“, der massenhaften Flucht aus den Jobs auch bei Absolvent:innen von Elitehochschulen, wie sie auf beiden Seiten des Atlantiks zu beobachten ist, ist ein Hinweis darauf, dass dem System die Luft ausgeht. Es braucht Hoffnung. In Frankreich verkörperten 2018 die Gelbwesten Hoffnung. Die Wut über die Rentenreform setzt die Revolte fort und verbreitert ihre Basis.

Schon werden viele Vergleiche angestellt. „Als auf dem Höhepunkt der Proteste 284 000 Gelbwesten auf die Straße gingen, hat Emmanuel Macron 13 Milliarden lockergemacht, einfach weil es Gewalt gab“, sagte der Generalsekretär der Gewerkschaft CFDT, Laurent Berger am 12. März gegenüber *Journal du dimanche*. „Wir sind nach Angaben der Polizei 1,5 Millionen, die gewaltfrei protestieren, aber niemand hält es für nötig, mit uns zu sprechen.“ Und der Präsident des christdemokratischen Gewerkschaftsbunds CFTC, Cyril Chabanier, fragte im Februar: „Wir bringen dreimal so viele Menschen auf die Straße wie die Gelbwesten und werden nicht angehört. Müssen wir erst zuschlagen, um etwas zu erreichen?“

Der Protest ebbt nicht ab. Er wird größer, gewinnt an Intensität, niemand weiß, wie es enden wird. Der Conseil constitutionnel, das französische Verfassungsgericht, muss im April über die Gültigkeit der Reform entscheiden (*siehe den Beitrag auf Seite 15*). Aber wie das Urteil auch ausfällt, die Auseinandersetzung wird Spuren hinterlassen. Niemand tritt die Meinung des Volkes ungestraft mit Füßen: Millionen Französischen und Franzosen erinnern sich noch heute an das Referendum vom 29. Mai 2005 über den Europäischen Verfassungsvertrag und daran, wie Regierung und Parlament damals ihr negatives Votum übergangen haben. *Le Monde* schrieb am 19. März, mehrere Vertraute Macrons hätten verlautet, der Präsident habe „keine Skrupel und bedauert nichts“. Dass er keine Skrupel hat, ist sicher. Ob er nichts bedauert, werden wir noch sehen.

<sup>1</sup> Édouard Philippe bei den „Les Mardis de l’Essec“, 18. Mai 2021.

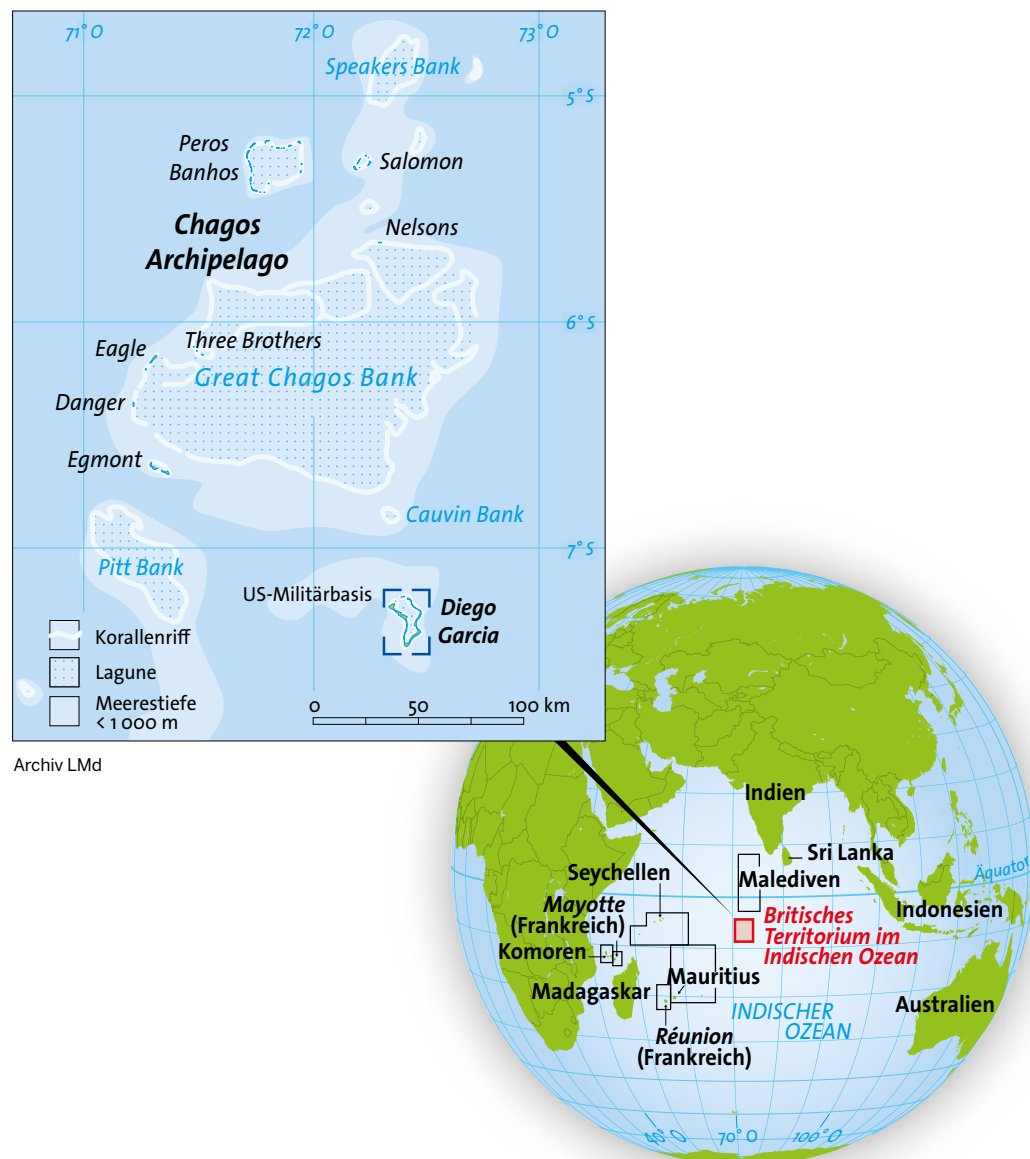
<sup>2</sup> Siehe auch Leonardo Kahn, „Artikel 49.3“, *Süddeutsche Zeitung*, 17. März 2023.

<sup>3</sup> Die Wahl der Senator:innen erfolgt zum größten Teil durch von Gemeinderäten eigens bestimmte Vertreter:innen.

<sup>4</sup> Siehe beispielsweise „Assurance chômage: la gauche et les syndicats dénoncent un durcissement, en catimini à la veille de Noël“, *BFMTV*, 25. Dezember 2022.

<sup>5</sup> Leo Trotzki, „Referat über die französische Frage“, IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, 1. Dezember 1922.





Archiv LMD

# Erst Guano, dann Kopra, dann Kanonen

*Kleine Inseln und ihr geopolitischer Nutzen*

von Laleh Khalili

Einer der merkwürdigsten Vorwände, mit denen die großen Seemächte die Eroberung und Besetzung fremder Territorien rechtfertigten, war der Abbau von Guano, also der Exkremente von Seevögeln, die wegen ihres hohen Anteils an Stickstoff, Pottasche und Phosphaten ein gefragter Dünger waren.

Wie bei anderen kolonialen Unternehmungen wanderte dieser Rohstoff in den Rachen der Kapitalverwertung, und zwar in den des Agrarkapitals der Metropolen. Nach Karl Marx ist „jeder Fortschritt der kapitalistischen Landwirtschaft nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit“.<sup>1</sup>

Marx schrieb diese Sätze in einer Zeit, da die Großmächte um ferne Eilande konkurrierten, die von dicken Guanoschichten überzogen waren. Anfangs ging es um Inseln vor der afrikanischen Südwestküste, später wurde noch heftiger um Inseln vor der Küste Perus und im Ostpazifik gekämpft.

In den 1840er Jahren besaßen die Briten das Monopol für den Abbau des peruanischen Guanos. In Reaktion darauf verabschiedeten die USA 1856, auf dem Höhepunkt eines Baumwollbooms, den Guano Islands Act. Das Gesetz sollte die ausgelagerten Böden der mit Sklavenarbeit betriebenen Plantagen verbessern helfen und ermutigte unternehmungslustige US-Bürger, rund 200 Guano-Inseln im Namen der Vereinigten Staaten in Besitz zu nehmen.<sup>2</sup>

Viele dieser Eilande wurden, als die Guanoschicht abgebaut war, zur industriellen Produktion von Kopra genutzt. Kopra ist das Nährgewebe von Kokosnüssen. Aus ihm wird Kokosöl gewonnen, und die Rückstände lassen sich als Viehfutter verwerten.

Düngemittel hatte auch Alfred Thayer Mahan im Sinn, als er 1884 im Auftrag der U.S. Navy nach Peru fuhr, das gerade – an der Seite Boliviens – den sogenannten Salpeterkrieg gegen Chile verloren hatte. In Lima entwickelte Mahan auch die Idee zu seiner wichtigen Abhandlung über den „Einfluss der Seemacht auf die Geschichte“, die seinen Ruf als „Clausewitz der See“ begründen sollte.<sup>3</sup>

Mahan forderte, die USA sollten Großbritannien „als Seegroßmacht ablösen und die britischen Handelsniederlassungen, Kolonien und Flottenstützpunkte in allen Teilen der Welt übernehmen“. Davon inspiriert, begann das US-Militär ab 1898, im Atlantischen, Indischen und Pazifischen Ozean Inseln und ganze Archipelle zu besetzen oder zu annektieren, die über weit wertvollere Ressourcen als Guano verfügten – was insbesondere für Hawaii, die Philippinen und Puerto Rico galt.

Über die Eingliederung dieser imperialen Besitztümer wurde im Kongress – und vor den Gerichten – heftig gestritten. Rassistische Senatoren und Abgeordnete erlebten bei der Vorstellung, dass eine große Zahl nichtweißer „Bestien“ und „Wilder“ zu US-Bürgern werden könnten. Mahan selbst argumentierte, diese fernen Inseln seien für die USA als militärische Stellungen „sogar noch wichtiger denn als Besitzungen“.

Alfred Thayer Mahan, der Clausewitz der See

Dieser doppelte Nutzen – als wirtschaftlich auszubeutendes Territorium und als Marinebasis im Dienst strategischer Ambitionen – machte die Inseln für die Seemächte zum besonderen Objekt ihrer Begierden. Mahan hatte zum Beispiel die Île Bourbon (heute Réunion) und die Île de Maurice im Auge (die Frankreich 1814 an die Briten abtreten musste, die sie in Mauritius umbenannten), denn beide seien „besonders geeignet für die Beherrschung des Indischen Ozeans, die eine als reiche Agrarkolonie, die andere als mächtiger Flottenstützpunkt“.

Solche Außenposten auf dem Meer boten und bieten bis heute einen vielfältigen Nutzen: als Garnison, als Basis für die Versorgung der Flotte mit Proviant, Kohle oder Schiffsdiesel, als Quarantänestation, als Gefängnis oder Verbannungsort für politische Dissidenten, als Anlandestelle für telegrafische und telefonische Überseekabel und, seit Einführung satellitengestützter und anderer Formen der Datenübertragung, als elektronische Überwachungs- und Spionagestation.

Deshalb hat die U.S. Navy bis heute ein überaus wachsames Auge auf ihre Marinebasen in Hawaii (Pearl Har-

bour), auf Guam, Samoa und anderen Inseln im Pazifik. Und deshalb behält Großbritannien seine 14 Überseeterritorien, darunter Steueroasen wie Bermuda und die Kaimaninseln, die heftig umstrittenen Falklandinseln/Malwinen und Gibraltar sowie die beiden Militärbasen Akrotiri und Dhekelia im Süden Zyperns, die sogar britisches Hoheitsgebiet darstellen.

Unter den britischen Besitzungen weist der Chagos-Archipel eine Besonderheit auf: London hat seine letzte koloniale Position im Indischen Ozean nur behauptet, um Teile der Inselgruppe dem US-Militär übergeben zu können. Im 18. Jahrhundert hatte Frankreich den Archipel – als der Île de Maurice zugehörig – beansprucht. Die Franzosen legten Kokosplantagen an und importierten Sklaven aus Madagaskar und Südafrika zur Kopraproduktion.

1810 eroberten die Briten den Archipel und siedelten sogenannte Kontraktarbeiterinnen und -arbeiter aus Indien. Sie holten ausgebildetes Verwaltungspersonal und Facharbeiter aus den anderen britischen Kolonien auf die Chagos-Inseln. Die dortigen Plantagen produzierten bald derart viel Kopra, dass sie im Londoner Kolonialministerium die „Ölinseln von Mauritius“ genannt wurden.

150 Jahre später erlangten die Eilande durch den Kalten Krieg und den Prozess der Entkolonialisierung eine neue strategische Bedeutung. Zwischen 1960 und 1963 wurden Anrainerstaaten des Indischen Ozeans wie Tansania, Somaliland und Kenia unabhängig. In der „Kronkolonie Aden“ bekämpfte die britische Armee die antikoloniale Bewegung mit militärischer Gewalt, Verhaftungen und Folter, bis sie 1967 zum Abzug gezwungen wurde. In Singapur kam es 1965 zu Ausschreitungen, die Zukunft der geopolitisch bedeutsamen früheren Kronkolonie schien ungewiss.

In der Golfregion forderten Iran und Irak, aber auch einige der ölfreien britischen Protektorate einen höheren Anteil an den immensen Gewinnen, die auf die Konten der British Petroleum (BP) und ihrer Tochterunternehmen flossen. Der US-Dollar löste das britische Pfund als Weltwährung ab. Und die Strategen in London jammerten über den Verlust der letzten Positionen „östlich von Suez“.



Diego Garcia im Chagos-Archipel picture alliance/CPA Media

Inmitten dieser Turbulenzen nahmen die USA und Großbritannien geheime Verhandlungen über „Militäranlagen auf kleinen Inseln“ im Indischen Ozean auf. Das Pentagon hatte sich der Landstreifen für den Bau einer Flugpiste samt Radarstation anbot.

Wie der Ethnologe David Vine in seiner Monografie „Island of Shame“ (2009) über die Militärbasis auf Diego Garcia berichtet, propagierte ein Strategiepapier des Pentagons, das den Nutzen der Insel betonte, in seinem Titel eine „Monroe-Doktrin für den Südatlantik und den Indischen Ozean“. Nach dem Motto: erst Guano, dann Kopra, dann Kanonen.

Die Staaten Südasiens, die britische Kolonien gewesen waren, reagierten nicht gerade beglückt, als sie von diesen Entwicklungen Wind bekamen. Im Oktober 1964 brachte Sri Lanka bei einem Treffen der Blockfreien in Kairo die Idee einer entmilitarisierten „Friedenszone“ im Indischen Ozean ins Spiel, die von Indien unterstützt wurde. Die asiatischen Länder trugen diese Initiative in die UN-Vollversammlung, die unerwartet zu einer Tribüne für die

neuen unabhängig gewordenen Staaten geworden war.

Die militärischen Führungen in London und Washington waren alarmiert. 1965 wurde der Chagos-Archipel von Mauritius abgetrennt und in „British Indian Ocean Territory“ umbenannt, abgekürzt Biot. Kurz spielte der britische Verteidigungsminister Denis Healey den Unwissenden, als er im Unterhaus gefragt wurde, ob auf Diego Garcia ein Stützpunkt errichtet werde. Healey beteuerte, weder das Vereinigte Königreich noch die USA hätten „irgendwelche spezifischen Pläne zum Bau von Militäreinrichtungen auf einer dieser Inseln“. Allerdings räumte er ein, Anlass für „die Errichtung des British Indian Ocean Territory“ sei tatsächlich eine künftige militärische Nutzung.

Die *New York Times* schrieb damals, Diego Garcia sei für die britischen Streitkräfte ideal zwischen ihren großen Basen in Aden und Singapur gelegen, deren Existenz aber durch politischen Druck vor Ort und die wirtschaftliche Lage Großbritanniens gefährdet sei. Im Pentagon wiederum glaubte man, dass Diego Garcia eine Lücke füllen könne, falls die USA ihre Kommunikationsanlagen in Pakistan und Äthiopien aufgrund des antiimperialen „politischen Klimas“ verlieren würden. Wie es dann auch kommen sollte.





Flugzeuge der U.S. Airforce auf Diego Garcia picture alliance/CPA Media

Es gab jedoch ein Problem. Der Chagos-Archipel war bewohnt. Auf Diego Garcia und auf Peros Banhos, dem nördlichsten Atoll der Inselgruppe, lebten knapp tausend Menschen. Die in Washington und London gehegte Vorstellung einer weiteren *terra nullius*, eines Niemandlands, das man problemlos als Militärstützpunkt nutzen könnte, war nur ein frommer Wunsch. Wie ein interner Bericht des US-Außenministeriums über die geheimen Verhandlungen von 1964 verriet, strebten die USA nach „exklusiver Kontrolle“ über die Inseln, allerdings „möglichst ohne einheimische Bewohner zu beschäftigen“.

In dem Report hieß es weiter, das britische Außenministerium habe versprochen, den Archipel auf eine Weise zu übergeben, die „die Möglichkeit, dass die Nutzung der Inseln durch von außen kommendes Drängen auf Selbstbestimmung behindert werden könnte, erheblich minimiert oder ganz beseitigt“.

Um das zu erreichen, wurde die Bevölkerung vertrieben. Ein erster Schritt erfolgte im April 1967, als die britische Regierung alle Plantagen des Archipels aufkaufte. Damit sollten die Chagosianern ihrer Einkommensquelle beraubt und zum „freiwilligen“ Wegzug gedrängt werden. Das besagt ein Memorandum, mit dem Denis Greenhill, der Leiter des Colonial Office, die britische UN-Vertretung instruierte: „Ziel der Übung ist es, einige Felsen als unseren Besitz zu behalten; es wird keine einheimische Bevölkerung mehr geben, außer Seemöwen, die noch keinen Ausschuss gebildet haben.“

Intern empfahl das Colonial Office dementsprechend, „jeden Gebrauch des Ausdrucks ‚ständige Einwohner‘ bezüglich sämtlicher Inseln des Territoriums zu vermeiden, denn die Existenz solcher ständigen Einwohner anzuerkennen würde bedeuten, dass es eine Bevölkerung gibt, deren demokratische Rechte eingehalten werden müssen.“

Der nächste Schritt wurde im April 1969 gemacht, als die britischen Behörden „ständigen Bewohnern“ von Diego Garcia, die Verwandte in Mauritius besucht hatten, die Rückkehr auf ihr Atoll untersagten. Schließlich wurde der „Einwanderungserlass Nr. 1“ der Biot-Verwaltung vom 16. April 1971 herausgegeben, der den Aufenthalt auf den Inseln ohne Erlaubnis des Militärs zu einer Straftat erklärte.

Kurz darauf wurden die letzten Bewohnerinnen und Bewohner des Archipels zwangsdeportiert. Im Schutz der Dunkelheit wurden sie auf Schiffe verfrachtet, die sie auf die Seychellen brachten oder nach Mauritius, wo man sie in einer alten Kaserne der Hauptstadt Port Louis abland – 1600 Seemeilen fern ihrer Heimat.<sup>(5)</sup>

In den fünf Jahrzehnten seit der Vertreibung der Chagosianer hat das US-Militär die anfangs „bescheidene“ Basis auf Diego Garcia immer weiter ausgebaut. Nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan und der Iranischen Revolution von 1979 begann das Pentagon unter der Carter-Regierung eine „schnelle Eingreiftruppe“ zu installieren. Diese RDJTF (Rapid Deployment Joint Task Force) entwickelte sich zum Kern des Centcom (Central Command), des US-Regionalkommandos

für den Nahen Osten, Ostafrika und Zentralasien.

Diego Garcia diente dem Centcom als zentraler logistischer Stützpunkt in der Region. In den 1980er Jahren genehmigte die Thatcher-Regierung den USA eine fast uneingeschränkte Nutzung der Basis. Demnach war eine vorherige Zustimmung Londons nur erforderlich, wenn Washington „Atomwaffen stationieren oder die Einrichtungen zur Unterstützung konkreter Kampfeinsätze nutzen will“.

#### Die Deportation der letzten Chagosianer

Der Vertreter des US-Außenministeriums, der das Abkommen mit London ausgehandelt hatte, erklärte ganz unverhohlen: „Ohne diese wesentlich erweiterte Operationsflexibilität hätten wir Probleme gehabt, das vom Verteidigungsministerium entwickelte Expansionsprogramm in Höhe von 1 Milliarde Dollar vor uns selbst und vor allem gegenüber dem Kongress zu rechtfertigen.“

Zwar sagte Washington der britischen Regierung eine rechtzeitige „Konsultation“ vor „jeder politisch sensiblen Nutzung“ zu, stellte aber ausdrücklich klar, dass der gewählte Wortlaut nicht unbedingt bedeutete, dass die USA auf eine Genehmigung aus London warten würden.

Um eine „politisch sensible Nutzung“ handelte es sich zweifellos bei den *extraordinary renditions* (Überstellungen von Terrorverdächtigen) im Rahmen des sogenannten Antiterrorkriegs.<sup>(6)</sup> Dabei erwies sich Diego Garcia

als ideal gelegenes Drehkreuz für den Transport von Gefangenen, die auf dem Gelände der Basis oder auf in der Nähe ankernden Schiffen auch festgehalten und gefoltert wurden.

Natürlich dachte das Pentagon in dem Fall nicht daran, die britischen Kollegen zu konsultieren. Obwohl wir nichts Endgültiges wissen, deutet einiges darauf hin, dass der Libyer Ibn al-Scheich al-Libi, Leiter eines Ausbildungslagers für Al-Qaida-Mitglieder in Afghanistan, und das pakistanische Al-Qaida-Mitglied Chalid Scheich Mohammed zeitweise auf Diego Garcia hinter Gittern saßen.

Erwiesen ist auf jeden Fall, dass die CIA Abd al-Hakim Balhadsch, einen libyschen Guerillakämpfer und Ghadafi-Gegner, und seine Frau Fatima Budschar 2004 in Malaysia verhaftete, zunächst in ein Geheimgefängnis in Thailand brachte und dann über Diego Garcia nach Libyen flog, um sie Ghadafis Folterern zu übergeben.

In der Nähe von Diego Garcia lag damals der Hubschrauberträger „USS Bataan“, der als schwimmender Knast diente. Und auch die Tatsache, dass die U.S. Navy an ihrer Basis und damit an ihrem Gefangenenlager in Guantanamo Bay auf Kuba festhält, ist eine Hinterlassenschaft des „Inselhamsterns“, die für die maritime Strategie der USA jahrzehntelang bestimmend war.

Auf Diego Garcia leben heute rund 2500 Menschen: 320 US-amerikanische und 40 britische Militärangehörige sowie 2000 zivile Angestellte. Das Telekommunikationsnetz der Basis wird von einer Firma betrieben, die einem Mitglied der bahrainischen Königsfa-

milie gehört, die Großbritannien und den USA seit jeher treu zu Diensten ist.

Es gibt aber auch Besucher, die keine Uniform tragen. Meist sind es die Besitzer von Luxusjachten, die eine Gebühr an die Biot-Verwaltung entrichten, um an den fantastischen palmenbeschatteten Stränden Grillpartys zu feiern und in den azurblauen Lagunen zu schwimmen.

Als im Oktober letzten Jahres tamilische Flüchtlinge, die auf klapprigen Fischerbooten aus Sri Lanka gekommen waren, in der Nähe von Diego Garcia auftauchten, wurden sie von der britischen Küstenwache aufs offene Meer zurückgedrängt.

<sup>1</sup> Karl Marx, „Das Kapital“, I. Band, S. 529 (MEW Band 23, Berlin 1962).

<sup>2</sup> Die ursprünglich beanspruchte Souveränität über alle Inseln wurde nur für neun von ihnen aufrechterhalten.

<sup>3</sup> Das 1890 veröffentlichte Buch wurde 1898 ins Deutsche übersetzt. Eine Neuauflage erschien unter dem Titel „Der Einfluss der Seemacht auf die Geschichte 1660–1812“, hg. von Gustav Wolter, Herford (Koehler) 1967.

<sup>4</sup> 1953 wurde die höchste amtliche Bevölkerungszahl von 1142 registriert. 1966 lag die Zahl bei 924. Entgegen den offiziellen Zahlen schätzte der britische Gouverneur von Mauritius die ständige Bevölkerung allein für Diego Garcia auf 1700 Köpfe.

<sup>5</sup> Siehe Hakim Malaisé, „Diego Garcia – eine strategische Säuberung“, *LMd*, Dezember 2001; sowie Abdelwahab Biad und Elsa Edynak, „Streit um Chagos“, *LMd*, Oktober 2018.

<sup>6</sup> Hearing vor dem Foreign Affairs Committee des britischen Unterhauses vom 27. Februar 2019.

**Aus dem Englischen von Niels Kadritzke**

Laleh Khalili ist Professorin für Internationale Politik an der Queen Mary University in London. Zuletzt erschien von ihr „Sineas of War and Trade: Shipping and Capitalism in the Arabian Peninsula“, London (Verso) 2020. © London Review of Books; für die deutsche Übersetzung *LMd*, Berlin

ANZEIGE



Das unabhängige Magazin für grosse Reportagen.  
Jetzt gratis probelesen!

[www.reportagen.com/lmd](http://www.reportagen.com/lmd)  
Unverbindliches Angebot ohne automatische Verlängerung.





# Massai in Tansania – Geschichte einer fortwährenden Vertreibung

von Cédric Gouverneur

Eingehüllt in eine rote Shuka und mit dem Hirtenstab in der Hand empfängt uns Abel<sup>1</sup> in seinem Boma, dem Gehöft seiner Familie im tansanischen Loliondo. Die runden Hütten und das Gehege sind umgeben von Brennesseln und Dornengestrüpp, um die Herden vor Löwen zu schützen. Allerdings fürchten die Massai heutzutage weniger die Raubtiere als den Staat: „Fotografieren Sie nicht unsere Gesichter“, bittet unser Gastgeber, „und nichts, was diesen Ort kenntlich machen könnte.“

Abel hat gute Gründe für seine Vorsicht. Er ist gerade erst aus dem Gefängnis in Arusha gekommen, wo er mit 20 anderen Massai fünf Monate lang inhaftiert war. „Wir waren 70 Gefangene, zusammengepfercht in einer Zelle für maximal 25 Personen.“

Laut Abel hat es der Staat vor allem auf einflussreiche Persönlichkeiten abgesehen mit Kontakten zu westlichen Organisationen, die sich für die Rechte indigener Gemeinschaften einsetzen, wie die britische NGO Survival International oder das US-amerikanische Oakland Institute. Die Repressionen zielten in erster Linie auf den organisierten Protest gegen die Otterlo Business Corporation (OBC), ein Jagdunternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE).

Am 6. Juni 2022 hatte die Verwaltung der Region Arusha angekündigt, sie werde ein 1500 Quadratkilometer großes Gebiet im Bezirk Loliondo (östlich des Serengeti- und nördlich des Ngorongoro-Nationalparks) räumen lassen, um es der OBC zur exklusiven Nutzung zu überlassen. In den darauffolgenden Tagen pflanzten Polizist:innen mehr als 400 weiße Grenzpfähle mitten in die Savanne, um das Sperrgebiet zu markieren.

„Wir bekamen eine Vorladung“, erzählt Abel. Dort wurde ihnen mitgeteilt, dass Tansanias Präsidentin Samia Suluhu Hassan persönlich die Absperzung befohlen hat und man die Einzelheiten „später besprechen“ würde: „Natürlich haben wir dagegen protestiert. Wir wollten nicht nur alle Details wissen, sondern auch erfahren, was eigentlich unser zukünftiger Status in diesem Land ist und ob wir überhaupt noch als vollwertige Bürger anerkannt werden. Der Ton wurde schärfer, und am Ende mussten wir die Nacht auf der Polizeiwache verbringen.“

Zur selben Zeit verständigten sich die Massai aus den Bomas in der fraglichen Gegend per Smartphone untereinander und stellten sich den Polizist:innen entgegen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. Juni rissen Demonstrierende zahlreiche Markierungen heraus. Am Morgen versuchten Polizist:innen die protestierenden Massai mit Tränengas und scharfer Munition zu vertreiben. Die Bilder von den Zusammenstößen verbreiteten sich über die sozialen Netzwerke. Dutzende Menschen wurden verletzt. Einige Demonstrierende waren mit Speer und Bogen gekommen. Der Polizist Carlus Mwita Garlus wurde von einem Pfeil in den Kopf getroffen und starb.



Ngorongoro, 2023 CLÉMENT MARTIN

In den folgenden Tagen flohen hunderte Massai ins benachbarte Kenia, wo sie bei Verwandten unterkamen – viele Nomad:innen haben Familienangehörige beiderseits der Grenze. Innenminister Hamad Masauini ordnete eine Verstärkung der Grenzkontrollen sowie Ermittlungen gegen die NGOs an. Ende November 2022 kehrten die meisten Geflüchteten nach Tansania zurück, nachdem die Inhaftierten wieder freigelassen worden waren und keine weitere strafrechtliche Verfolgung mehr drohte.

70 000 Menschen dürften von den Vertreibungen in Loliondo betroffen sein. Abel erzählt, dass als Erstes ein Bußgeld von 100 000 kenianischen Schilling (40 Euro) verhängt wurde für das „illegale Überqueren der markierten Linie“. Da die Massai oft Tauschhandel betreiben und meistens gar kein Bargeld haben, mussten viele Beschuldigte ihre Kühe verkaufen – „zu einem niedrigen Preis, da es Trockenzeit war und die Tiere abgemagert waren“, so ein Augenzeuge. „Wenn die Leute nicht zahlen können, nehmen die Behörden ihnen ihre Herden weg.“

Laut einer Untersuchung des Oakland Institute wurden im November und Dezember 2022 insgesamt 5880 Rinder und 767 Schafe beschlagnahmt.<sup>2</sup> Auch in diesem Jahr wurden bereits viele Tiere konfisziert – „alles unter dem Vorwand des Naturschutzes!“, schimpft Abel. „Als ob uns die Regierung beibringen kann, wie man die Umwelt schützt. Im Gegensatz zu die-

sen reichen Ausländern töten wir nämlich keine Wildtiere, sondern leben mit ihnen. Wir stellen keine Gefahr für sie dar. Der Beweis: Wo Massai sind, ob in Tansania oder Kenia, gibt es die meisten wilden Tiere.“

Dagegen vertreten die Internationale Union zur Bewahrung der Natur (IUCN) und der World Wide Fund for Nature (WWF) ein Naturparkkonzept ohne Menschen<sup>3</sup> – obwohl zumindest der WWF inzwischen anerkennt, dass die Hirt:innen und Sammler:innen wohl doch einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten: 91 Prozent der Gebiete, in denen indigene Gemeinschaften leben, befänden sich in einem „guten ökologischen Zustand“.<sup>4</sup>

## Platz für arabische Großwildjäger

Schon die britische Kolonialmacht hatte 1904 und 1911 die Massai von 50 bis 70 Prozent ihres Territoriums in Britisch-Ostafrika (dem späteren Kenia) vertrieben, damit sich die Tiere dort ungehindert vermehren können. Der Schutz der Fauna war hier allerdings nur ein Vorwand. Man brauchte die Löwen und Antilopen vor allem als Beute für britische Großwildjäger:innen, die zuvor schon die Tiger auf dem indischen Subkontinent nahezu ausgerottet hatten.<sup>5</sup>

Und in den 1950er Jahren behauptete der Direktor des Frankfurter Zoos und populäre Tierfilmer Bernhard

Grzimek – bis 1945 war er NSDAP-Mitglied und Regierungsrat im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gewesen –, die Massai würden die Unberührtheit der Natur gefährden. Sein in Tanganjika (dem späteren Tansania) gedrehter Film „Serengeti darf nicht sterben“ erhielt 1960 den Oscar für den besten Dokumentarfilm.

Es war auch Grzimek, der zunächst die britische Mandatsverwaltung von Tanganjika und nach der Gründung der Vereinigten Republik Tansania auch deren ersten Präsidenten Julius Nyerere (1922–1999) davon überzeugt hat, die Hirt:innen aus der Serengeti und dem Ngorongoro-Schutzgebiet zu vertreiben.

Das in Bezug auf die afrikanischen Nationalparks bis heute vertretene „Ideal einer von ihren Bewohner:innen befreiten Natur“ bezeichnet der französische Umwelthistoriker Guillaume Blanc als puren „grünen Kolonialismus“: „In der Kolonialzeit gab es den zivilisatorischen Auftrag des weißen Mannes. Heutzutage gibt es den ökologischen Auftrag des westlichen Experten.“<sup>6</sup> Wie wichtig die Weidewirtschaft aber für den Erhalt der Biodiversität ist, beweist etwa der bewohnte südfrikanische Nationalpark der Cevennen. Doch „in Afrika muss ein Nationalpark leer sein“, stellt Blanc resigniert fest.

Nach der Unabhängigkeit machten nicht wenige ehemalige Kolonialbeamte eine zweite Karriere in den Naturparkverwaltungen. Die neuen Staaten schützten die Wildreservate aber

nicht nur für die Tourismusförderung. Es ging immer auch um die politische Kontrolle der ethnischen Minderheiten. Nun sind die Massai zwar Nomad:innen mit einer starken kriegerischen Tradition, aber sie jagen nicht mehr. Die Zeiten, in denen ein junger Krieger einen Löwen töten musste, um seine Stärke zu beweisen, sind längst vorbei. Die Hirt:innen vermeiden auch wegen möglicher Ansteckungen durch Tierseuchen jeden Kontakt zwischen ihren Kühen und Gnus.

In der Serengeti, aus der die Massai 1959 vertrieben wurden, müssen die Ranger:innen nun regelmäßig Buschwerk entfernen, um ein invasives Unkraut, den Behaarten Zweizahn, einzudämmen. Und seit dem Artenschutzgesetz, das 1974 das Weiden in Naturschutzgebieten weitgehend verboten hat, hat die Vielfalt an Pflanzenfressern abgenommen.<sup>7</sup> „Wir leiden bereits unter den Auswirkungen der globalen Erwärmung“, klagt Abel. „Und jetzt haben wir auch noch das Problem mit der OBC. Ich weiß nicht, was aus uns werden soll.“

Die OBC, die schon seit 1992 Großwildjagden in Tansania veranstaltet, gehört der Al Ali Holding von Mohammed Abdulrahim Al Ali, einem Brigadegeneral und ehemals stellvertretenden Verteidigungsminister der VAE, dessen Name 2015 in den Panama Papers auftauchte. Zu seinen Kunden zählen unter anderem der Emir von Dubai, Scheich Mohammed bin Raschid al-Maktum, und dessen Sohn Prinz Ham-

ANZEIGE

**Einblick in die chinesische Linke**

Die Linke hat Probleme, ihr Verhältnis zur Volksrepublik China zu klären: Ralf Ruckus schildert die wichtigsten sozialen Kämpfe in China von den 1950er-Jahren bis heute und analysiert die daraus entstandenen linken Bewegungen.

400 Seiten, 20 Euro

**Massenkonstruktionswaffe Beton**

Beton verkörpert die kapitalistische Logik und stellt die konkrete Seite der Warenabstraktion dar. Wie diese löscht er alle Unterschiede aus. Er hat die traditionellen Bauweisen verdrängt und alle Orte einander gleichgemacht. Beton muss weg!

160 Seiten, 20 Euro

**Die Geschichte Lateinamerikas**

Die mehr als 500-jährige Geschichte Lateinamerikas in vier großen Kapiteln. Die politischen Auseinandersetzungen, wirtschaftlichen Entwicklungen, Herausbildung multipler Ethnizitäten und die Entstehung hybrider Kulturen werden nachgezeichnet.

416 Seiten, 30 Euro

**Marxismus als praktische Theorie**

Walter Baiers Darstellung des Marxismus von seiner (Vor-)Geschichte bis heute: Neben einer Analyse der Theorien von Marx, Engels und Lenin zeichnet er gegenwärtige ökosozialistische und befreiungstheoretische Strömungen nach.

312 Seiten, 22 Euro



dan. In OBCs Social-Media-Posts kommen die jüngsten Gewaltausbrüche in Loliondo nicht vor.

Dafür sieht man viele Fotos von Massai-Frauen an einem Brunnen, den UAE Water Aid gegraben hat. Diese Hilfsorganisation wird von einer von al-Maktum gegründeten Stiftung finanziert. „Die Gemeinden in der Umgebung einer Jagdkonzession sollten durch Entwicklungsprogramme davon profitieren“, erklärte die OBC am 13. Dezember 2017 auf Twitter.

Das Unternehmen wirbt auch mit seiner „nachhaltigen Jagd“. Doch die lokale Presse und die kenianische Massai Environmental Resources Coalition prangern seit über 20 Jahren missbräuchliche Praktiken an, wie die Treibjagd vom Hubschrauber aus, Salzstein als Köder oder Verstöße gegen Jagdquoten.

Das Loliondo-Wildreservat liegt auf den Wanderrouten von Pflanzenfressern und Raubtieren. In Kenia, wo schon 1977 die Großwildjagd verboten wurde, stellten die Behörden bereits in den 2000er Jahren einen Rückgang der Tierbestände nach der Loliondo-Durchquerung fest. Zur OBC-Konzession gehört außerdem eine eigene private Landebahn, die direkte Flugverbindungen an den Golf ermöglicht. Manche Massai vermuten, dass auf diesem Weg afrikanische Wildtiere in den Zoo von Dubai geschmuggelt werden.<sup>8</sup>

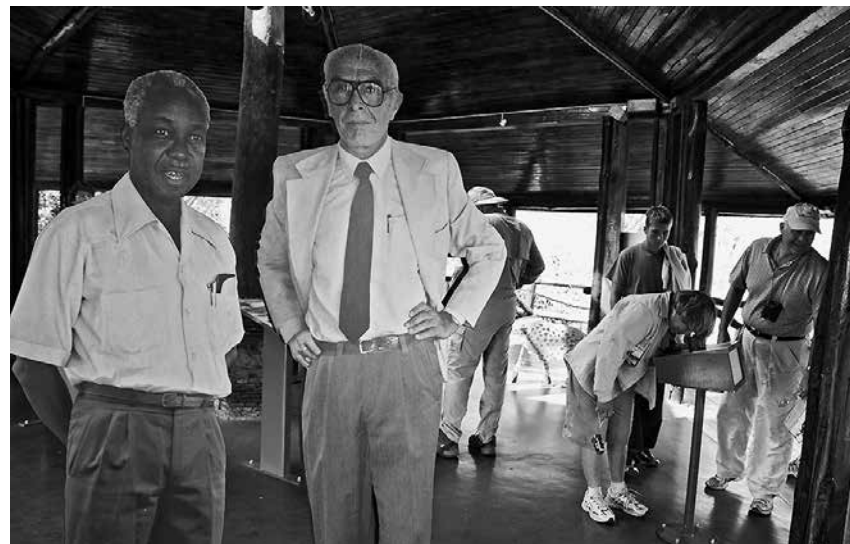
Die gewaltsamen Vertreibungen von Massai aus dem Jagdrevier der OBC begannen am 4. Juli 2009, als Polizisten der Field Force Unit etwa 200 Bomas in

zu begünstigen, darunter den Leiter der Wildtierabteilung im Ministerium, Alexander Songorwa, sowie mehrere Sicherheitskräfte.<sup>10</sup>

Der OBC-Geschäftsführer, der Tansanier Isaac Mollel, kam zeitweise sogar in Haft. Und Abdulrahmane Kinana, Generalsekretär der Regierungspartei Chama Cha Mapinduzi (Revolutionspartei), wurde im Mai 2018 wegen des Verdachts der Bestechlichkeit zugunsten der OBC zum Rücktritt gezwungen. Die Tage der OBC in Tansania schienen gezählt.

Im März 2021 verstarb Präsident Magufuli plötzlich und unerwartet (vermutlich an Corona). Samia Suluhu Hassan, die bis dahin als seine Stellvertreterin fungiert hatte und nun sein Amt übernahm, unterhält ausgezeichnete Beziehungen zu den VAE. Bei ihrem Staatsbesuch in Dubai im Februar 2022 wurde der Burj Khalifa, der höchste Wolkenkratzer der Welt, in den tansanischen Nationalfarben angestrahlt. Im April 2022 förderte die Präsidentin zudem die Ernennung des umstrittenen Kinana zum zweiten Vorsitzenden der Regierungspartei.

Vier Monate nach ihrer Dubai-Reise ordnete Suluhu an, das Wildreservat Loliondo einzuzäunen und zu räumen, wobei sie das Wort „Vertreibung“ vermied. „Alle haben Angst“, seufzt der Clanchef Charles. „Meine Familie wurde 1959 aus der Serengeti vertrieben. Damals wurde mit den Briten vereinbart, dass so etwas nie mehr passieren würde. Wir wurden betrogen.“ Die aktuelle Aussiedlungspolitik umfasst



**Pappfiguren von Bernhard Grzimek und Präsident Nyerere im Besucherzentrum des Serengeti-Nationalparks**

FABIAN VON POSER/picture alliance/imageBROKER

Brand setzten. Das Vorgehen der staatlichen Stellen wurde von der unabhängigen tansanischen Menschenrechtskommission, vom dänischen Botschafter in Tansania, Bjarne H. Sorensen, sowie vom UN-Sonderberichterstatter für die Rechte indigener Völker, James Anaya, scharf verurteilt. Zudem lässt auch die tansanische Gesetzgebung ein solches Handeln nicht zu, da die Konzession der OBC kein Landrecht beinhaltet.<sup>9</sup>

Im Laufe des Jahres 2013 und im August 2017 kam es zu weiteren Vertreibungen. Doch im Oktober 2017 entließ der damalige tansanische Präsident John Pombe Magufuli den Minister für Tourismus und natürliche Ressourcen, Jummane Maghembe. Der neue Minister Hamisi Kigwangala stoppte die Räumungen und ordnete die Rückgabe des beschlagnahmten Viehs an. Außerdem beantragte er eine Untersuchung durch das Antikorruptionsbüro und entließ Staatsbedienstete, die im Verdacht standen, die OBC

auch das Ngorongoro-Schutzgebiet (Ngorongoro Conservation Area). In der Massai-Sprache Maa bedeutet das Wort „ngorongoro“ Glocke – eine Anspielung auf den Widerhall des Kuhglockengeläuts in dem gleichnamigen Einbruchkrater eines alten Vulkans.

Der gigantische Ngorongoro-Krater bildet das Herzstück des 1959 auf Grzimeks Betreiben eingerichteten Naturschutzgebiets, durch das jedes Jahr eine halbe Million Tourist:innen mit dem Jeep brausen. Zwar mussten die Massai nach 1974 den Krater verlassen, doch für den Rest des Schutzgebiets gilt eine Mischnutzung, das heißt, Weidewirtschaft wird toleriert.

Mindestens 80 000 Massai leben in diesem Gebiet, in dem es neben zahlreichen Bomas auch feste Häuser, mehrere Schulen und ein Krankenhaus gibt. Viele der Bewohner:innen stammen von Familien ab, die aus der Serengeti zwangsausgesiedelt wurden.

Nach ihrer Fotosafari im Ngorongoro-Krater besuchen Tourist:innen in

der Regel auch noch einen Boma, um sich eine Tanz- und Gesangsvorführung anzuschauen, oder sie lassen sich zeigen, wie man Feuer ohne Streichhölzer macht. Und ihnen wird Kunsthandwerk verkauft, vor allem bunte Perlenarmbänder. Die Massai sprechen die Tourist:innen oft mit dem Swahili-Spruch „Hakuna Matata“ an, was so viel heißt wie: „alles in Ordnung“. Weltweit bekannt wurden die Worte durch den Disney-Film „Der König der Löwen“ (1994). Der US-Konzern sicherte sich dafür sogar die Markenrechte.

Seit Januar 2022 äußerten sich Politiker:innen immer wieder besorgt über die „Überbevölkerung“ des Gebiets. Schließlich seien die Massai in den 1960er Jahren nur ein paar tausend Menschen gewesen. „Wir sind dabei, den Ngorongoro zu verlieren“, sagt die Präsidentin, die ein „Programm zur freiwilligen Umsiedlung“ ins Leben gerufen hat. Im Februar 2022 traf sich Premierminister Kassim Majaliwaa mit den Einwohner:innen von Ngorongoro und unterbreitete ihnen den „Vorschlag“ zu gehen. Doch laut mehreren von uns befragten Personen war zu diesem Zeitpunkt längst alles entschieden.

Schon im Dezember sei mit dem Bau von Häusern im weit entfernten Handeni (siehe Karte) begonnen worden, um die Vertriebenen aufzunehmen. Jede Familie soll ein Haus, zwei Hektar Land und eine Entschädigung von 10 Millionen Schilling (4000 Euro) bekommen. Im Januar 2022 hatten bereits rund 5000 Massai das Ngorongoro-Gebiet verlassen und weitere 5000 bereiteten sich auf ihren Weggang vor. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte rügte am 15. Juni 2022 „eine willkürliche, nach internationalem Recht verbotene Umsiedlung“, ohne „freiwillige, vorangegangene und informierte Zustimmung“.

Die Behörden locken nicht nur mit Häusern in anderen Regionen, sie reduzieren auch systematisch Dienstleistungen innerhalb der Ngorongoro Conservation Area. Seit 1965 betreibt die Diözese Arusha die Klinik in Endulen. Diese behandelt täglich etwa 20 Patient:innen. Doch nachdem der Staat seine Zuschüsse gestrichen hat, mussten Leute entlassen werden. Jetzt ist sie nur noch eine Krankenstation.

Seit 2021 erteilen die Behörden in dem Gebiet keine Baugenehmigungen mehr, wodurch auch die Renovierung der Gebäude verhindert wird. Der Flying Medical Service, eine NGO mit Sitz in Arusha, die mit Ambulanzen im Kleinflugzeug die Kranken in den isolierten Bomas versorgt hat, darf Ngorongoro nicht mehr ansteuern. Im Umland von Endulen haben wir gesehen, wie verlassene Häuser und Bomas zerstört wurden, um eine Rückkehr der Bewohner:innen zu verhindern. Arbeiter:innen waren gerade dabei, eine Schule für 400 Schüler:innen, die Osotwa Primary School, abzureißen. Acht weitere sollen folgen, ebenso vier Kirchen und sogar eine Polizeistation.

„Wir sind nicht in Loliondo. Hier gäbe es viel zu viele Zeugen“, erklärt

Daniel, eine gut informierte Quelle in Endulen. „Tourismus und Gewalt passen nicht zusammen. Der Druck, um die Leute zu vertreiben, wird daher auf sanftere Weise ausgeübt.“ Ohne Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung bleibt der Bevölkerung aber gar keine andere Wahl als zu gehen. Fünf Luxushotels sollen hier entstehen. „Der Naturschutz ist nur ein Vorwand, das eigentliche Ziel ist die Entwicklung des Tourismus“, sagt Daniel. „Und das wird viel größere Auswirkungen auf die Umwelt haben, als die Massai jemals haben könnten.“

#### Naturschutz als Vorwand

600 Kilometer weiter östlich, in der Region Tanga, liegt der Ort Msomera, in dem Vertriebene aus Ngorongoro neu angesiedelt werden. In dieser viel dichter bewohnten Region leben schon seit Generationen sesshaft gewordene Massai-Familien, die Landwirtschaft betreiben; sie bauen vor allem Mais und Bohnen an. Ihr Lebensstil unterscheidet sich deutlich von dem der halbnomadischen Massai im Westen. Eine Gruppe von Alteingesessenen berichtet, wie schockiert sie waren, als die Behörden auf ihrem Land Häuser für die Neuankommlinge errichten ließen.

Sie hätten „nichts mehr zu verlieren“, sagen sie und entscheiden allen Risiken zum Trotz, dass wir ihren vollen Namen veröffentlichen dürfen. Wir steigen in einen Wagen mit getönten Scheiben, damit sie uns ihr Elend zeigen können. Auf Umwegen entgehen wir den Straßensperren der Armee. „Die Leute aus Ngorongoro wurden einfach auf unserem Land angesiedelt“, klagt William Kanyinge, ein 60-jähriger Clanchef, der stolz seinen Oringa-Herrscherstab trägt. „Die lokalen Medien haben nie darüber berichtet, und die Behörden bedrohen jeden, der protestiert.“

Unsere Führer zeigen auf kleine grüne Häuser mit Wellblechdächern: „Ich habe 35 Jahre auf diesem Land gelebt und wurde vertrieben, damit hier diese Häuser und sogar eine Kirche gebaut werden“, wettet Emmanuel Kilossu. „40 von 50 Hektar“ habe er so verloren.

Lukas Simeon zeigt auf Grabsteine: „Hier war mein Zuhause. Sehen Sie hier, die Gräber meiner Vorfahren! Sie haben mein Land den Vertriebenen gegeben, und ich darf es nicht mehr betreten.“ Als die rechtmäßigen Besitzer:innen versuchten, ihr Land zu be-

wirtschaften, riefen die neuen Bewohner:innen die Polizei. „Bisher überleben wir mit den Erträgen aus dem letzten Jahr und mit Hilfe von Verwandten. Aber was wird nächstes Jahr aus uns?“, sorgt sich Kilossu.

Deneth Mwarabu musste mit ansehen, wie sein Land einem ehemaligen Abgeordneten aus Ngorongoro geschenkt wurde. Die Beziehungen zu den Vertriebenen sind dementsprechend schlecht: „Unsere und ihre Kinder bekämpfen sich in der Schule. Sobald das Militär weg ist, könnte es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen.“ Die Neuen verbarrikadieren sich schon hinter hohen Zäunen.

Im Artikel 24 der tansanischen Verfassung von 1977 werden die traditionellen Landrechte der Massai anerkannt. Für die Beschlagnahmung von Land gibt es also eigentlich hohe juristische Hürden. In Arusha will der Anwalt Joseph Oleshangay die Enteignungen in Msomera vor Gericht anfechten. Am 30. September 2022 mussten die sesshaften Massai jedoch einen Rückschlag hinnehmen: Der Ostafrikanische Gerichtshof (EACJ) wies ihre Klage gegen die Behörden ab. „Der Staat schätzt die Massai nur als Touristenattraktion“, sagt Oleshangay. „Sobald sie jedoch für ihre Rechte eintreten, gelten sie nicht mehr als vollwertige Bürger.“

<sup>1</sup> Wo nur ein Vorname genannt ist, baten die Gesprächspartner darum, aus Sicherheitsgründen anonym zu bleiben.

<sup>2</sup> „Tanzanian Government Resorts to Cattle Seizures to Further Restrict Livelihoods of Massai Pastoralists“, Oakland Institute, Oakland (Kalifornien), 24. Januar 2023.

<sup>3</sup> „The state of indigenous peoples' and local communities' lands and territories“, 7. Juni 2021, IUCN.org.

<sup>4</sup> John Vidal, „Armed ecoguards funded by WWF, beat up Congo tribespeople“, *The Guardian*, London, 7. Februar 2020.

<sup>5</sup> Vgl. Lotte Hughes, „Moving the Massai: a colonial misadventure“, Basingstoke (Polgrave McMillan) 2006, sowie „Massai eviction: Tanzania is repeating Kenya colonial past“, *The Star*, Nairobi, 25. Juli 2022.

<sup>6</sup> Guillaume Blanc, „L'invention du colonialisme vert. Pour en finir avec le mythe de l'Eden africain“, Paris (Flammarion) 2022.

<sup>7</sup> Ismael Selemani, „Indigenous knowledge and rangelands biodiversity conservation in Tanzania: success and failure“, *Biodiversity and conservation*, Bd. 29, Nr. 14, Springer Nature, Dezember 2020.

<sup>8</sup> Vgl. John Mbaria, „Game Carnage in Tanzania alarms Kenya“, *The East African*, Nairobi, 4. Februar 2002, sowie „The killing fields of Loliondo“, *Massai.org*.

<sup>9</sup> „Tanzania Human Rights Report 2009: State of indigenous people: the Massai forceful eviction“, April 2010, [www.humanrights.org.ortz](http://www.humanrights.org.ortz).

<sup>10</sup> Siehe „Kigwangalla suspends ministry's wildlife director“, *The Citizen*, Daressalam, 6. November 2017, updated 17. April 2021.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Cécile Gouverneur ist Journalist.

ANZEIGE

**LATEIN AMERIKA**  
NACHRICHTEN

**Kritisch.  
Solidarisch.  
Unabhängig.**

**Probeabo:  
3 Ausgaben für 10€**



# UNSERE WELT

## *... trennen Welten*

*„Ein Kompass – und was für einer –  
für kritische Köpfe.“*

Luisa Neubauer, Geografin und Klimaaktivistin

*„Fantastische Grafiken und starke Texte.  
Ein Top-Leitfaden zum Verständnis  
unserer komplexen Welt.“*

Neven Subotić, Exfußballprofi und  
Vorsitzender der fair:well foundation



**Jetzt  
bestellen**

**Save the Date:** 20 Jahre Atlas der Globalisierung

**Vom Flussdiagramm bis zur Tree Map**  
**Die erste Ausstellung zum Atlas der Globalisierung**

**Wo?** Journalismusfest Innsbruck  
Arkadenhof, Theologie, Eingang Angerzellgasse

**Wann?** Eröffnung Freitag 12. Mai 13.30 Uhr

**[journalismusfest.org/programm-2023](http://journalismusfest.org/programm-2023)**

**22 Euro**, broschiert, mit mehr als  
300 neuen Karten und Infografiken  
[shop@taz.de](mailto:shop@taz.de) • T. (030) 25 90 21 38  
[monde-diplomatique.de/atlas](http://monde-diplomatique.de/atlas)



# Atlantropa

## Der Traum von der Trockenlegung des Mittelmeers

von Pierre Rimbart

Mit seinem Monokel vor dem rechten Auge, seinem Dreiteiler und seiner arroganten Haltung sah Herman Sörgel gewiss nicht aus wie ein Spinner. Doch sein Name steht für eine der verrücktesten Utopien des 20. Jahrhunderts: Der Münchner Architekt wollte das Mittelmeer trockenlegen. Das Projekt, das Staudämme im Nildelta, im Bosphorus, in der Meerenge von Gibraltar und der Straße von Messina vorsah, taufte er Atlantropa. Damit sollte Europa mit dem kolonisierten Afrika zu einer geografischen und politischen Einheit verschmelzen.

Die Idee kam ihm, als er 1927 in einem Geografiebuch las, dass das Mittelmeer ein Verdunstungsmeer sei. Würde sich die Meerenge von Gibraltar schließen, wie bei tektonischen Ereignissen in der Vergangenheit bereits geschehen, würde das Wasser der Zuflüsse nicht ausreichen, um die Verdunstung auszugleichen, und der Meeresspiegel würde rasch sinken. „Der Mensch braucht nur noch im Sinne der Natur das Werk vollenden“, erklärte Sörgel in dem Buch, das der Welt seine Idee präsentierte.<sup>1</sup>

Sänke der Meeresspiegel durch die Verdunstung einen Meter pro Jahr, würde sich das Mittelmeer in ein bis zwei Jahrhunderten in zwei Becken zurückziehen, eines im Westen, dessen Meeresspiegel 100 Meter unter dem des Atlantiks liegen würde, das andere östlich von Sizilien, das man auf dem Niveau von minus 200 Metern stabilisieren würde.

Weiter im Süden beabsichtigte Sörgel den Bau gewaltiger Staudämme am Kongo, künstliche Seen und die Vergrößerung des Tschad-Sees. Das afrikanische Klima würde damit milder und die Sahara könnte bewässert werden. Mit dem durch die Verdunstung des Mittelmeers gewonnenen Raum, dem zusätzlichem Getreide aus Nordafrika und einer unbegrenzten Menge Strom aus Wasserkraft wären alle Probleme Europas auf einen Schlag gelöst, eine Eisenbahnlinie von Berlin nach Kapstadt wäre das Symbol des neuen Kontinents.

Allein der Gibraltar-Staudamm würde 50 000 Megawatt Strom produzieren. Sörgel war überzeugt, dass die „Vorräte Europas an Kohle und Öl in 200 bis 300 Jahren erschöpft sind“, und riet dazu, je eher, desto besser, alternative Energiequellen zu erschließen. „Wenn Europa nicht von andern Erdteilen überflügelt werden will, muss es seine einzige Kraftquelle ganz großen Formats, nämlich das Mittelmeer, rechtzeitig ausbauen“, mahnte er. „Mit dem Kraftzentrum würde andernfalls automatisch auch das kulturelle Zentrum von Europa abwandern. Europa würde veröden, erlahmen, es hätte bestenfalls nur noch eine petrefakte Kultur wie heute etwa Ägypten oder Indien.“

Ende der 1930er Jahre fiel es dem Architekten nicht schwer, seine eigentlich postnationale und pazifistische Utopie dem Nationalsozialismus anzupassen. „Durch Einverleibung Afrikas in den abendländischen Kulturkreis ist heute noch eine Beherrschung der



Geplante Staudämme nach Sörgel Deutsches Museum

schwarzen Rasse möglich“, hatte er schon 1932 geschrieben. Und: „Durch Erstarkung Europas zu Atlantropa kann einer Versandung und Bolschewisierung von Osten noch vorgebeugt werden.“

Sörgel kontaktierte Benito Mussolini, dem die Idee, die italienischen Häfen auszutrocknen, ganz und gar nicht gefiel. In einer anderen Schrift von 1938, die er mit einem Hitler-Zitat aus „Mein Kampf“ einleitete, beschrieb Sörgel eine Welt, die von drei Mächten beherrscht wird: Amerika, Asien und Atlantropa mit seinen zwei Grundpfeilern: dem faschistischen Italien und Nazideutschland.

### Gegen Versandung und Bolschewismus

Sörgel korrespondierte auch mit der deutschen Reichsstelle für Raumordnung, wo er vergeblich seinen euroafrikanischen Traum vortrug.<sup>2</sup> Dort interessierte man sich mehr für den „Lebensraum im Osten“. 1943 hatte die Gestapo genug von seinen Extravaganzen und verbot ihm weitere Publikationen. Kaum war die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unterzeichnet, belagerte der Visionär die Alliierten mit seinem Projekt.

Zwanzig Jahre zuvor, als Herman Sörgel die Welt mit Prospekten, Plakaten, Wanderausstellungen, Büchern und Artikeln zum Ruhme Atlantropas zu überschwemmen begann, war er durchaus auf Begeisterung gestoßen. Das Atlantropa-Manifest, eine Kombination von Didaktik und Ästhetik, war voller Faltkarten, Infografiken und faszinierenden Skizzen.

Der Architekt wandte sich an die berühmtesten Köpfe der Welt. So schrieb er auch Albert Einstein, der ihn 1929 darauf hinwies, dass das Salzwasser, mit dem er die Wüste bewässern wollte, für die Landwirtschaft nicht geeignet sei.<sup>3</sup> Er gewann sogar renommierte Architekten wie Erich Mendelsohn oder Peter Behrens für sein Projekt. Letzterer zeichnete beispielsweise den 400 Meter hohen Turm, der als „Bekrönung des ganzen Gibraltarwerkes das

Nützliche mit dem Angenehmen verbinden“ sollte.

Und sein Kollege Fritz Höger entwarf das „Atlantropahaus“ als Hauptquartier mit drei untereinander verbundenen Türmen, deren Nutzung Sörgel sorgsam plante – bis hin zur Verteilung der Büros. In anderen Arbeiten ging es um die Zukunft der großen Hafenstädte Genua, Marseille, Venedig, Algier und Port Said, die weit entfernt vom Wasser liegen würden. Der Schweizer Ingenieur Bruno Sigwart war zunächst skeptisch, machte sich dann aber mit Begeisterung an die hydrologische Neugestaltung Afrikas, die sich über 133 Jahre erstrecken sollte.

Von der *New York Times* bis zu *Ici Paris* berichtete die von Sörgels Charisma beeindruckte westliche Presse über Atlantropa. Zwischen 1929 und 1933 widmeten allein deutschsprachige Zeitungen dem Projekt 450 Artikel – die meisten davon schrieben Sörgel oder seine Anhänger allerdings selbst. Um Entscheidungsträgern und Investoren sein Projekt quasi schlüsselfertig zu verkaufen, organisierte er eine Multimediapropaganda, die Elon Musk vor Neid hätte erblassen lassen.

In den 1930er Jahren erwähnten ein Dutzend Romane Atlantropa mehr oder weniger ausführlich, darunter „Amadeus“ des damaligen Schweizer Erfolgsautors John Knittel (1939), der auf Englisch schrieb. Der in sechs Sprachen übersetzte und weltweit mehr als eine Million Mal verkaufte Roman beschreibt die verhinderte Liebe eines Ingenieurs und einer Pianistin, die, zum Teil recht didaktisch, Sörgels Projekt bejubeln. Auch „Der Krieg mit den Molchen“ des tschechischen Autors Karel Čapek (1936), ein Klassiker der Science-Fiction, nimmt Bezug auf die großen Pläne des Architekten.

Ab 1933 organisierte Sörgel einen Wettbewerb um das beste Drehbuch für einen Propagandafilm, das er 1948 schließlich selbst schrieb: „Der Film endet mit der Schaffung Atlantropas und seinem Sieg über die Gegner. Weite sonnige Landschaft, Segen der Erde, Kinder singen, die Atlantropa-Flagge weht“, resümierte der Kritiker des *Spiegel* am

13. März 1948 den geplanten Spielfilm, der niemals gedreht wurde. Stattdessen inszenierte der Regisseur Anton Kutter zum großen Ärger Sörgels die Katastrophenversion von Atlantropa. In dem Film „Ein Meer versinkt“ (1936) geht die neue Zivilisation durch die Zerstörung des Gibraltar-Damms unter.

Der unermüdliche Selbstpromoter Sörgel schrieb sogar ein Libretto für den Chor einer „Atlantropa-Symphonie“, drehte mehrere Dokumentarfilme, die in verschiedenen Sprachen synchronisiert wurden, machte Radiosendungen, hielt Vorträge, gründete in München ein Atlantropa-Institut und gab eine Zeitschrift heraus, *Die Atlantropa-Mitteilungen*.<sup>4</sup>

Für eine westliche Welt, in der zwischen den beiden Weltkriegen Untergangsgänge und Fortschrittsglauben, avantgardistische Ästhetik, Technikglaube und ein Hang zu radikalen Lösungen aufeinandertrafen, schlug Atlantropa eine neue Ordnung für eine befriedete Welt vor, die auf Kolonisierung und Wissenschaft beruhte. Der Historiker Philipp Nicolas Lehman schreibt: „Sörgel sah in seinem Projekt eine revolutionäre Kraft, die Europa nicht nur physisch, sondern auch gesellschaftlich und politisch neu organisieren und strukturieren würde. Atlantropa sollte ‚eine neue Lebensform für Europa‘ werden, die die streitenden Nationen auf dem Kontinent vereinen und ihre in internen Kriegen vergeudeten Energien auf ein großes gemeinsames Projekt richten würde.“<sup>5</sup>

Nur wenige Zeitgenossen Sörgels lehnten sein Projekt rundheraus als unrealistisch und irrsinnig ab. Der Suezkanal war gerade 60 Jahre alt, Fritz Lang faszinierte 1927 die Zuschauer mit seinem Film „Metropolis“, die US-Regierung ließ ab 1933 gewaltige Staudämme in Tennessee errichten, und die Sowjetunion experimentierte mit der modernen Planwirtschaft.

Herman Sörgel starb Weihnachten 1952 bei einem Fahrradunfall in München. Nach Beginn des Kalten Kriegs verdrängte die Atomkraft allmählich die Wasserkraft als energietechnische Avantgarde, und die Befreiungskriege in Asien und Afrika bereiteten den kolonialen Utopien ein Ende. Atlantropa verschwand aus dem öffentlichen Bewusstsein. Anders trat an seine Stelle: Das Zeitalter sinnloser Großprojekte hatte gerade erst begonnen.

<sup>1</sup> Herman Sörgel, „Atlantropa“, Zürich/München (Fretz & Wasmuth/Piloty & Loehle) 1932. Wenn nicht anders erwähnt, stammen alle Zitate aus diesem Werk.

<sup>2</sup> Alexander Gall, „Das Atlantropa-Projekt. Die Geschichte einer gescheiterten Vision. Herman Sörgel und die Absenkung des Mittelmeers“, Frankfurt am Main (Campus) 1998.

<sup>3</sup> Ricarda Vidal, „Atlantropa – One of the Missed Opportunities of the Future“, in: Ricarda Vidal und Ingo Cornils, „Alternative Worlds: Blue-Sky Thinking since 1900“, Oxford (Peter Lang) 2014.

<sup>4</sup> Wolfgang Voigt, „Weltbauen am Mittelmeer. Ein Architektentraum der Moderne“, Hamburg (Dölling und Galitz) 1998.

<sup>5</sup> Philipp Nicolas Lehmann, „Infinite Power to Change the World: Hydroelectricity and Engineered Climate Change in the Atlantropa Project“, *The American Historical Review*, Oxford, Bd. 121, Nr. 1, Februar 2016.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

### Meldungen des Monats

In China wurde Ende März bekannt, dass der Blogger Ruan Xiaohuan am 10. Februar zu einer 7-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Der 46-Jährige war seit Mai 2021 verschwunden, bis er jetzt vor einem Gericht in Schanghai auftauchte. Die Anklage gegen Xiaohuan lautete auf „Anstiftung zur Subversion der Staatsmacht“, wobei sich der Begriff „subversiv“ vor allem auf zwei „Delikte“ des Bloggers bezieht: Er hatte auf seinem Blog darüber informiert, wie man die „Great Firewall“ umgehen kann, die als wichtigstes Instrument der staatlichen Internetzensur gilt. Und er hatte 2016 eine „Landkarte der Korruption“ veröffentlicht, auf der die „versteckten Reichtümer“ von hochrangigen Funktionären der KP Chinas verzeichnet waren. Am 29. März wurde in Bangladesch der Journalist Shamsuzzaman Shams verhaftet. Eine achtköpfige Polizeitruppe holte den Reporter der größten bengalischsprachigen Tageszeitung *Prothom Alo* nachts aus dem Bett. Die Aktion erfolgte ohne Durchsuchungs- oder Haftbefehl. In der Anklage, die einen Tag später erhoben wurde, wird Shams vorgeworfen, einen „falschen, erfundenen und böswillig motivierten“ Artikel publiziert zu haben, was ihm eine hohe Gefängnisstrafe einbringen kann. Der „böswillig motivierte“ Text des Reporters beruht vor allem auf Interviews mit den Ärmsten der Armen von Dhaka, die sich über die rapide steigenden Nahrungsmittelpreise beklagen. Auch gegen Matiuur Rahman, den Herausgeber der Zeitung, läuft inzwischen ein Verfahren wegen der Publikation von „Informationen, die das Ansehen der Nation beschmutzen“. In Frankreich hat die Polizei seit Beginn der Protestdemonstrationen gegen das neue Rentengesetz vom 16. März die Arbeit von Medienschaffenden in mehreren Fällen massiv und zum Teil mit gewaltsamen Mitteln behindert. In Rennes wurde die Fotojournalistin Angéline Desdevises



am 16. März von der paramilitärischen Bereitschaftspolizei CRS tödlich angegriffen; zwei Tage später wurde sie von einem Polizisten mit sexistischen Sprüchen beleidigt und bedroht. In Paris wurde der Fotoreporter Rémy Buisine am 21. März von zwei Polizisten attackiert, mehrere seiner Kollegen wurden von den Einsatzkräften zu Boden gerissen. In allen Fällen wurden die Angegriffenen an ihrer journalistischen Arbeit gehindert, obwohl sie sich eindeutig als Medienschaffende ausweisen konnten.

Am 4. April hat die Leiterin des Hochsicherheitsgefängnisses im Londoner Stadtteil Belmarsh verhindert, dass ein Vertreter und eine Vertreterin von Reporter ohne Grenzen (ROG) Julian Assange besuchen konnten, um sich ein Bild vom Gesundheitszustand des Wikileaks-Gründers zu machen. ROG-Generalsekretär Christophe Deloire und Rebecca Vincent als Leiterin der ROG-Kampagne hatten die Zusage, Assanges Ehefrau Stella bei einem Besuch ihres Mannes begleiten zu dürfen. Das untersagte die Gefängnisdirektorin Jenny Louis mit der Begründung, Deloire und Vincent seien journalistisch tätig, was für beide nicht zutrifft. Ironischerweise hatte man den ROG-Delegierten beim Prozess gegen Assange einen Platz auf den Pressebänken mit dem Hinweis verweigert, dass sie keine Journalisten seien.

### Impressum

**Redaktion** Jakob Farah, verantwortlich f. d. Ausgabe Dorothee D'Aprile (Leitung), Katharina Döbler, Niels Kadritzke, Anna Lerch, Oliver Pohlisch  
**Produktion** Claudia von Heydebrand, Daniela Leupelt, Stefan Mahlke, Franziska Özer, Christiane Voß  
**Redaktion Comic** Karoline Bofinger  
**Redaktion Kunst** Wilhelm Werthern  
**Dokumentation** Sigrid Deitelhoff, Almuth Müller  
**Verlag Deutschland**  
 taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG,  
 Friedrichstr. 21, D 10969 Berlin,  
 ☎ +49 30 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de

**Marketing** Rejane Salzmann, ☎ +49 (0) 30 25 902-331  
**Anzeigen** Daniela Lipka, ☎ +49 (0) 30 25 902-965  
 dipka@monde-diplomatique.de.

**Separates Abonnement**  
 Jahrespreis Inland 62,40 €, Ausland 76,80 €, ermäßigt Inland 39,60 €, ermäßigt Ausland 54 € (alle Preise inkl. Versandkosten).  
 abo-lmd@taz.de; ☎ +49 30 25 902-211

**A. Beig Druckerei GmbH & Co.,**  
 25421 Pinneberg  
 ISSN: 1434-2561

**LMD Audio** Download im eKiosk  
 www.monde-diplomatique.de/pm/ekiosk/ekiosk  
 Einem Teil der Auflage liegen Flyer von agora42, Plan International und welt-sichten bei.

**Verlag Schweiz**  
 WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG,  
 Zürich, Daniel Hackbarth | verantwortlich,  
 Camille Roseau,  
 Postfach: CH 8031 Zürich,  
 ☎ +41(0) 44 448 14 14, diploabo@woz.ch,  
 www.monde-diplomatique.ch.

**Inserate** WOZ-IMAG, Vasco Rasi,  
 ☎ +41(0) 44 448 14 03/23,  
 diploinserat@woz.ch.

**Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau**  
 Le Monde diplomatique liegt jeweils am zweiten Donnerstag im Monat der WOZ bei.

**Separates Abonnement**  
 Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versandk. ins Ausland.

Die nächste Ausgabe erscheint mit der taz am 12. 5. 2023 und der WOZ am 11. 5. 2023. In Deutschland separat am Kiosk ab 11. 5. 2023.

**Le Monde diplomatique, Paris**  
**Direktor** Benoît Bréville  
**Berater der Direktion** Serge Halimi  
**Chefredakteur** Akram Belkaid  
**Redaktion** Martine Bulard, Philippe Descamps, Renaud Lambert, Evelyne Pieuiller, Hélène Richard, Pierre Rimbart, Anne-Cécile Robert, Grégory Rzepiski  
**Dokumentation** Olivier Pironet  
 1, avenue Stephen-Pichon,  
 F-75013 Paris

Die deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* geht auf eine Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die Genossenschaft erfahren Sie unter: www.taz.de/genossenschaft





# LE MONDE DIPLOMATIQUE

APRIL 2023